

**Beschluss** Sofortige unbürokratische und umfassende humanitäre Hilfe für die Binnenvertriebenen in der Ukraine

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz  
Beschlussdatum: 15.10.2022  
Tagesordnungspunkt: FS Wertegeleitet, multilateral, handlungsfähig: grüne Friedens- und Sicherheitspolitik in der Zeitenwende

## Antragstext

1 Flucht und Vertreibung sind für die Menschen in der Ukraine leider nicht neu. Seit dem  
2 Beginn des russischen Krieges gegen die Ukraine im Jahr 2014, der Besetzung der  
3 Krim und von  
4 Teilen der Oblaste Donezk und Luhansk hatten bereits 2 Millionen Menschen ihre  
5 Heimatorte  
6 verlassen müssen. Nach der Kriegserklärung im Februar 2022 und dem Beginn eines  
7 flächendeckenden Angriffs auf die Ukraine durch die russische Armee sind die Zahlen  
8 flüchtender Menschen in die Höhe geschossen.  
9 Rund 14 Millionen Menschen, ein Drittel der Bevölkerung, sind auf der Flucht. Millionen  
10 suchen Schutz in den Nachbarländern, sieben Millionen Menschen wurden zu  
11 Binnengeflüchteten  
12 innerhalb der Ukraine. Laut UNHCR handelt es sich derzeit um die größte  
13 Vertreibungskrise  
14 der Welt. (<https://www.unhcr.org/ua/en/internally-displaced-persons>).  
15 Jede zweite vertriebene Familie hat Kinder, 30 Prozent der Vertriebenen sind krank,  
16 haben  
17 eine Behinderung oder sind ältere Menschen.  
18 Wegen der noch zunehmenden Luftangriffe und wegen des dauerhaften Beschusses  
19 entlang der  
20 Frontlinie werden es täglich mehr Menschen, die flüchten. Das UNHCR schätzt die Zahl  
21 jener,  
22 die in den umkämpften Gebieten festsitzen oder diese aufgrund erhöhter  
23 Sicherheitsrisiken,  
24 der Zerstörung von Brücken und Straßen sowie des Mangels an Ressourcen oder  
25 Informationen  
nicht verlassen können, auf 13 Millionen Menschen! Die ukrainische Regierung hat in  
den  
letzten Wochen mit Evakuierungen aus stark umkämpften Regionen begonnen. Es ist  
zu erwarten,  
dass der Winter und Probleme bei der Versorgung die Fluchtbewegungen verstärken  
werden, denn  
mit Stand 27. August 2022 sind laut offiziellen Zahlen 129.900 Wohnhäuser, 2.321  
Bildungseinrichtungen, 903 Krankenhäuser, 2.768 Objekte ziviler Infrastruktur stark  
beschädigt oder zerstört worden. Rund eine Million Menschen haben gar keinen  
Zugang zu  
Wasser mehr, 4,6 Millionen nur noch einen beschränkten.  
Selbst wenn die Invasion morgen enden würde – Millionen haben keine Bleibe und  
leiden unter

26 sehr schlechte Lebensbedingungen.

27

28 Die flüchtenden Menschen zieht es in die Gebiete, die weniger angegriffen werden und  
in

29 denen Raketen aufgrund ihrer längeren Flugzeit besser abgefangen werden können.  
Viele

30 flüchten zum zweiten Mal oder schon zum dritten Mal vor den russischen Angriffen,  
nachdem

31 sie nach 2014 und auch jetzt wieder oft in der Nähe ihrer Heimat im Osten oder Süden  
der

32 Ukraine geblieben sind. So wird im Westen der Ukraine zum Herbst und Winter mit  
Millionen

33 Binnenvertriebenen gerechnet.

34

35 Regionen wie zum Beispiel der Oblast Iwano-Frankiwsk haben bis jetzt (August 2022)  
rund

36 150.000 Menschen aufgenommen. Damit sind schon jetzt 10 Prozent aller Menschen  
dort

37 Geflüchtete. Allein für den September werden in Iwano-Frankiwsk 220.000 weitere  
Geflüchtete

38 erwartet. Der benachbarte Oblast Transkarpatien hat allein 155.000 Binnengeflüchtete

39 offiziell registriert - bei 1,2 Millionen Einwohner\*innen. Der westlichste Oblast Lviv hat  
40 gar 248.000 Binnenvertriebene aufgenommen- bei 1,3 Millionen Einwohner\*innen, der  
Oblast.

41 Noch größer sind zurzeit die Zahlen für Regionen im Osten, wie zum Beispiel Dnipro,  
die

42 allerdings auch immer wieder Ziel russischer Angriffe sind. Die ukrainische Regierung  
bemüht

43 sich um eine Evakuierung der Menschen aus den Regionen in der Nähe der Frontlinie.

44 In den Städten und Oblasten leisten Bürger\*innen, Verwaltung und die organisierte  
45 Zivilgesellschaft Großartiges: Sie helfen und spenden, nehmen die Menschen privat  
auf. Sie

46 räumen Hörsäle, Turnhallen und Verwaltungsgebäude, um die Menschen  
unterzubringen. Doch das

47 wird nicht reichen. Erhebungen zeigen, dass die meisten Binnengeflüchteten in

48 Bildungseinrichtungen (Schulen, Kindergärten) bzw. in Sanatorien oder  
Erholungsheimen

49 untergebracht wurden, die für einen langfristigen Aufenthalt ungeeignet sind. Zugleich

50 wachsen nach den Sommerferien Probleme, weil Binnenvertriebenen aus  
provisorischen Schulen

51 ausziehen müssen, weil die Schüler\*innen mit dem neuen Schuljahr zum Unterricht  
zurückkehren

52 sollen.

53

54 Bald wird es nicht mehr möglich sein, Menschen in bestehende Gebäude  
unterzubringen, weil

55 sie belegt sind. Um eine humanitäre Katastrophe zu verhindern, muss das Land sofort  
und

56 effektiv bei der Aufnahme, Unterbringung und Versorgung der Menschen unterstützt

werden, die  
57 innerhalb der Ukraine auf der Flucht sind.  
58  
59 Bündnis 90/Die Grünen setzen sich dafür ein, dass den flüchtenden Menschen aus der  
Ukraine  
60 weiter Aufnahme und Schutz in der EU ermöglicht wird. Wir wissen aber von Besuchen  
in der  
61 Ukraine und aus vielen Berichten, dass sehr viele Ukrainerinnen und Ukrainer trotz  
Flucht im  
62 Land bleiben wollen, auch, weil sie ihre Söhne, Männer, Väter und Brüder im  
wehrpflichtigen  
63 Alter zurücklassen müssten. Doch dafür müssen bessere Bedingungen geschaffen  
werden. Denn  
64 die Familien werden ihre Frauen und Kinder darauf drängen, das Land zu verlassen,  
wenn das  
65 Überleben immer schwieriger wird. Die Ukraine selbst kann die Kosten für  
Unterbringung und  
66 Lebensmittelversorgung nicht mehr alleine stemmen.  
67  
68 Umgehend müssen Möglichkeiten zur Unterbringung geschaffen werden. Dazu  
gehören schnell zu  
69 errichtende Notunterkünfte, winterfeste Zelte, Generatoren, Heizgeräte und  
Ausrüstung zur  
70 Wasseraufbereitung. Dringend gebraucht werden an bestehenden zentralen  
Unterkünften mobile  
71 Küchen. Auch die Versorgung mit Lebensmitteln, Betten, Decken und Kleidung muss  
72 flächendeckend sichergestellt werden. Angefragt werden von Helfern vor Ort auch  
immer wieder  
73 Sanitätswagen und Ausrüstung für medizinische Notfallversorgung. Für die  
Aufrechterhaltung  
74 des Schulunterrichts ist die technische Ausstattung von Lehrkräften und Schüler\*innen  
für  
75 den Onlineunterricht zu gewährleisten.  
76  
77 Die bessere Ausrüstung und Ausbildung der ukrainischen Armee zur Verteidigung der  
78 Unabhängigkeit des Landes ist unbedingt notwendig. Sie muss ab sofort einhergehen  
mit  
79 ehrgeizigen Anstrengungen in der humanitären Hilfe in den Zentren der Flucht in der  
Ukraine.  
80 Das Auseinanderreißen von Familien und eine weitere Vertreibung der Menschen aus  
ihrem Land  
81 muss und kann verhindert werden.  
82  
83 Wir GRÜNE setzen uns für eine sofortige, kontinuierliche und umfangreiche humanitäre  
Hilfe  
84 für die Geflüchteten in der Ukraine, in Deutschland und EU ein. Noch vor dem Einbruch  
des  
85 Winters muss die Ukraine logistisch, personell und vor allem finanziell in die Lage  
versetzt  
86 werden, angemessene und bedarfsgerechte Unterbringungsmöglichkeiten zu schaffen.  
Es braucht

87 umgehend ein sofortiges Programm für humanitäre Hilfslieferungen und die  
88 Wiederinstandsetzung kritischer ziviler Infrastruktur.

89 Als Grüne setzen wir uns zudem für die Unterstützung des kurz-, mittel- und  
langfristigen  
90 Wiederaufbaus der Ukraine ein. Auseinandersetzungen über Zukunftsperspektiven  
sowie die  
91 Verknüpfung von Wiederaufbau und Europäischer Integration aber dürfen dabei die  
kurz- und  
92 mittelfristige Bedarfe nicht überlagern. Sie haben höchste Priorität. Hierzu muss  
93 Deutschland auf allen Ebenen, europäisch und global, beispielsweise über die  
Einberufung  
94 einer Geberkonferenz aktiv werden, um weitere humanitäre Krisen in der Ukraine zu  
95 verhindern.

96  
97 Wir müssen dafür sorgen, dass die Menschen, die sich nicht aus ihrem Heimatland  
vertreiben  
98 lassen wollen, in ihrem Land den nächsten Winter sicher und unbeschadet überstehen  
können.

99 Die internationalen Initiativen zum Wiederaufbau der Ukraine sind wichtig. Sie  
schaffen  
100 Perspektiven. Aber auf die akute Not der Binnenflucht muss jetzt reagiert werden. Die  
EU,  
101 ihre Mitgliedstaaten und die internationalen Organisationen müssen sich gemeinsam  
dieser  
102 akuten Not stellen und zur Abhilfe Sofortprogramme beschließen. Dank der  
103 Dezentralisierungsreform sind in den Rathäusern, der Verwaltung und der  
Zivilgesellschaft  
104 verlässliche regionale und lokale Strukturen entstanden, die eine Voraussetzung für  
eine  
105 gute Kooperation sind.

106  
107 Noch können wir den Menschen vor Ort helfen.

**Beschluss** Wertegeleitet, multilateral, handlungsfähig: grüne Friedens- und Sicherheitspolitik in der Zeitenwende

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz  
Beschlussdatum: 15.10.2022  
Tagesordnungspunkt: FS Wertegeleitet, multilateral, handlungsfähig: grüne Friedens- und Sicherheitspolitik in der Zeitenwende

## Antragstext

- 1 Der russische Angriff auf die Ukraine ab dem 24. Februar 2022 markiert einen
- 2 historischen
- 3 Einschnitt für unsere Friedensordnung in Europa. Vladimir Putin zeigt uns mit diesem
- 4 völkerrechtswidrigen Angriffskrieg in aller Deutlichkeit, welche Ziele er verfolgt: Er
- 5 führt
- 6 sein imperialistisches Machtstreben fort und will den Integrationsprozess in Europa
- 7 zurückdrehen. Die freie, demokratische Lebensweise in unseren offenen
- 8 Gesellschaften sieht
- 9 er als Bedrohung der eigenen Machtbasis. Die auf dem Selbstbestimmungsrecht
- 10 beruhende
- 11 regelbasierte internationale Ordnung hat er aufgekündigt. Als Demokrat\*innen
- 12 verteidigen die
- 13 Ukrainer\*innen in diesem Krieg daher nicht nur ihr eigenes Territorium, sondern die
- 14 Freiheit
- 15 aller, die in Frieden und Freiheit, in Würde und einer multilateralen, auf
- 16 Gleichberechtigung und dem Völkerrecht fußenden internationalen Ordnung leben
- 17 wollen. Wir
- 18 stehen in voller Solidarität an der Seite dieser mutigen Menschen und der Ukraine. Wir
- 19 unterstützen sie entschlossen gegen die Aggression Russlands, die sich auch gegen
- 20 uns selbst
- 21 und unsere Art zu leben richtet. Ein Erfolg Putins wäre eine globale Ermutigung für das
- 22 Recht des Stärkeren und ein Zurückdrängen der Stärke des Rechts.
- 23 Die Herausforderung, die Russland für uns bedeutet, nimmt das geeinte Europa an und
- 24 leitet
- 25 dringend notwendige Kurskorrekturen in der eigenen Politik ein. Die Europäische Union
- 26 und
- 27 ihre Mitgliedstaaten haben schnell, geschlossen und mit Klarheit auf die Aggression
- 28 des
- 29 Kremels reagiert. Wir haben Sanktionen erlassen und den Ausstieg aus russischen
- 30 Fossilen
- 31 beschleunigt. Wir werden uns dafür einsetzen, die Atomtransporte von und nach
- 32 Rußland
- 33 endgültig zu beenden. Wir leisten humanitäre Hilfe, stellen die unbürokratische
- 34 Aufnahme von
- 35 Geflüchteten sicher und bereiten unsere langfristige Unterstützung für den
- 36 Wiederaufbau der
- 37 Ukraine vor. Wir unterstützen eine umfassende Aufarbeitung der von Russland in der
- 38 Ukraine

23 begangenen Kriegsverbrechen, möglicher Verbrechen gegen die Menschlichkeit und  
24 Verbrechen  
25 der Aggression sowie die Ahndung solcher Verbrechen durch nationale und  
26 internationale  
27 Gerichte. Wir liefern Waffen und bilden ukrainische Soldat\*innen aus. Wir haben die  
28 eigenen  
29 militärischen Kapazitäten gestärkt und den Schutz der Mitgliedsstaaten an den  
30 östlichen  
31 Grenzen gesteigert. Wir haben einstimmig für einen EU-Kandidatenstatus der Ukraine  
32 und  
33 Moldau sowie die Beitrittsperspektive für Georgien gestimmt – und unterstützen die  
34 Aufnahme  
35 Finnlands und Schwedens in die NATO. Das Engagement der EU und auch  
36 Deutschlands wird  
37 gebraucht für nachhaltigen Frieden, Freiheit und Sicherheit für alle Menschen im  
38 Südkaukasus. Wir verurteilen den Angriff Aserbaidschans auf das Kernland Armeniens.  
39 Wir  
40 stehen fest an der Seite aller Völker, die sich für den demokratischen Weg entschieden  
41 haben  
42 und prangern jeden völkerrechtswidrigen Angriff eines Landes auf ein anderes an. Wir  
43 werden  
44 alles in unseren Kräften Stehende zu tun, um die ukrainische Kultur, Sprache und  
45 Identität  
46 zu erhalten.

47 Der russische Angriffskrieg in der Ukraine führt uns vor Augen, wie fatal es ist, wenn  
48 wir  
49 uns von Autokraten und außenpolitisch aggressiven Akteuren abhängig machen. Auch  
50 bei  
51 Kooperationen mit Ländern wie China, Katar, den Vereinigten Arabischen Emiraten  
52 oder Saudi-  
53 Arabien muss dauerhaft vermieden werden, dass eine Abhängigkeit entsteht. Und wir  
54 stellen  
55 fest, wie existentiell eine ausreichende zivile und militärische Wehrhaftigkeit ist -auch  
56 für unsere Partnerstaaten. Deshalb liefern wir Waffen an die Ukraine und wollen das  
57 auch  
58 weiterhin verstärkt und beschleunigt tun, wo nötig auch aus den Beständen der  
59 Bundeswehr und  
60 der Industrie. Für uns ist entscheidend, was die Ukraine braucht. Deshalb setzen wir  
61 uns in  
62 der Bundesregierung dafür ein, dass alle NATO-Partner - Deutschland inbegriffen - die  
63 Bedarfe an Waffensystemen für die Verteidigung der Ukraine sowie zur Rückeroberung  
64  
65 annektierter oder besetzter Gebiete decken. Zur Wehrhaftigkeit gehört auch unsere  
66 Mitgliedschaft in der NATO. Mit ihrer Beistandsverpflichtung garantiert sie als  
67 multilaterales Verteidigungsbündnis unverzichtbaren Schutz für die gemeinsame  
68 Sicherheit  
69 Europas und unserer Verbündeten.

70 Gleichzeitig werden wir von unseren tiefsten Überzeugungen als Friedenspartei nicht  
71 abrücken. Auch wenn militärische Mittel zur Verteidigung und Wiederherstellung des  
72 Friedens

52 und zur Solidarität mit den Menschen in der Ukraine unausweichlich sind, stehen wir  
im Sinne  
53 einer feministischen Außenpolitik langfristig auch für die Prinzipien von Abrüstung,  
54 Vertrauensbildung und Rüstungskontrolle sowie den Vorrang des Zivilen ein.  
Feministischer  
55 Außenpolitik liegt die Überzeugung zugrunde, dass Geschlechtergerechtigkeit und  
56 gleichberechtigte Teilhabe Voraussetzungen für nachhaltigen Frieden und Sicherheit in  
der  
57 Welt sind. Unsere Bemühungen zur Stärkung von Initiativen zur atomaren Abrüstung  
und zur  
58 Rüstungskontrolle müssen wir gerade in diesen stürmischen Zeiten erhöhen. In  
unserem Streben  
59 nach einer Welt ohne Atomwaffen werden wir nicht nachlassen.

60 Die Erschütterungen durch den russischen Angriff sind global und vergrößern  
vielerorts das  
61 Leid von Millionen unschuldiger Menschen. Putins Aggression hat über einen  
drastischen  
62 Anstieg der Lebensmittel- und Energiepreise zu einer beispiellosen Ernährungs- und  
63 Versorgungskrise weltweit, insbesondere jedoch in den Staaten des Globalen Südens  
geführt.

64 Das Welternährungsprogramm der Vereinten Nationen schätzt die Zahl der Menschen,  
die wegen  
65 fehlender Nahrungsmittel in Lebensgefahr oder Existenznot geraten, in diesem Jahr  
auf 323  
66 Millionen. Davon sind 47 Millionen Menschen allein durch Russlands Krieg in der  
Ukraine  
67 hinzugekommen.

68 Diese Entwicklung verschlimmert die soziale und wirtschaftliche Situation gerade in  
den  
69 Staaten, die bereits durch die Klimakrise und die sozioökonomischen Folgen der Covid-  
70 Pandemie mit großen Versorgungskrisen zu kämpfen haben, und erhöht das Risiko  
interner  
71 Konflikte. Diesem perfiden Versuch Putins, die Weltgemeinschaft zu spalten, müssen  
wir mit  
72 verstärkter Kooperation zwischen den Demokratien und mehr multilateralem  
Engagement bei der  
73 Bewältigung der globalen Krisen entschieden entgegentreten – insbesondere in den  
Bereichen  
74 Klimaschutz und Energie, Ernährung und Konfliktbearbeitung. Denn die weltweite  
Sicherheit  
75 hängt nicht vom simplen „für oder gegen“ Russland und China ab, sondern von der  
Frage, wer  
76 das Völkerrecht und damit die Gleichberechtigung aller Staaten als Grundlage für die  
77 internationale Friedensordnung akzeptiert, respektiert und verteidigt; und welche  
Staaten  
78 stattdessen auf eine Politik des Großmachtstrebens setzen. Als Grüne treten wir  
entschlossen  
79 für die Prinzipien des internationalen Rechts ein. Wir werden es nicht zulassen, dass  
80 Freiheit durch Unterdrückung, Demokratie durch Diktatur und Würde durch

81 Erniedrigung ersetzt  
82 werden.

83 Der Erhalt der internationalen Friedensordnung kann nach dem Angriff Russlands auf  
84 die

85 Ukraine nur dann gelingen, wenn wir uns klar auf die Prinzipien einer wertegeleiteten  
86 Außenpolitik sowie eines breiten, modernen Sicherheitsbegriffs verständigen – und  
87 auch

88 danach handeln. Dieser Sicherheitsbegriff muss das Digitale zum Schutz unserer  
89 Demokratie

90 vor Destabilisierungsversuchen von Staaten wie Russland umfassen. Und er muss die  
91 menschliche Sicherheit im Mittelpunkt haben. Grüne Friedenspolitik heißt, sich genau  
92 dieser

93 Prinzipien immer wieder zu vergewissern, sie im Angesicht der Bedrohung der  
94 globalen

95 Friedensordnung zu schärfen und sich in der Regierung für ihre Umsetzung  
96 einzusetzen.

97 Russlands Teilmobilmachung darf nicht erfolgreich sein. Den jungen Männern  
98 Russlands muss

99 eine Alternative zum Kämpfen in diesem grausamen, völkerrechtswidrigen  
100 Angriffskrieg geboten

101 werden. Deswegen unterstützen wir Grüne eine schnellere und unbürokratischere  
102 Aufnahme

103 insbesondere von russischen und belarussischen Dissidenten. Aber auch Deserteuren  
104 und

105 Kriegsdienstverweigerern, die in der EU oder Deutschland Schutz suchen, muss nach  
106 einer

107 Sicherheitsüberprüfung Aufnahme gewährt werden. Erstaufnahmeländer wie Georgien,  
108 in die

109 hunderttausende Menschen aus Russland vor der Mobilmachung geflohen sind, sollten  
110 bei den

111 humanitären Herausforderungen unterstützt werden.

## 112 **Für menschliche Sicherheit und eine feministische Außenpolitik**

113 Unsere Außen- und Sicherheitspolitik bleibt geleitet vom Konzept der menschlichen  
114 Sicherheit. Wir denken Sicherheit von jedem einzelnen Menschen aus, dessen Würde  
115 und

116 Freiheit im Zentrum unserer Politik stehen. Alle Menschen sollen frei von Furcht und  
117 Not

118 leben können. Wir integrieren endlich die sicherheitsrelevanten Aspekte aller Ressorts,

119 einschließlich Klimasicherheit, Ernährungssicherheit, digitale Sicherheit und die  
120 Sicherheit

121 kritischer Infrastruktur, welche militärische Landes- und Bündnisverteidigung, zivile  
122 Konfliktbearbeitung, Diplomatie und Entwicklungszusammenarbeit ergänzen. Überall  
123 setzen wir

124 uns für den Vorrang der Prävention von Krisen, die Stärkung der Menschenrechte im  
125 Sinne der

126 Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung und die Überwindung struktureller Gewalt  
127 ein.

108 Ein zentraler Bestandteil unseres Verständnisses von Sicherheit ist auch eine  
109 feministische  
110 Außenpolitik. Sie steht für die Umsetzung der Menschenrechte aller, die  
111 Gleichberechtigung  
112 der Geschlechter, die Überwindung struktureller Diskriminierung marginalisierter  
113 Gruppen,  
114 beispielsweise von Indigenen, von Rassismus Betroffenen oder LSBTIQ\*, für die  
115 gerechte  
116 Verteilung von Macht und Ressourcen sowie ein Leben in Würde und  
117 Selbstbestimmung aller.  
118 Zahlreiche Forschungen belegen einen starken Zusammenhang zwischen  
119 Geschlechtergerechtigkeit  
120 und Frieden. Die Überwindung der vorherrschenden strukturellen Gewalt gegen Frauen  
121 und  
122 marginalisierte Gruppen ist Voraussetzung für nachhaltigen Frieden und umfassende  
123 menschliche Sicherheit. Deshalb machen wir uns für die vollständige Umsetzung der  
124 Agenda  
125 1325 „Frauen, Frieden, Sicherheit“ stark, die wir innerhalb Deutschlands und  
126 international  
127 vorantreiben. Dazu gehört auch, sexualisierte und genderbasierte Gewalt entschieden  
128 einzudämmen, die reproduktiven Rechte von Frauen zu schützen und die Sicherheit  
129 und  
130 Partizipation von Frauen und Mädchen in der Prävention von Konflikten, bei ihrer  
131 Transformation und in Stabilisierungsprozessen in den Fokus zu nehmen. Deswegen  
132 müssen auch  
133 Vergewaltigung, Ermordung von Zivilist\*innen sowie Plünderungen als  
134 Kriegsverbrechen benannt  
135 und geahndet werden. Unsere Außenpolitik und alle Politikfelder müssen daher in  
136 Kooperation  
137 mit feministischen Akteur\*innen ausnahmslos und institutionell verankert  
138 intersektional-  
139 feministisch ausgerichtet werden. Hierzu suchen wir den Schulterschluss mit  
140 Akteur\*innen auf  
141 der ganzen Welt.

127 Unser Handeln darf Konflikte nicht befördern oder anderen Staaten in ihrer  
128 nachhaltigen  
129 Entwicklung schaden. Deshalb setzen wir uns für die Entwicklung von  
130 ressortübergreifenden  
131 Mechanismen ein, durch die politische Vorhaben mit deutlichem Außenbezug vor  
132 deren Umsetzung  
133 auf ihre präventionsfördernde und krisenverschärfende Wirkung hin überprüft werden  
134 können.

131 Mittel für zivile friedensfördernde Maßnahmen – beispielsweise im Rahmen der zivilen  
132 Krisenprävention, partnerschaftlicher Entwicklungspolitik, humanitärer Hilfe oder  
133 zivilgesellschaftlicher Kooperationen wie Austauschprogrammen und dekolonialen  
134 Initiativen  
135 sowie der Friedens- und Konfliktforschung – müssen gerade angesichts der aktuellen  
136 Weltlage  
137 umfassend und adäquat aufgestockt werden. Dies gilt auch für Frühwarnsysteme für  
138 Konflikte

136 und gestärkte Analysefähigkeit. Vor allem die institutionelle Förderung in diesem  
Bereich,  
137 wie die des Zivilen Friedensdienstes oder der Deutschen Stiftung Friedensforschung  
brauchen  
138 eine Wachstumsperspektive. Zudem müssen wir die Verpflichtung in den Leitlinien  
139 Krisenprävention für mehr Öffentlichkeitsarbeit für Friedensförderung endlich erfüllen.  
140 Durch solche zivile Maßnahmen können strukturelle Marginalisierungen, Konflikte und  
damit  
141 menschliches Leid in ihrer Intensität langfristig reduziert oder gar verhindert werden.  
Dies  
142 führt zu nachhaltiger Stabilisierung und einer Verbesserung der Menschenrechtslage in  
den  
143 betroffenen Staaten und Regionen.  
144  
145 Auch Tausende Studierende und Wissenschaftler\*innen protestieren in Russland gegen  
den  
146 Krieg. Wir wollen sicherstellen, dass die Wissenschaftsfreiheit der ausschließlich zivil  
147 nutzbaren Forschung insbesondere für russische Exil-Wissenschaftler\*innen, die sich  
gegen  
148 den Krieg engagieren, sichergestellt wird.

149 In akuten Konflikten und Notsituationen müssen wir schließlich versuchen, durch  
rasche  
150 humanitäre Hilfe die dringendsten Sicherheitsbedürfnisse der Betroffenen zu erfüllen.  
Das  
151 Engagement für Geflüchtete aus der Ukraine sowie die zügige und umfangreiche  
Bereitstellung  
152 von humanitärer Hilfe in der Ukraine selbst sind dafür gute Beispiele. Das System der  
153 humanitären Hilfe ist aktuell jedoch finanziell und institutionell überfordert. Wir setzen  
154 uns international für eine Reform und bessere Finanzierung des Systems der  
humanitären Hilfe  
155 ein, mit dem Ziel, schneller und weitreichender agieren zu können sowie durch  
erhöhte  
156 Wirkungsorientierung die Grundlage für langfristige und nachhaltige Entwicklung zu  
schaffen.

157 Auch bei der Eindämmung der von Russland massiv verschärften Ernährungskrise hilft  
die  
158 Bundesregierung mit umfangreichen akuten Nahrungsmittelhilfen, der Bekämpfung  
von Dürren  
159 oder der Unterstützung ukrainischer Getreideexporte durch den Aufbau alternativer  
160 Transportwege. Dabei ist es wichtig, dass wir die weltweite Ernährungskrise mit  
Klimaschutz  
161 und Biodiversität zusammen denken. Langfristig können wir die Ernährung der  
Weltbevölkerung  
162 nur sichern, wenn wir entschlossen gegen die Klimakrise und den Biodiversitätsverlust  
163 vorgehen und zeitgleich Strategien für die globale Landwirtschaft entwickeln, um sich  
dem  
164 ändernden Klima adäquat anzupassen.

165 Die größte Herausforderung für die menschliche Sicherheit in unserer Zeit ist und  
bleibt die  
166 Klimakrise. Sie bedroht das Leben von Millionen von Menschen sowie Frieden und

## Stabilität

167 weltweit. Globaler Klimaschutz verhindert daher nicht nur Konflikte mit all ihren  
negativen  
168 Folgen. Fossile Energieträger, die uns in die Klimakatastrophe führen, setzen uns im  
169 Umkehrschluss auch in Abhängigkeit von autokratischen und imperialistischen  
Akteur\*innen,  
170 wodurch unsere wirtschaftlichen und politischen Handlungsspielräume massiv  
eingeschränkt  
171 werden. Internationale Kooperation ist Grundlage für eine gemeinsame  
Klimaaußenpolitik: sie  
172 ist klimapolitisch notwendig, verfolgt die Erreichung der nachhaltigen  
Entwicklungsziele,  
173 beugt Ressourcenkonflikten vor und sichert Frieden. Klimaschutzpolitik ist Friedens-  
und  
174 Sicherheitspolitik. Deshalb müssen wir die Transformation hin zur Klimaneutralität  
noch  
175 verbindlicher und energischer vorantreiben – in Deutschland und weltweit.  
Feministische  
176 Außen- und Entwicklungspolitik muss mit internationaler Klimapolitik  
zusammengedacht werden.  
177 Mit Klimaaußenpolitik und Kooperation für Klimagerechtigkeit als Mittelpunkt unserer  
Politik  
178 setzen wir uns ressortübergreifend für die globale Klimaneutralität sowie die  
Bewältigung  
179 von Klimafolgen ein, um unserer historischen Verantwortung gerecht zu werden und  
die Agenda  
180 2030 für nachhaltige Entwicklung umzusetzen. Daran ändert auch der russische  
Angriff auf die  
181 Ukraine nichts, selbst wenn kurzfristig fossile Energieträger aus anderen Ländern als  
182 Russland importiert werden müssen. Dies darf nur eine Überbrückung auf Zeit sein, bis  
wir  
183 die Abhängigkeit von fossilen Energien durch einen noch schnelleren Ausbau der  
erneuerbaren  
184 Energien beendet haben. Der 1,5-Grad-Pfad ist und bleibt Richtschnur unseres  
Handelns.  
185 Starke Abhängigkeiten beim Import von Rohstoffen und Bauteilen, aber auch das  
blinde  
186 Vertrauen auf vermeintlich störungsfreie Lieferketten gefährden unsere ökonomische  
187 Sicherheit und damit auch den Zusammenhalt unserer Gesellschaft. Wir setzen daher  
auf die  
188 Diversifizierung von Lieferketten und stärken vorrangig die Partnerschaften mit  
Staaten, die  
189 unsere Werte teilen. Diese wollen wir so gestalten, dass sie unsere Interessen nicht  
190 einseitig befördern, sondern durch attraktive Angebote die Interessen der  
Partnerländer -  
191 wie lokale Wertschöpfung, faire Arbeitsplätze und nachhaltige  
Produktionsbedingungen -  
192 berücksichtigen, um so langfristig stabile Allianzen zu schmieden.  
193 Wir schreiben kollektive Sicherheit groß; gerade unsere Bündnisse und Partnerschaften  
haben

194 uns in den letzten Jahren den historisch einzigartigen Frieden in der Europäischen  
195 Union  
196 gebracht. Um diesen zu sichern, braucht es auch gut ausgestattete, interoperable,  
197 bündnis-  
198 und europafähige und stärker integrierte Streitkräfte. Diese halten nicht nur  
199 potenzielle  
200 Aggressoren von Angriffen ab. Als Partei haben wir in unserer Geschichte auch gelernt,  
201 dass  
202 in einzelnen Fällen die Unterlassung militärischen Beistands zu weit größerem Leid  
203 führen  
204 kann. Die Anwendung militärischer Gewalt bleibt Ultima Ratio. Militär bringt niemals  
205 die  
206 Lösung, kann jedoch ein Zeitfenster für politische Lösungen und die zivile  
207 Konfliktbearbeitung schaffen.

208 Im Sinne der menschlichen Schutzverantwortung der Vereinten Nationen verpflichten  
209 wir uns,  
210 Menschen vor schwersten Menschenrechtsverletzungen zu schützen. Dabei wenden  
211 wir eine  
212 Kombination aus Maßnahmen zur Krisenprävention, Krisenreaktion und  
213 Krisennachsorge bzw.  
214 Wiederaufbau an.

215 Angesichts unseres umfassenden Sicherheitsbegriffs greift ein Sondervermögen für die  
216 Bundeswehr allein zu kurz. Es braucht zusätzliche Anstrengungen in der  
217 gesamtstaatlichen  
218 Sicherheitsvorsorge. Wir setzen uns daher weiterhin für den Ausbau der Kapazitäten  
219 für  
220 zivile Krisenprävention und Konfliktbearbeitung, Diplomatie, Friedens- und  
221 Konfliktforschung, humanitäre Hilfe, die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik sowie  
222 für  
223 Stabilisierung und Entwicklungspolitik ein. Dabei halten wir an der Zielsetzung aus  
224 dem  
225 Koalitionsvertrag fest, dass die Ausgaben im Maßstab 1:1 zum Anstieg der  
226 Verteidigungsausgaben erhöht werden sollen. Das Sondervermögen für die  
227 Bundeswehr muss  
228 jedoch so ausgestaltet werden, dass die Bundeswehr ihren Beitrag zur Landes- und  
229 Bündnisverteidigung im Rahmen der NATO und EU besser und unter neuen Vorzeichen  
230 auch  
231 schneller leisten kann. Das Sondervermögen für die Bundeswehr darf nicht zu einer  
232 haushalterischen Einschränkung für den prioritär notwendigen Investitionsbedarf zum  
233 sozial-  
234 ökologischen Umbau unserer Gesellschaft führen.

235 Zur notwendigen Stärkung der Bündnis- und Verteidigungsfähigkeit gehören neben der  
236 Ertüchtigung von Partnerstaaten auch gesamtstaatliche Maßnahmen wie die Erhöhung  
237 der  
238 Cybersicherheit, die Stärkung von Infrastrukturen und Versorgungsstrukturen, der  
239 Abbau  
240 bürokratischer Hemmnisse und die Ertüchtigung des Zivilschutzes. Eine ausreichende  
241 Bereitstellung von entsprechenden Mitteln aus dem Bundeshaushalt ist hierfür von

großer  
224 Wichtigkeit. Besonders gilt es, die nachhaltige Stärkung der Resilienz unserer  
Gesellschaft  
225 in den Blick zu nehmen.

226 Zurecht wurde in den vergangenen Jahren immer wieder eindringlich auf die  
Notwendigkeit  
227 hingewiesen, als Rechtsstaat und wehrhafte Demokratie insbesondere dem  
aggressiven Agieren  
228 Russlands im Digitalen entschlossen zu begegnen. Hier sind große Defizite entstanden,  
die  
229 nun angegangen werden müssen. Dies betrifft insbesondere die Bekämpfung von  
Russlands  
230 Unterstützung extremistischer Kräfte in demokratischen Staaten sowie von bewusst  
lancierter  
231 Desinformation mit dem Ziel, demokratische Gesellschaften zu spalten. Auch die  
Abwehr  
232 weitreichender IT-Angriffe auf Einzelpersonen, Unternehmen und demokratische  
Institutionen  
233 gehört dazu. Es braucht deshalb jetzt eine konsequente Um- und Durchsetzung des  
Digital  
234 Services Act.

235 Die zahlreichen, im Koalitionsvertrag verankerten Projekte zur Stärkung von Resilienz  
gilt  
236 es, schnellstmöglich umzusetzen. Dazu gehört unser Einsatz für unabhängige, gut  
237 ausgestattete Aufsichtsbehörden sowie für die stärkere Verzahnung der verschiedenen  
zivilen  
238 Akteur\*innen aus den Bereichen IT-Sicherheit (u.a. das Bundesamt für Sicherheit in der  
239 Informationstechnik, BSI) und Zivilschutz (u.a. das Bundesamt für Bevölkerungsschutz,  
BBK).  
240 Das große gesellschaftliche Knowhow in diesem Bereich sollte dabei sehr viel stärker  
als  
241 bisher eingebunden werden, bspw. durch die Schaffung eines beim Technischen  
Hilfswerk (THW)  
242 angesiedelten „Cyberhilfswerks“.

243 Freier und offener Software sowie einer von monopolartigen Strukturen unabhängigen  
244 Verwaltung kommt eine immens wichtige Bedeutung zu. Einrichtungen wie das  
Zentrum für  
245 Digitale Souveränität der Öffentlichen Verwaltung (ZenDiS) müssen weiter gestärkt  
werden.  
246 Insgesamt müssen wir bei der IT-Sicherheit von einem rein reaktiven Vorgehen  
wegkommen, das  
247 erst greift, wenn Angriffe erfolgreich waren und diejenigen noch bestraft, die Opfer  
wurden.  
248 Stattdessen müssen wir proaktiv in die Härtung digitaler Infrastrukturen investieren  
und  
249 hierbei beste IT-Sicherheitstechnik zum Standard machen. Diejenigen, die von sich aus  
in  
250 gute IT-Sicherheit investieren wollen, müssen staatlicherseits sehr viel stärker als  
bisher

251 auch finanziell unterstützt werden, zum Beispiel durch vereinfachte  
Abschreibungsmodalitäten  
252 oder Steuererleichterungen. Schließlich ist es geboten, den staatlichen Handel mit  
253 Sicherheitslücken schnellstmöglich zu beenden. Denn werden solche Lücken nicht  
konsequent  
254 innerhalb eines rechtsstaatlichen Verfahrens geschlossen, stehen sie immer auch  
kriminellen  
255 Dritten und den Geheimdiensten nicht befreundeter Staaten offen.  
256 Nur wenn wir Sicherheit in dieser Breite denken, können wir es erfolgreich mit den  
enormen  
257 friedens- und sicherheitspolitischen Herausforderungen unserer Zeit aufnehmen.  
Dieses breite  
258 Verständnis von Sicherheit sollte sich auch in der Nationalen Sicherheitsstrategie der  
259 Bundesregierung widerspiegeln, mit der sie die konzeptionellen Voraussetzungen für  
eine  
260 Sicherheitspolitik der Zukunft schaffen möchte.

### 261 **Das Friedensversprechen der Europäischen Union erneuern**

262 Die Europäische Union ist unsere Garantie für Frieden – ihr Versprechen wollen wir  
erneuern.  
263 Sie hat als Raum der Sicherheit und Freiheit, der Demokratie und des Rechts weiterhin  
eine  
264 große Strahlkraft. Sie ist Leitstern für Demokrat\*innen in der Westbalkanregion, in der  
265 Ukraine, in Moldau, in der Türkei, in Georgien, Belarus und für viele Menschen in  
anderen  
266 Ländern. Sie bleibt Hoffnungsträgerin für die Zusammenarbeit und Partnerschaften mit  
den  
267 Zivilgesellschaften, die sich überall auf der Welt für Menschenrechte einsetzen und  
sich ein  
268 Leben frei von Unterdrückung, Korruption und Willkür wünschen. Eine starke und  
269 handlungsfähige EU ist unser zentraler und unverzichtbarer Referenzrahmen für die  
270 Verteidigung unseres internationalen Zusammenlebens, für den Schutz von Menschen  
weltweit,  
271 aber auch für die vielen globalen Konflikte und Krisen, deren Bewältigung unser Ziel  
sein  
272 muss.  
273 Wir begrüßen den neuen EU-Beitrittskandidatenstatus für die Ukraine und die Republik  
Moldau  
274 sowie die Beitrittsperspektive für Georgien. Wir wollen diese Staaten, genau wie die  
275 verbleibenden Länder des Westbalkans, mit neuem Engagement auf ihrem Weg in die  
EU  
276 unterstützen.  
277 Die Europäische Union reagiert und agiert in der Krise gemeinsam und mit Stärke. Wir  
sehen  
278 jedoch auch, dass wir jetzt keine Zeit verlieren dürfen, diese Stärke weiter  
auszubauen, um  
279 die Souveränität der EU voranzubringen und die auf den Prinzipien der UN-Charta  
basierende  
280 internationale Ordnung zu verteidigen. Die EU ist nun gefordert, ihr

Friedensversprechen zu  
281 erneuern – und die Demokratie und den Frieden in ihrer direkten Nachbarschaft  
entschieden zu  
282 verteidigen.

283 Wir stehen im gesellschaftspolitischen und systemischen Wettbewerb mit den  
autokratischen,  
284 demokratieverachtenden und das Recht des Stärkeren verherrlichenden Regimen  
unserer Zeit.  
285 Angesichts dieser Herausforderungen brauchen wir eine handlungsfähigere EU.  
Deshalb gehört  
286 die Intensivierung der geplanten EU-Erweiterungen verbunden mit institutionellen  
Reformen zu  
287 den jetzt anstehenden Aufgaben. Damit können wir angesichts des fortschreitenden  
Krieges  
288 gewährleisten, dass unsere Sicherheit ebenso gewahrt bleibt wie die politische und  
289 wirtschaftliche Stabilität der EU. Die Auswirkungen des russischen Angriffskrieges auf  
diese  
290 Faktoren müssen wir im Blick haben. Auch deshalb müssen wir die negativen sozialen  
und  
291 wirtschaftlichen Auswirkungen des Krieges für die Menschen in Deutschland und der  
EU  
292 bestmöglich abfedern.

293 Die durch breite Bürgerbeteiligung erzielten Ergebnisse der Konferenz zur Zukunft  
Europas  
294 liefern für die Reform der EU wichtige Anstöße, die wir weiterverfolgen wollen:  
295 Energieunabhängigkeit, mehr Investitionen in engagierten Klimaschutz, eine bessere  
IT-  
296 Sicherheit und erhöhte Resilienz unserer Gesellschaften, strategische Souveränität,  
297 Mehrheitsentscheidungen in der Außen- und Sicherheitspolitik, mehr integrierte  
gemeinsame  
298 Streitkräfte zur Selbstverteidigung, ein Initiativrecht für das EU-Parlament sowie der  
299 Schutz und Ausbau von Rechtsstaatlichkeit – all das sind konstruktive Vorschläge für  
eine  
300 handlungsfähigere und strategisch souveränere EU. Sie gilt es nun, ernsthaft zu  
prüfen,  
301 weiterzuentwickeln und entschlossen voranzubringen.

302 Die Tür für eine Vollmitgliedschaft in der Europäischen Union muss für alle Staaten mit  
303 Beitrittsperspektive offen bleiben. Hebel der EU für tiefgreifende Reformen in den  
304 Kandidatenländern dürfen nicht aus der Hand gegeben werden. Und auch die  
bewährten  
305 Institutionen der Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa stehen nicht zur  
Disposition:  
306 Vielmehr gilt es für die EU, auch vor dem Hintergrund des künftigen Jubiläums der  
Konferenz  
307 für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, Geist und Wort der Schlussakte von  
Helsinki und  
308 der Charta von Paris zu bekräftigen und die Organisation für Sicherheit und  
Zusammenarbeit  
309 in Europa (OSZE) zu stärken. Die OSZE bietet – trotz ihres Reformbedarfs - mit ihren 57

310 Teilnehmerstaaten eine wichtige Basis für staatenübergreifende Kooperation.  
Langfristig geht  
311 es darum, eine nachhaltige europäische Friedens- und Sicherheitsarchitektur  
aufzubauen.

312 Die EU ist nach außen vor allem dann glaubwürdig, wenn sie die Integrität unserer  
Werte und  
313 Normen auch nach innen schützt. Dazu gehört auch die Wahrung der Rechte von  
Frauen und  
314 queeren Menschen. Diese ist ein Gradmesser für Demokratie. Wir wollen die  
europäische  
315 Rechtsstaatlichkeit durch eine Rechtsstaatskommission oder eine Europäische  
316 Staatsanwaltschaft stärken und den Anwendungsbereich der EU-Grundrechtecharta  
auf nationales  
317 Recht ausweiten, damit alle EU-Bürger\*innen die gleichen einklagbaren Grundrechte  
erhalten.

318 Der Abbau von Grundrechten und -freiheiten darf weder belohnt noch ignoriert  
werden. Wir  
319 begrüßen daher die überfällige Aktivierung des Konditionalitätenmechanismus als  
eines der  
320 Instrumente zum Schutz der europäischen Rechtsstaatlichkeit, das konsequent  
angewendet  
321 werden muss. Effektive Instrumente zum Schutz der Grundprinzipien der EU sind  
heute – neben  
322 institutionellen Reformen – umso wichtiger, als dass der russische Angriffskrieg das  
323 entschiedene Vorgehen gegen Rechtsstaats- und Demokratiedefizite einiger EU-Länder

324 erschweren könnte, wenn einstimmige sicherheitspolitische Entscheidungen der EU-  
325 Mitgliedsstaaten notwendig sind. Deshalb gilt es, den Moment zu nutzen, und mutig  
und  
326 entschlossen die Handlungsfähigkeit der EU auszubauen – zur Not auch, indem im  
Rahmen der  
327 Verstärkten Zusammenarbeit einzelne Staaten gemeinsam vorangehen.

328 Zur Glaubwürdigkeit der EU gehört auch ein menschenrechtskonformer Umgang mit  
Geflüchteten  
329 an den EU-Außengrenzen, sowie eine menschenwürdige, gesamteuropäische Asyl- und

330 Einwanderungspolitik. Trotz jahrelangen Diskussionen und vielen Versprechungen ist  
der  
331 Umgang mit Geflüchteten an den Außengrenzen immer noch unwürdig und  
rechtswidrig. Deswegen  
332 werden wir unsere Möglichkeiten in Kommunen, Ländern und auf Bundes- und  
Europaebene nutzen,  
333 um diese unwürdige Situation ohne weitere Verzögerungen zu beenden. Asylverfahren  
müssen  
334 innerhalb der EU durchlaufen werden und alle Asylanträge inhaltlich geprüft werden.  
335 Menschenunwürdige Lager und geschlossene Einrichtungen, Nichteinreisefiktionen  
oder  
336 europäische Außenlager in Drittstaaten lehnen wir ab. Wir setzen uns weiterhin  
innerhalb der  
337 Bundesregierung und der EU für eine europäisch getragene und staatlich koordinierte

338 Seenotrettung ein. Wir stellen uns gegen eine Politik, die mit  
339 Menschenrechtsverletzungen in  
340 der europäischen Nachbarschaft eine Abschottungspolitik umsetzen will. Die  
341 Kriminalisierung  
342 von Seenotretter\*innen wollen wir verhindern. Illegale Pushbacks nationaler  
343 Grenzpolizeien  
344 oder ihre Unterstützung beziehungsweise Duldung durch die europäische  
345 Grenzschutzbehörde  
346 Frontex darf es nicht geben. Sie müssen sofort beendet und zukünftig effektiv  
347 verhindert  
348 werden. Verstöße müssen lückenlos und transparent aufgeklärt sowie konsequent  
349 geahndet  
350 werden, etwa durch die Einleitung eines Vertragsverletzungsverfahrens durch die EU-  
351 Kommission gegen verantwortliche Mitgliedstaaten. Mit Blick auf die in der EU  
352 ankommenden  
353 Menschen treten wir im Sinne einer fairen Verantwortungsteilung für eine  
354 Weiterentwicklung  
355 des Malta-Mechanismus ein. Außerdem wollen wir die Aufnahme aus dem  
356 Resettlement-Programm  
357 des UNHCR deutlich ausbauen, um sichere Fluchtwege aus Ländern wie Libyen zu  
358 schaffen.

349 Der unbürokratische Umgang mit den Geflüchteten mit ukrainischer  
350 Staatsbürgerschaft in der  
351 EU ist beispielhaft und zeigt, dass es auch anders gehen kann. Massenlager und  
352 humanitäre  
353 Notlagen an den Außengrenzen konnten trotz der hohen Zahl an Geflüchteten aus der  
354 Ukraine  
355 verhindert werden. Die in dieser Notsituation angewendeten Lösungsansätze müssen  
356 für die  
357 zukünftige EU-Migrationspolitik eine Blaupause sein. So überwinden wir endlich die  
358 Ungleichbehandlung von Schutzsuchenden.

### 355 **Für Kooperation und Multilateralismus auch in Zeiten des Konflikts**

356 Globale Zusammenarbeit ist angesichts globaler Herausforderungen so notwendig wie  
357 nie.  
358 Gleichzeitig wird Kooperation im Angesicht multipler Krisen schwieriger; die Welt droht  
359 an  
360 globaler Governance zu verlieren. Wir müssen deshalb bestehende  
361 Kooperationsansätze  
362 europäisch denken, stärken und weiterentwickeln.

360 Die NATO ist gerade in dieser neuen Zeit eine unverzichtbare Akteurin für unsere  
361 Sicherheit.  
362 Das Zusammenrücken angesichts des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine darf  
363 jedoch  
364 nicht über Spannungen innerhalb des Bündnisses hinwegtäuschen. Es gilt, den  
365 demokratischen  
366 europäischen Pfeiler in der neuen, erweiterten NATO zu stärken. Die EU und ihre  
367 Mitgliedstaaten übernehmen mehr außen- und sicherheitspolitische Verantwortung.  
368 Das gilt  
369 insbesondere für die Sicherheit der östlichen Nachbarländer der EU wie auch der

baltischen  
366 Staaten und Polens. Die transatlantische Partnerschaft mit den USA bleibt dabei  
zentraler  
367 Stützpfeiler unserer und europäischer Außen- und Sicherheitspolitik. Die Stärke  
unserer  
368 Werte- und Verteidigungsgemeinschaft misst sich auch an der in ihr gelebten  
Demokratie,  
369 Rechtsstaatlichkeit und überzeugend umgesetztem Multilateralismus. Wir setzen uns  
für den  
370 weltweiten Menschenrechtsschutz, die Weiterentwicklung internationaler  
Rechtsnormen, globale  
371 Rüstungskontrolle, eine regelbasierte Weltordnung und die Stärkung einer  
372 verantwortungsbewussten Handelspolitik ein. Die wiederholten völkerrechtswidrigen  
373 Interventionen der Türkei gegen die Kurd\*innen in Syrien und im Irak wie auch der  
Abbau der  
374 eigenen Rechtsstaatlichkeit sind mit dem Anspruch der NATO als Wertebündnis nicht  
vereinbar.

375 Die Vereinten Nationen bleiben mit ihren Organisationen die Grundlage des  
Multilateralismus.  
376 Wir wollen sie weiter stärken und schützen. Die UN-Institutionen versorgen weltweit  
377 Millionen Geflüchtete. Sie stellen Bildungsmöglichkeiten, Nahrung und  
Gesundheitsleistungen  
378 zu Verfügung. Sie vermitteln in Kriegen und Konflikten. Und sie sind der Rahmen, in  
dem die  
379 wichtigsten multilateralen Abkommen verhandelt werden. Gleichzeitig sind sie schon  
lange  
380 reformbedürftig. Der Sicherheitsrat ist infolge des Missbrauchs des Vetorechts  
insbesondere  
381 durch Russland und China in vielen zentralen Fragen blockiert, was eine konstruktive  
382 Bearbeitung von Konflikten etwa in Libyen oder im Jemen, in Afghanistan oder Syrien  
383 erheblich erschwert – und zu teils schwerem menschlichem Leid führt. Als Antwort auf  
diese  
384 Blockade hat die UN-Generalversammlung mit der Verurteilung des russischen  
Angriffskrieges  
385 auf die Ukraine durch 141 Mitglieder gezeigt, wozu sie im Krisenfall durch Kooperation  
in  
386 der Lage ist.

387 Wir unterstützen Reformideen und Mechanismen wie die in der Resolution 377 der UN-  
388 Generalversammlung „Uniting for Peace“ festgeschriebene Möglichkeit, im Fall einer  
Blockade  
389 Empfehlungen für Kollektivmaßnahmen an seine Mitglieder auszusprechen. Die  
Beschlüsse der  
390 Generalversammlung verleihen notwendigen Maßnahmen auch im Fall eines Vetos  
durch ein  
391 Sicherheitsratsmitglied Legitimation. Deutschland muss im EU-Rahmen ein Mittler und  
ein  
392 verlässlicher Geldgeber der Vereinten Nationen sein. Zudem muss es sich verstärkt an  
393 Blauhelm-Missionen der UN beteiligen. Auch in den Vereinten Nationen muss die  
gemeinsame  
394 europäische Stimme stärker werden.

395 Die EU muss global als Friedensmacht Verantwortung übernehmen. Vor allem, wenn  
die Vereinten  
396 Nationen blockiert sind, muss sie für die Wahrung der Menschenrechte, die UN-  
Konventionen  
397 sowie die Paris-Deklaration und die Agenda 2030 in möglichst transparenten und  
inklusiven  
398 internationalen Zusammenschlüssen agieren. Dazu zählen zum Beispiel die G-7 und  
G-20, die  
399 NATO, das transatlantische Bündnis und themenspezifische Allianzen. Die Bildung  
flexibler  
400 Koalitionen, Kontaktgruppen und Allianzen sollte aber auch in bestehende  
Partnerschaften und  
401 Kooperationsformate eingebettet sein (z.B. AU-EU-Partnerschaft, Allianz für  
402 Multilateralismus) und offen gestaltet werden.

403 Auswärtige Kultur-, Bildungs- und Wissenschaftspolitik sowie Wissenschaftsdiplomatie  
404 gewinnen angesichts geopolitischer Krisen massiv an Bedeutung. Sie tragen  
maßgeblich dazu  
405 bei, durch Bildungs- und Forschungskooperationen und wissenschaftliche Expertise  
große  
406 globale Herausforderungen zu bewältigen, kulturelle Brücken zu bauen und positiv in  
die  
407 Zivilgesellschaft zu wirken. Somit können sie friedensfördernde Effekte entfalten. Sie  
408 müssen daher ein zentraler Aspekt der deutschen Außenpolitik sein. Der Deutsche  
Akademische  
409 Austauschdienst, die Alexander von Humboldt-Stiftung, das Goethe Institut und die  
deutsche  
410 UNESCO-Kommission leisten von Schutzprogrammen für bedrohte  
Wissenschaftler\*innen und  
411 Studierende über Sprachkurse und Austauschprogramme bis hin zu Stipendien für  
internationale  
412 Spitztalente einen essenziellen Beitrag für eine aktive und zielgerichtete  
413 Außenwissenschaftspolitik. Die Finanzierung der Mittlerorganisationen der Auswärtigen

414 Kultur-, Bildungs- und Wissenschaftspolitik muss, wie im Koalitionsvertrag vereinbart,  
415 verlässlich erhöht, statt gekürzt zu werden. Da sich globale Probleme nur gemeinsam  
lösen  
416 lassen, fördern wir die europäische sowie internationale Vernetzung und  
Zusammenarbeit in  
417 Studium, Forschung und Lehre auch durch eine Weiterentwicklung der  
418 Internationalisierungsstrategie der Bundesregierung und des Strategiepapiers  
"Science  
419 Diplomacy" des Auswärtigen Amts. Dazu gehört auch eine bessere Verzahnung von  
bildungs- und  
420 außenpolitischen Handlungen. Institutionelle Kooperationen allein - zum Beispiel im  
421 Europäischen Hochschulraum - führen nicht automatisch zu Annäherung.  
Wissenschaftsdiplomatie  
422 muss deswegen dazu beitragen, Menschenrechte, Demokratieförderung und die  
Freiheit von  
423 Forschung und Lehre ins Zentrum von Kooperationen zu rücken.

424 Wir wollen, dass in Deutschland die akademische Forschung und Lehre zur Ukraine  
und dem  
425 Verflechtungsraum Östliches Europa deutlich gestärkt und ausgebaut wird, sowie  
Programme zur  
426 zivilgesellschaftlichen, kulturellen und kommunalen Zusammenarbeit mit der Ukraine  
besonders  
427 gefördert werden.

428 **Autokraten entschieden begegnen**

429 Von autokratischen Staaten und Bewegungen gehen weltweit Gefahren für  
Menschenrechte,  
430 Rechtsstaatlichkeit und Demokratie aus. Vor allem diejenigen, die auch  
imperialistische  
431 Bestrebungen verfolgen, missachten die Regeln der Kooperation und bedrohen die  
432 internationale Rechtsordnung. Zudem besteht bei solchen Akteur\*innen ein hohes  
Risiko, dass  
433 sie durch ihr Agieren zwischenstaatliche Spannungen einschließlich Risiken für unsere  
eigene  
434 Sicherheit erzeugen sowie schwierige Hindernisse für die Bewältigung gemeinsamer  
globaler  
435 Aufgaben schaffen.

436 Vor diesem Hintergrund müssen wir die Kooperationen mit Demokratien weltweit  
stärken und uns  
437 besser vor Bedrohungen unserer offenen Gesellschaft und unserer Sicherheit  
wappnen. Es kann  
438 bei Regelbrecher\*innen keine Rabatte geben. Und zu den Regeln gehören die  
universellen  
439 Menschenrechte, das Gewaltverbot der UN-Charta und die staatliche Souveränität. Zur  
Achtung  
440 dieser Normen bauen wir auch auf Gerichte wie den Internationalen Strafgerichtshof  
und den  
441 Internationalen Gerichtshof und setzen uns deshalb bei unseren Partner\*innen für eine  
442 Anerkennung dieser wichtigen Institutionen ein. Denn sowohl Einzelpersonen als auch  
Staaten  
443 müssen für Verstöße zur Verantwortung gezogen werden.

444 Das Paradigma „Wandel durch Handel“ ohne klare Bedingungen ist gescheitert. Unsere  
445 Wirtschaftsaußenpolitik muss kohärent zu unseren außen- und entwicklungspolitischen  
Zielen  
446 und Leitlinien sein. Daraus folgt, dass wir eine Ratifizierung des Mercosur-Abkommens  
nur  
447 mit umsetzbaren, überprüfbaren und rechtlich verbindlichen Verpflichtungen zum  
Umwelt-,  
448 Sozial- und Menschenrechtsschutz befürworten, und wenn wirksame  
Zusatzvereinbarungen zum  
449 Schutz der Amazonas-Wälder abgeschlossen sind. Wir setzen uns ebenso für einen  
Ausstieg aus  
450 dem Energiecharta-Vertrag ein, weil der darin enthaltene Investitionsschutz Gefahr

läuft,  
451 den Ausstieg aus fossiler Energie und unsere Klimapolitik zu behindern.  
452 Wir sind gefragt, autokratischen Staaten gegenüber unterschiedliche  
Kooperationsangebote  
453 nach Themenfeldern anzubieten, diese regelmäßig auf ihre Auswirkungen auf  
menschliche  
454 Sicherheit zu evaluieren und bei Bedarf Konsequenzen zu ziehen. Der Klimaschutz als  
455 Menschheitsaufgabe verpflichtet zur größtmöglichen Kooperation weltweit. Aber auch  
dann  
456 müssen Menschenrechtsverstöße und sie begünstigende Faktoren angesprochen und  
auf ihre  
457 Beseitigung hingearbeitet werden. Sektorale Abhängigkeiten müssen wir durch  
458 Diversifizierung entgegentreten, unsere Lieferketten aktiv resilienter, gerechter und  
459 europäischer aufstellen.

460 Die Abhängigkeit von russischem Gas schränkt unsere heutigen  
Reaktionsmöglichkeiten auf  
461 diesen Krieg erheblich ein. Nord Stream 2 hätte nie gebaut werden dürfen. Denn das  
Projekt  
462 war nicht nur klima- und energiepolitisch, sondern auch europa- und geopolitisch  
falsch. Die  
463 heutige Lage belegt einmal mehr, dass der Ausbau erneuerbarer Energien und alle  
464 Anstrengungen für mehr Klimaschutz eine zentrale Dimension von Sicherheitspolitik  
465 darstellen.

466 Das revisionistische Russland unter Wladimir Putin stellt eine Bedrohung der Sicherheit  
und  
467 Freiheit der Menschen in Europa dar. Wir suchen nicht die Konfrontation, sondern sind  
zu  
468 Kommunikation, gezielter Kooperation, zum Risikomanagement, zur  
Eskalationsvermeidung und  
469 Transparenz der Beziehungen bereit. Wir sind immer zu einem Dialog mit Russland  
bereit, doch  
470 Russland hat sich bis zuletzt einem fairen Dialog verweigert. Ein Partner wird Russland  
für  
471 uns künftig nur in dem Maße sein können, wie es sich an internationales Recht hält.  
Dabei  
472 treten wir für die Souveränität und territoriale Integrität aller Länder ein und lehnen  
die  
473 imperiale Idee von Einflusszonen ab. Einer Ideologie, die auf das Recht des Stärkeren  
setzt,  
474 setzen wir die Herrschaft des Rechts entgegen. Wir zeigen uns solidarisch mit  
denjenigen,  
475 die der zunehmenden Unterdrückung des Kreml trotzen und sich für ein Russland  
einsetzen, das  
476 Frieden, Völkerrecht und Menschenrechte respektiert, anstatt sie mit Füßen zu treten."

477 Die Hegemonie-Ambitionen Chinas und seine aggressive Außenpolitik berühren unsere  
Werte und  
478 Interessen wie auch unsere Sicherheit. China negiert in vielen Bereichen die  
internationale  
479 Rechtsordnung. Die Niederschlagung der Demokratie-Bewegung in Hongkong, die

aggressiven  
480 Drohungen gegen Taiwan, die schweren Menschenrechtsverbrechen gegen die  
Uigur\*innen und die  
481 aggressive Expansionspolitik im südchinesischen Meer sind dafür exemplarisch. China  
versucht  
482 zudem immer öfter, seine wirtschaftliche Kraft zur Schaffung von Abhängigkeiten zu  
nutzen.  
483 Dem treten wir entschlossen entgegen. Dafür müssen wir auch national unsere  
Abhängigkeiten  
484 überprüfen und auf eine europäische Strategie der wirtschaftlichen Diversifizierung  
setzen.  
485 Im Rahmen der europäischen Ein-China-Politik wollen wir die wirtschaftliche und  
politische  
486 Zusammenarbeit mit Taiwan zum Nutzen beider Seiten intensivieren. Dazu gehören  
ein Abkommen  
487 über resiliente Lieferketten und ein bilaterales Investitionsabkommen. Wir betonen,  
dass  
488 eine Änderung des Status Quo in der Taiwanstraße nicht einseitig und nicht gegen den  
Willen  
489 der Bevölkerung Taiwans stattfinden darf. Wir unterstützen Taiwans relevante  
Beteiligung an  
490 der Arbeit internationaler Organisationen wie der WHO, WHA, ICAO oder Interpol.  
Unter  
491 Berücksichtigung der systemischen Rivalität sind wir, wo möglich, zur  
Zusammenarbeit mit  
492 China bereit und scheuen dabei nicht den Wettbewerb.

493 Russland und China weisen beide, trotz erheblicher Interessensunterschiede, eine  
gemeinsame  
494 autokratische Haltung auf, die die völkerrechtlich verbrieft Gleichberechtigung aller  
495 Staaten ablehnt. Auch vor diesem Hintergrund müssen wir verstärkt in unsere  
Partnerschaften  
496 investieren – gerade auch mit Ländern Afrikas, Lateinamerikas, der Karibik und im  
asiatisch-  
497 pazifischen Raum. Dazu zählt die Initiative Global Gateway der EU-Kommission.  
Einseitige  
498 wirtschaftliche Abhängigkeiten wollen wir durch gemeinsame europäische Resilienz-  
Politik  
499 überwinden. Gegen Autoritarismus bleiben Demokratieförderung, insbesondere  
Maßnahmen zur  
500 Ausweitung von Räumen für die Zivilgesellschaft, zur Bekämpfung von Korruption und  
501 Nepotismus sowie die konkrete Solidarität für Menschenrechtsverteidiger\*innen  
notwendig.  
502 Eine demokratische Front für die Schaffung von Regularien, um autokratische Mächte  
auch in  
503 ihrer digitalen Kriegsführung in die Schranken zu weisen, ist Teil davon.

504 **Neue Impulse für Abrüstung und Rüstungskontrolle**

505 Der Vorrang für Abrüstung, Vertrauensbildung und Rüstungskontrolle war, ist und  
bleibt das  
506 zentrale Merkmal von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN als Friedenspartei. Dies gilt für alle  
507 Waffensysteme, ob nuklear, konventionell oder digital. Wir sehen die Gefahr regionaler

und  
508 internationaler Aufrüstungsspiralen, die oft Eskalationsdynamiken und Unsicherheit  
befeuern,  
509 sowie die Herausforderungen durch die Erosion von Abrüstungs- und  
Rüstungskontrollverträgen  
510 und technologischer Entwicklungen – von neuartigen Waffensystemen, über den  
Cyberbereich bis  
511 hin zur militärischen Nutzung des Weltraums. Daher wollen wir gerade in unsicheren  
Zeiten  
512 die Rüstungskontrolle – auch für digitale Güter – stärken, Abrüstungsinitiativen  
513 wiederbeleben und, wo möglich, neue anstoßen und auch nicht staatliche Akteure in  
den Blick  
514 nehmen. Die Stärkung des Vertrags zur Nichtverbreitung von Kernwaffen (NVV) muss  
im Zentrum  
515 unserer Bemühungen bleiben. Der Atomwaffenverbotsvertrag, bei dem Deutschland  
einen  
516 Beobachterstatus innehat, stellt eine wichtige Ergänzung des NVV dar. Trotz der  
enormen  
517 Herausforderungen durch die aktuelle Lage müssen wir uns zudem für ein  
Nachfolgeabkommen zum  
518 New-START-Vertrag einsetzen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich für eine konkrete,  
materielle  
519 Unterstützung der Opfer von Atomwaffentests in der aktuellen Legislaturperiode ein.  
Das Ziel  
520 unserer Bemühungen bleibt eine atomwaffenfreie Welt.

521 Als Grüne setzen wir uns seit langem für eine restriktive, transparente und  
522 verantwortungsvolle Rüstungsexportpolitik ein. Gerade nach alle den Jahren des  
maßlosen  
523 Drangs der Großen Koalition mit Genehmigungen in Rekordhöhe an Staaten, die keine  
524 Wertepartner sind, ist ein Neuanfang überfällig. Für uns sind Rüstungsexporte kein  
525 Instrument der Industriepolitik. Wir wollen ein restriktives  
Rüstungsexportkontrollgesetz,  
526 das insbesondere Transparenz über die erteilten Genehmigungen und ihre jeweilige  
inhaltliche  
527 Begründung, sowie über die tatsächliche Ausfuhr von Kriegswaffen und  
Rüstungsgütern schafft.

528

529 Auf EU-Ebene werden wir uns dafür einsetzen, ein verbindliches Regime zur  
europäischen  
530 Waffenexportkontrolle für gemeinsame Rüstungskoperationen zu schaffen, das im  
Einklang mit  
531 den Kriterien des Gemeinsamen Standpunktes der EU steht. In der schwersten  
Sicherheitskrise  
532 Europas seit Jahrzehnten sind Europäische Kooperation und Verlässlichkeit unter  
Verbündeten  
533 ein hohes Gut. Unsere von Werten geleitete Außenpolitik steht vor einem Dilemma:  
Auf der  
534 einen Seite wollen wir eine vertiefte Rüstungskoperation mit unseren europäischen  
Partnern  
535 im Einklang mit unseren Werten, auf der anderen Seite wird bis zu einer restriktiven  
536 europäischen Rüstungsexportpolitik noch viel Überzeugungsarbeit nötig sein.

537  
538 Bündnis 90/Die Grünen werden diese Debatte nutzen, um uns bei der Formulierung  
des  
539 Rüstungsexportkontrollgesetzes für eine Reform von europäischen  
Gemeinschaftsprojekten im  
540 Rüstungsbereich einzusetzen. Forderungen nach Lockerungen der restriktiven  
Regelungen bei  
541 Gemeinschaftslieferungen erteilen wir eine Absage. Wir wollen gemeinsame  
europäische  
542 Entscheidungen für Rüstungsexporte auf Basis einer gemeinsamen Einschätzung der  
543 Sicherheitslage und europäischer Werte. Wir wollen keinen Wettlauf um die niedrigsten  
544 Menschenrechtsstandards bei der Genehmigungspraxis. Es braucht zudem einen  
regelmäßigen,  
545 unabhängigen und transparenten Review-Prozess der Bundesregierung zur  
Sicherheits- und  
546 Menschenrechtspolitik in den Empfängerstaaten und einen Review der geschlossenen  
Alt-  
547 Verträge.

548 Die Regierung von Saudi-Arabien begeht nachweislich massive  
Menschenrechtsverletzungen und  
549 ist Kriegspartei im Jemen-Krieg. Deswegen lehnen wir jegliche Rüstungsexporte an  
Saudi-  
550 Arabien ab. Wir streben auch einen europäischen Rüstungsexportstopp für Saudi-  
Arabien und  
551 ein europäisches Waffenembargo gegenüber anderen Staaten an, solange diese  
nachweislich  
552 unmittelbar am Jemen-Krieg beteiligt sind. Die von Saudi-Arabien geführte Koalition  
hat in  
553 den vergangenen Jahren tausende Luftangriffe im Jemen geflogen und damit und mit  
der  
554 Blockade des Landes zu einer der größten humanitären Katastrophen unserer Zeit  
beigetragen.  
555 Unter anderem der Druck der internationalen Gemeinschaft auf Saudi-Arabien hat in  
letzter  
556 Zeit zu einem Ende der gezielten Bombardements von ziviler Infrastruktur geführt.

557 Die Weigerung der Huthi-Milizen, die Waffenruhe im Jemen zu verlängern, ist ein Grund  
zu  
558 großer Beunruhigung. Der internationale Druck auf alle Kriegsparteien muss aufrecht  
erhalten  
559 werden, die Priorität muss ein Waffenstillstand mit dem Ziel eines dauerhaften  
Friedens  
560 bleiben. Die Jemen-Klausel des Koalitionsvertrags gilt.

561 Unter dieser Maßgabe bedeutet das Selbstverteidigungsrecht im Völkerrecht  
(kodifiziert u.a.  
562 in Art. 51 der UN-Charta) für uns als Friedenspartei, dass Staaten, die bedroht oder  
563 angegriffen werden, auch mit der Lieferung von Waffen unterstützt werden können.  
Deshalb  
564 werden wir die Ukraine solange es notwendig ist unterstützen. Von der  
565 nachrichtendienstlichen Zusammenarbeit bis zur Lieferung von schweren Waffen

werden wir uns

566 dafür einsetzen, dass die Ukraine in die Lage versetzt wird, ihr Land auch weiterhin zu  
567 verteidigen und durch Russland eroberte oder völkerrechtswidrig annektierte Gebiete  
568 zurückzugewinnen. Es sind entscheidende Monate für die Menschen in der Ukraine  
und für die  
569 Ordnung auf unserem Kontinent. Davon unberührt müssen Exporte von Waffen, die zur  
Verletzung  
570 von Menschenrechten, für politische Aggressionen und diktatorische Repressionen  
eingesetzt  
571 werden, unterbunden werden, denn sie gefährden die Sicherheit und den Frieden  
weltweit.  
572 Gleichzeitig muss ausgeschlossen werden, dass Rüstungsgüter, die wir heute liefern,  
in  
573 Zukunft in die falschen Hände geraten. Bei Exporten sollen darum strenge,  
verbindliche und  
574 differenzierte Endverbleibs- und Post-Shipment-Kontrollen gesetzlich fest- und  
575 vorgeschrieben werden. Dies gilt auch für digitale Überwachungstools, beispielsweise  
576 identifizierende Gesichtserkennungssoftware, die es autokratischen Regierungen  
ermöglichen,  
577 unliebsame Aktivist\*innen, Menschenrechtsverteidiger\*innen, Medienschaffende oder  
578 Minderheiten zu verfolgen.

579 Um das beschlossene Sondervermögen sinnvoll nutzen zu können und die  
Einsatzfähigkeit der  
580 Bundeswehr zu erhöhen, müssen das Beschaffungswesen reformiert,  
Beschaffungsmaßnahmen  
581 beschleunigt und substanzielle Strukturmaßnahmen in Bundeswehr und Verwaltung  
zur Förderung  
582 von Agilität und Effizienz umgesetzt werden. Das beschlossene  
583 Beschaffungsbeschleunigungsgesetz ist hierfür ein erster wichtiger Schritt. Weitere  
Schritte  
584 in Richtung vertiefter europäischer Zusammenarbeit müssen folgen. Vor diesem  
Hintergrund ist  
585 auch die Stärkung eines eigenständigen europäischen Rüstungssektors von  
Bedeutung, um die  
586 Voraussetzungen für die materielle Stärkung und Aufrechterhaltung der Bündnis- und  
587 Landesverteidigung sowie des verteidigungsbedingten Bedarfs unserer Partner zu  
schaffen.  
588 Dazu gehören insbesondere Planbarkeit und die Konsolidierung der europäischen  
589 Rüstungsindustrie – und dass Beschaffungen europäisch gedacht werden sollten, denn  
nationale  
590 Alleingänge sorgen nicht nur für höhere Preise, sondern auch für eine geringe  
Kompatibilität  
591 und Interoperabilität zwischen den Streitkräften.

592 **Für eine gesicherte und gerechte Welternährung - eine Strukturpolitik gegen**  
593 **die globalen**  
594 **Krisen**

594 Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine hat die bereits bestehenden globalen  
Krisen noch  
595 weiter verschärft. Der Ausfall der Getreideexporte aus der Ukraine und Russland  
offenbart

596 die Abhängigkeiten insbesondere der Länder des Globalen Südens von  
Nahrungsmittelimporten  
597 und verstärkt die Hungerkrise. Auch die Verschuldungskrise nimmt ihnen fiskalischen  
598 Spielraum, um angemessen auf die steigenden Nahrungsmittel- und Energiepreise, auf  
die  
599 Auswirkungen der Klimakrise oder Pandemien reagieren zu können. Dringend nötige  
600 Investitionen in eine nachhaltige Entwicklung und Transformation – im Sinne der Ziele  
für  
601 nachhaltige Entwicklung der Agenda 2030 (SDGs) und der Pariser Klimaziele – unter  
anderem  
602 für eine Agrar-, Energie- und Mobilitätswende bleiben somit auch wegen dieser  
Dynamiken aus.  
603 Um globale Gerechtigkeit voranzutreiben, wollen wir die Polykrisen unserer Zeit  
gemeinsam  
604 mit unseren Partner\*innen effektiv bekämpfen, Ungleichheiten abbauen und resiliente  
sowie  
605 demokratische Strukturen und Zivilgesellschaften stärken. Entwicklungspolitik  
verstehen wir  
606 als eine gerechte und geostrategische Strukturpolitik. Feministische  
Entwicklungspolitik  
607 setzt dabei an den Ursprüngen der Ungleichheit an: den ungleichen  
Machtverhältnissen  
608 zwischen den Geschlechtern, sozialen Normen und Rollenbildern.

609 Unser koloniales Erbe mahnt uns, uns für das Aufbrechen globaler Machtstrukturen  
einzusetzen  
610 und eine dekoloniale Strukturpolitik umzusetzen. Wir wollen unter anderem  
611 Stimmrechtsreformen bei den Entwicklungsbanken anstoßen, um für ein gerechteres  
612 Stimmverhältnis zu sorgen.

613 Ein wichtiger Schritt hin zur Ernährungssouveränität ist Verteilungsgerechtigkeit.  
614 Landwirtschaftliche Flächen sollen stärker für lokale Lebensmittelproduktionen und  
weniger  
615 für Treibstoffe, Futtermittel oder für den Verkauf vorgesehene Anbaufrüchte verwendet  
werden. Der Anbau sollte entsprechend der Nachfrage mehr auf lokale und regionale  
617 klimaresiliente Sorten gefördert und lokal vermarktet werden. Dies muss folgerichtig  
618 einhergehen mit einer Reduktion des Treibstoffverbrauchs und des Fleischkonsums vor  
allem in  
619 den Ländern des Globalen Nordens. Die Rechte von Kleinbauern und -bäuerinnen  
wollen wir  
620 stärken. Dabei spielen insbesondere Landrechte – gerade auch für Frauen – eine  
essenzielle  
621 Rolle. Den Zugang zu freiem Saatgut und Möglichkeiten zur lokalen Vermarktung  
wollen wir  
622 fördern, zum Beispiel bei der Gründung von Produktions- und Absatzgenossenschaften.

623 Nahrungsmittel- und Wasserspekulationen werden wir stärker regulieren. Durch diese  
Maßnahmen  
624 kann die Abhängigkeit von Staaten vom Getreideweltmarkt reduziert werden.

625 Die Covid-19-Pandemie hat uns vor Augen geführt, dass resiliente Gesellschaften  
626 funktionierende soziale Sicherungssysteme brauchen. Wir wollen weltweit soziale

627 Sicherungssysteme stärken und setzen uns dafür ein, dass ein Globaler Fonds für  
soziale  
628 Sicherung im Rahmen der UN-Initiative „Global Accelerator for Jobs and Social  
Protection“  
629 verankert wird, dessen Governance-Strukturen dem Globalen Fonds zur Bekämpfung  
von Aids,  
630 Tuberkulose und Malaria gleichen.  
631 Um für künftige Pandemien besser vorbereitet zu sein, unterstützen wir die  
Entwicklung eines  
632 Pandemie-Vertrags der Weltgesundheitsorganisation. Wir setzen uns dafür ein, dass  
dieser  
633 Vertrag robuste Mechanismen beinhaltet um in künftigen Pandemien schnelleren und  
gerechteren  
634 weltweiten Zugang zu Gesundheitsprodukten zu sichern. Wir begrüßen die WTO-  
Entscheidung zur  
635 Einschränkung des Patentschutzes für Covid-19 Impfstoffe. Wir setzen uns zudem  
dafür ein,  
636 dass solche Maßnahmen dort, wo freiwillige Produktionspartnerschaften nicht  
ausreichen, auch  
637 auf Therapeutika und Diagnostika für Covid-19 ausgeweitet werden können  
638 Wir erleben global eine dramatische Verschuldungskrise, die seit der Covid-19-  
Pandemie neue  
639 Ausmaße gerade in den Ländern des Globalen Südens erreicht hat. Das  
Schuldenmoratorium der  
640 G20 für die 77 ärmsten Länder hat einen wertvollen zeitlichen Spielraum geschaffen.  
Unser  
641 Ziel ist ein neuer internationaler Konsens zum Schuldenmanagement. Wir unterstützen  
eine  
642 Initiative für ein kodifiziertes internationales Staateninsolvenzverfahren, das  
öffentliche  
643 und private Gläubiger\*innen miteinbezieht und Schuldenerleichterungen für besonders  
644 gefährdete Ländergruppen vorsieht. Als konkreten Beitrag wollen wir ein Gesetz zur  
645 Restrukturierung ausländischer Staatsschulden mit dem die Ergebnisse internationaler  
646 Umschuldungsverhandlungen in Deutschland verbindlich gemacht werden.  
647 Feministische Entwicklungspolitik ist Teil der feministischen Außenpolitik und bedeutet,  
die  
648 Förderung und die Belange von Frauen, Mädchen und marginalisierten Gruppen in den  
649 Vordergrund zu stellen und sie gezielt in Entscheidungsprozesse einzubinden. Wir  
setzen uns  
650 dafür ein, dass zivilgesellschaftliche und insbesondere Frauenrechtsorganisationen aus  
651 Ländern des Globalen Südens nach dem Vorbild des kanadischen „Equality Fund“  
direkt  
652 gefördert werden.  
653 In autokratischen Kontexten müssen wir uns schließlich bewusst sein, dass die Logik  
von  
654 Regimestabilisierung oft im Widerspruch zu den Zielen von gerechter, nachhaltiger  
und

655 menschenrechtsbasierter Entwicklung steht. So werden finanzielle Ressourcen über  
Korruption  
656 und Nepotismus häufig nach Loyalitäten gegenüber einer autokratischen  
Staatsführung  
657 verteilt. Gerade in solchen Kontexten ist es daher besonders wichtig, sich nicht nur auf  
658 Projektebene, sondern auch in Regierungsverhandlungen für mehr Freiräume für die  
lokale  
659 Zivilgesellschaft, für unabhängige Medien und die Einhaltung der Menschenrechte  
einzusetzen.

**Beschluss** Zivile Seenotrettung auf dem Mittelmeer stärken und Verantwortung für eine menschenwürdige Asylpolitik übernehmen!

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz  
Beschlussdatum: 15.10.2022  
Tagesordnungspunkt: FS Wertegeleitet, multilateral, handlungsfähig: grüne Friedens- und Sicherheitspolitik in der Zeitenwende

## Antragstext

- 1 Wir setzen uns innerhalb der Bundesregierung, des Bundestages und der EU dafür ein,  
2 dass die
- 3 Bekenntnisse des Koalitionsvertrages zur zivilen Seenotrettung noch in diesem Jahr  
4 konkretisiert werden und die zivile Seenotrettung im Mittelmeer substantielle  
5 Unterstützung
- 6 erfährt. Das bedeutet für uns konkret:
- 7 Wir werden dafür eintreten, dass der bestehende Solidaritätsmechanismus  
8 weiterentwickelt
- 9 wird. Bisher scheitert die Umsetzung an bürokratischen Hürden, die dazu führen, dass  
10 eine  
11 schnelle Umverteilung und Solidarität unter den Mitgliedsstaaten verhindert wird.  
12 Außerdem  
13 sind die Zusagen bislang völlig unzureichend.
- 14 Deswegen wollen wir mit mehr Ländern Maßnahmen wie den Malta-Mechanismus  
15 weiterentwickeln,  
16 damit eine schnelle Registrierung und Zugang zu Asylverfahren in den EU-Staaten  
17 sichergestellt wird und überfüllte Lager an den Außengrenzen vermieden werden. Wir  
18 wollen  
19 einen Mechanismus, der verlässlich und schnell eine Umverteilung ermöglicht und  
20 damit die  
21 europäische Solidarität stärkt. Asylschnellverfahren an den EU-Außengrenzen, die  
22 Zulässigkeitsprüfungen, eine systematische Inhaftierung von Asylsuchenden und eine  
23 Nichteinreisefiktion vorsehen, lehnen wir ab. Auch bei der EU-Kommission treten wir  
24 dafür  
25 ein, dass keine Akteure, wie zum Beispiel die libysche Küstenwache, finanziert werden,  
26 um  
27 eine völker- oder menschenrechtswidrigen Abschottungspolitik durchzusetzen.
- 28 Hafenblockaden und tagelange Wartezeiten auf die Zuweisung eines sicheren Hafens  
29 nach der  
30 Rettung von Menschen aus Seenot sind mit unseren und den europäischen Werten  
31 unvereinbar.
- 32 Die Drangsalierung von Schutzsuchenden und Seenotrettungsorganisationen muss  
33 beendet werden.
- 34 Das könnte beispielsweise durch ein Pilotprogramm gelingen, bei dem innerhalb des  
35 Kontingents des Solidaritätsmechanismus Personen in dem Umfang aufgenommen  
36 werden, wie sie  
37 von Schiffen mit deutscher Flagge gerettet werden. So würden Mittelmeerstaaten wie  
38 Malta  
39 keinen Grund mehr für Blockaden haben und wir würden unserer besonderen

Verantwortung für

25 die Seenotrettung gerecht werden. Auch die Zusammenarbeit zwischen den  
26 Seenotrettungsleitstellen in Malta und Italien könnte sich dadurch erheblich  
verbessern,  
27 denn momentan werden die Organisationen nicht über Seenotrettungsfälle informiert  
und Anrufe  
28 ignoriert.

29  
30 Um die Aufnahmebereitschaft in Deutschland zu stützen und fördern, sollten  
Kommunen und  
31 Bundesländer, die über ihre Verpflichtungen hinaus Menschen aufnehmen wollen, bei  
32 Aufnahmeprogrammen berücksichtigt werden. Auch eigene Initiativen zur Aufnahme  
wollen wir  
33 ermöglichen und nicht behindern.

**Beschluss** Solidarität mit den mutigen iranischen Frauen und ihrem Kampf für Freiheit

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz  
Beschlussdatum: 15.10.2022  
Tagesordnungspunkt: FS Wertegeleitet, multilateral, handlungsfähig: grüne Friedens- und Sicherheitspolitik in der Zeitenwende

## Antragstext

- 1 Bündnis 90/Die Grünen stehen ungebrochen solidarisch an der Seite der Menschen,  
2 die im Iran  
3 leben. Menschen- und insbesondere Frauenrechte müssen gewahrt und geachtet  
4 werden. Wir  
5 solidarisieren uns mit dem inspirierenden Mut allen voran iranischer Frauen, die trotz  
6 aller  
7 Repressionen für ihre Freiheit und für ihre Rechte im Iran auf die Straße gehen.
- 8 Bündnis 90/Die Grünen mit ihren Wurzeln in der Bürger\*innen-Bewegung stehen  
9 national wie  
10 international Feministinnen, der Klima- und Bürgerrechtsbewegung, den LGBTQI-  
11 Aktivist\*innen  
12 und der Eine-Welt-Bewegung und ihrem Kampf für Freiheit, Gleichheit, Menschen- und  
13 Bürger\*innenrechte bei. Menschenrechte und Frauenrechte gehören weder „dem  
14 Westen“ noch „dem  
15 Osten“, sie sind universell und in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte  
16 verbrieft.
- 17 Wir verurteilen die Repression und brutale Gewalt durch das Regime entschieden. Die  
18 Bestrebungen nach politischer und religiöser Freiheit, Selbstbestimmung und  
19 Demokratie im  
20 Iran unterstützen wir ausdrücklich. Im Iran werden Menschen-, Bürger\*innen- und  
21 Frauenrechte  
22 systematisch missachtet und verletzt.
- 23 Angehörige ethnischer und religiöser Minderheiten wie etwa Kurd\*innen,  
24 Balutsch\*innen,  
25 Baha'is, oder Sufis sind im Iran oft vielfachen Diskriminierungen und Verfolgungen  
26 ausgesetzt. Aufgrund diskriminierender Gesetze sind Homosexuelle und andere  
27 sexuelle  
28 Minderheiten (LGBTQI) im Iran regelmäßig der Gefahr von Belästigung, Gewalt und  
29 sogar dem  
30 Tod ausgesetzt.
- 31 Jedes Jahr werden Millionen von Frauen im Iran staatlich organisiert angehalten,  
32 schikaniert  
33 und sanktioniert, weil sie das Kopftuch „nicht korrekt“ tragen. Langjährige  
34 Gefängnisstrafen  
35 und Misshandlungen während der Haft sind an der Tagesordnung. Seit der  
36 Amtsübernahme des  
37 iranischen Präsidenten Ebrahim Raisi ist die Verfolgung von Frauen durch die

sogenannte  
23 Moralpolizei weiter verschärft worden.

24 Friedliche Proteste werden unterdrückt und niedergeschlagen. Unzählige Fälle von  
25 Verschwindenlassen sind dokumentiert, diese Dokumentation wird vom Staat  
allerdings schlicht  
26 ignoriert. Journalist\*innen, Regierungskritiker\*innen, Menschenrechtsverteidiger\*innen  
und  
27 zivilgesellschaftliche Aktivist\*innen werden willkürlich festgenommen und oft ohne  
faire  
28 Gerichtsverfahren verurteilt. Häufig erleiden politische Gefangene in der Haft Folter  
und  
29 Misshandlungen und ihnen werden notwendige medizinische Behandlungen  
vorenthalten.

30 Seit den Protesten von 2019 haben die Justizbehörden des Regimes den Preis für  
friedlichen  
31 Dissens dramatisch erhöht und Dutzende von Menschenrechtsverteidiger\*innen und -  
32 aktivist\*innen zu jahrzehntelangen Haftstrafen verurteilt. Schwerwiegende  
Missbräuche durch  
33 die Sicherheits- und Geheimdienstbehörden bei den landesweiten Protesten von  
November 2019  
34 werden bis heute vertuscht, genauso wie die zahlreichen Todesopfer der Proteste. Laut  
eines  
35 umfangreichen Berichts von Amnesty International sind insgesamt rund 7000 Männer,  
Frauen und  
36 auch Kinder innerhalb weniger Tage festgenommen, gefoltert und misshandelt worden.  
Dadurch  
37 seien zweifelhafte „Geständnisse“ über Teilnahmen an Demonstrationen,  
Mitgliedschaft in  
38 Oppositionsgruppen sowie Kontakte zu ausländischen Regierungen und Medien  
erzwungen worden.  
39 Darüber hinaus wurden einige junge Männer auf Grundlage des Vorwurfs, sich  
während der  
40 Proteste an gewalttätigen Ausschreitungen beteiligt zu haben, zum Tode verurteilt und  
41 hingerichtet.

42 Wir fordern die Regierung Irans auf, die Diskriminierung und Verfolgung von  
43 Menschenrechtsverteidiger\*innen, religiösen und ethnischen Minderheiten, Frauen,  
LGBTQI,  
44 Journalist\*innen, Umweltaktivist\*innen, anders Denkenden und Oppositionellen  
einzustellen.

45 Wir begrüßen, dass die Bundesregierung auf Rechtsstaatlichkeit sowie auf die  
Einhaltung der  
46 Menschenrechte und des humanitären Völkerrechts dringt. Die Initiative der  
Bundesregierung,  
47 bei der EU die Verantwortlichen für die Gewalt der iranischen Sicherheitskräfte in das  
EU-  
48 Sanktionsregime aufzunehmen, sowie die schnelle Aktualisierung des Lageberichtes  
Iran des  
49 Auswärtigen Amtes als Grundlage für die Entscheidungspraxis des BAMF im

Asylverfahren zu  
50 nehmen, ist folgerichtig.

51 Angesichts der aktuellen Lage im Iran halten wir die Aussetzung von Abschiebungen in  
den  
52 Iran für dringend geboten.

53 Aufgrund einer falschen Einschätzung der Sicherheitslage durch die Große Koalition in  
54 Afghanistan und dem Iran wurden Personen abgeschoben, die sich nichts zu Schulden  
kommen  
55 ließen und zum Beispiel direkt von ihren Ausbildungsplätzen abgeschoben wurden. Sie  
sehen  
56 sich nun mit der katastrophalen Lage in diesen Ländern konfrontiert. Wir wollen, dass  
die  
57 dreijährige Einreisesperre für diesen Personenkreis aufgehoben wird.

58 Geschlechtsspezifische Verfolgung, etwa durch diskriminierende Kleidungs Vorschriften,  
bei  
59 deren Missachtung den Betroffenen martialische Strafen drohen, sollen konsequent,  
60 vollumfänglich und grundsätzlich im Asylverfahren anerkannt werden.

61 Bündnis 90/Die Grünen setzen sich auf Bundes- und Landesebene dafür ein, dass die  
nach  
62 Deutschland geflohenen Iraner\*innen, die bisher nur eine Duldung haben, ein  
Bleiberecht oder  
63 mindestens einen subsidiären Schutzstatus im Folgeasylverfahren erhalten. Zudem  
wollen wir,  
64 dass häufiger und schneller humanitäre Visa für akut bedrohte  
65 Menschenrechtsverteidiger\*innen erteilt werden.

66 Auch in Deutschland versucht das Regime, seine Kritiker\*innen zum Schweigen zu  
bringen.  
67 Durch Ausspähung, Einschüchterung, Überwachung, Hacks und wie im Falle des  
Terroranschlags  
68 im Berliner Restaurant „Mykonos“ sogar bis zur Ermordung von Oppositionellen. Wir  
stehen den  
69 Opfern dieser Aktivitäten zur Seite und werden unseren Beitrag leisten, um diesem  
Treiben  
70 ein Ende zu setzen.

71 Darüber hinaus setzen wir uns dafür ein, dass die Bundesregierung im Rahmen der EU  
und  
72 gemeinsam mit internationalen Partner\*innen zusammenarbeitet, um der iranischen  
Bevölkerung  
73 zu helfen, Informationen frei und sicher im Internet und anderen Medien zu  
produzieren,  
74 zugänglich zu machen und auszutauschen. Menschenrechtsverletzungen durch hohe  
Beamte des  
75 iranischen Regimes müssen unabhängig untersucht, die Verantwortlichen zur  
Rechenschaft  
76 gezogen werden. Wir setzen uns innerhalb der Bundesregierung und auf europäischer  
Ebene für  
77 eine Ausweitung von personenbezogenen EU-Sanktionen, also von Einreisesperren und  
das

78 Einfrieren von Vermögenswerten, ein. Wir prüfen gemeinsam mit unseren  
internationalen  
79 Partnern die Einstufung der für die Gewalt im Iran hauptsächlich verantwortlichen  
Gruppen  
80 der Revolutionsgarden (IRGC) und der Milizen der Basidsch als Terrororganisationen.  
Diese  
81 finanzieren und unterstützen aktiv Terrorgruppen in der Region und bringen dadurch  
Leid über  
82 die Menschen, nicht nur im Iran, sondern auch in Libanon, Syrien, Jemen und Irak. Wir  
werden  
83 unseren Beitrag leisten, ihnen dabei das Handwerk zu legen.

84 Zudem verlangen wir faire rechtsstaatliche Verfahren für alle Inhaftierten im Iran und  
die  
85 sofortige und bedingungslose Freilassung aller politischen Gefangenen,  
86 Menschenrechtsverteidiger\*innen und LGTIQ-Aktivist\*innen. Auch die Abschaffung  
inhumaner  
87 Strafen wie Peitschenhiebe, die Einhaltung der Mindestgrundsätze der VN für die  
Behandlung  
88 der Gefangenen (Nelson-Mandela-Regeln) und die vollständige Umsetzung der  
89 Generalversammlungsresolution zur Menschenrechtssituation im Iran von 2021 sind  
überfällig.  
90 Dazu gehört auch die notwendige Änderung des Art. 48 der iranischen  
Strafprozessordnung  
91 dahingehend, dass allen Angeklagten endlich das Recht gewährt wird, durch eine  
92 Verteidiger\*in ihrer Wahl vertreten zu werden und Zugang zu einem fairen Verfahren  
im  
93 Einklang mit dem VN-Zivilpakt zu erhalten.

94 Die Todesstrafe muss abgeschafft werden. Erst recht, wenn gegen die seitens des Iran  
95 ratifizierte VN-Kinderrechtskonvention Minderjährige hingerichtet werden. Auch diesen  
96 schulden wir unsere Solidarität und unsere Aufmerksamkeit.

97 Die Menschen im Iran gehen für ein Leben in Gleichberechtigung, Demokratie und  
Freiheit und  
98 gegen die systematische Unterdrückung durch das Regime auf die Strasse. In diesem  
Kampf  
99 werden wir ihnen mit aller Kraft beistehen.

**Beschluss** Widerspruchslösung in der Organspende implementieren

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz  
Beschlussdatum: 16.10.2022  
Tagesordnungspunkt: V Verschiedenes

**Antragstext**

- 1 Die BDK möge beschließen, die Bundesregierung aufzufordern, die Maßnahmen des Gesetzes zur
- 2 Verbesserung der Strukturen in der Organspende (GZSO), die vor drei Jahren beschlossen
- 3 wurden, jetzt schnell umzusetzen und um eine Widerspruchsregelung zu ergänzen, um das
- 4 Sterben auf der Warteliste zu beenden.

**Beschluss** Voller Schutz der Beschäftigten – auch in kirchlichen Einrichtungen  
Ein Arbeitsrecht für Alle

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz  
Beschlussdatum: 15.10.2022  
Tagesordnungspunkt: V Verschiedenes

## Antragstext

- 1 Wir Grüne fordern für die Beschäftigten der Kirchen und kirchlicher Einrichtungen
- 2 Gleichbehandlung im Arbeitsrecht mit allen anderen Arbeitnehmer\*innen. Das
- 3 individuelle und
- 4 das kollektive kirchliche Arbeitsrecht müssen dringend und umfassend reformiert
- 5 werden.
- 6 Anstelle innerkirchlicher Regelungen muss der Staat seiner Verantwortung als
- 7 Gesetzgeber
- 8 gerecht werden.
- 9 Die Ausnahmeregelungen zu Lasten der Beschäftigten im Betriebsverfassungsgesetz
- 10 und im
- 11 Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz sind nicht akzeptabel. Wir fordern, dass die
- 12 Verweigerung
- 13 des Schutzes der Beschäftigten kirchlicher Einrichtungen durch das
- 14 Betriebsverfassungsgesetz
- 15 in § 118 Abs. 2 BetrVG und durch Personalvertretungsgesetze beendet wird.
- 16 Die gewerkschaftliche Mitbestimmung muss umfassend gefördert werden.
- 17 Der religiöse Verkündigungsbereich bleibt von den Neuregelungen unberührt.
- 18 Die Rechte der Beschäftigten müssen auch in Hinsicht auf die Zulässigkeit von
- 19 Arbeitskämpfen
- 20 und Flächentarifverträgen gestärkt werden.
- 21 Wir stellen fest: in der bisherigen Regierungszeit sind keine substantiellen Initiativen
- 22 der
- 23 Koalition auf diesem Gebiet erkennbar. Das kann im Interesse der Beschäftigten nicht
- 24 weiter
- hingegenommen werden.
- 25 Dieses bedeutende Reformthema darf nicht wegen anderer wichtiger Themen:
- 26 Ukrainekrieg,
- 27 Ökologische Modernisierung, Sicherung der Energiebelieferung mit sozialer
- 28 Abfederung
- 29 zurückgestellt werden.
- 30 Es sollte nicht der Eindruck entstehen, dass es den drei Koalitionsparteien am nötigen
- 31 Reformwillen zum kirchlichen Arbeitsrecht fehlt und sie vor einer Reform von
- 32 Betriebsverfassungsgesetz und Allgemeinem Gleichbehandlungsgesetz
- zurückscheuen.
- 33 Wir erwarten von der grünen Bundestagsfraktion, dass sie sich mit Nachdruck und im
- 34 Gespräch
- mit den Arbeitnehmer\*innen, Gewerkschaften und Kirchen für die Umsetzung der

Gleichstellung

- 25 aller Arbeitnehmer\*innen einsetzt und das im Koalitionsvertrag mit SPD und FDP  
gemachte
- 26 Reformversprechen einlöst.

**Beschluss** Sexualisierte Gewalt in religiösen und weltanschaulichen Institutionen konsequent aufklären und künftig verhindern

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz  
Beschlussdatum: 15.10.2022  
Tagesordnungspunkt: V Verschiedenes

## Antragstext

- 1 Bündnis 90/Die Grünen setzt sich für die Bekämpfung, Aufklärung und Aufarbeitung
- 2 von
- 3 sexualisierter Gewalt in allen gesellschaftlichen Bereichen und Institutionen ein.
- 4 Ebenso
- 5 setzen wir uns für konsequente Prävention gegen jede Form von sexualisierter Gewalt
- 6 ein.
- 7 Religiöse und weltanschauliche Institutionen sind häufig in sich geschlossene,
- 8 patriarchal-
- 9 hierarchische Systeme. Strukturelle Defizite vereinfachen Täter\*innen die Anbahnung,
- 10 Ausübung und Vertuschung von sexualisierter Gewalt. Diesen Befund erbrachte erneut
- 11 die
- 12 umfangreiche Missbrauchsstudie der Universität Ulm aus dem Jahr 2019. Der damalige
- 13 Unabhängige Missbrauchsbeauftragte der Bundesregierung (UBSKM), Johannes-
- 14 Wilhelm Röhrig, der
- 15 die Studie beauftragt hatte, betonte auch in diesem Zusammenhang wiederholt, dass
- 16 Skandale
- 17 zwar das Leid der Opfer sichtbar machten, dass daraus aber häufig nicht die
- 18 notwendigen
- 19 Konsequenzen gezogen werden. Über die erschreckend vielen Fälle innerhalb der
- 20 beiden großen
- 21 Kirchen hinaus gibt es zahlreiche Anzeichen dafür, dass sexualisierte Gewalt auch in
- 22 anderen
- 23 Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften ein genauso schwerwiegendes,
- 24 strukturelles
- 25 Problem darstellt. Jedoch gibt es hierfür nicht einmal erste Pilot-Studien, sondern vor
- 26 allem anekdotische Evidenz. Auch hier behindern patriarchale und hierarchische
- 27 Strukturen
- 28 die Aufklärung, die bisweilen noch deutlich ausgeprägter sind als in der katholischen
- 29 Kirche
- 30 und den Individuen – vor allem Frauen und Mädchen – noch deutlich weniger
- 31 Spielräume lassen.
- 32 Auch diese Gemeinschaften weisen häufig einen defizitären Umgang mit ihrer
- 33 institutionsinternen Dokumentation auf und zeigen genauso wenig Interesse an der
- 34 Aufarbeitung von Gewalttaten.
- 35 Wir erkennen die Bemühungen derjenigen an, die sich innerhalb ihrer Religions- und
- 36 Weltanschauungsgemeinschaften für Prävention, Bekämpfung, Aufklärung und
- 37 Aufarbeitung von
- 38 sexualisierter Gewalt an Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen einsetzen.

- 24 Wir betrachten allerdings mit Sorge, dass es bisher beiden großen Kirchen nicht  
25 gelungen  
26 ist, sexualisierte Gewalt durch hauptamtlich Mitarbeitende sowie durch ehrenamtlich  
Tätige  
27 vollständig aufzuarbeiten und Betroffene auf allen Ebenen einzubeziehen. Auch sorgt  
uns,  
28 dass viele andere Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften mit dieser  
Aufarbeitung noch  
29 nicht einmal begonnen haben.
- 29 Die Bundesregierung hat den Handlungsbedarf erkannt und im Koalitionsvertrag  
festgelegt,  
30 dass bezüglich struktureller sexualisierter Gewalt an Kindern und Jugendlichen, wenn  
31 erforderlich gesetzliche Grundlagen geschaffen werden. Dieses Erfordernis sehen wir  
als  
32 dringend gegeben.
- 33 Sexualisierte Gewalt betrifft jedoch nicht nur Kinder und Jugendliche. Wir weisen  
darauf  
34 hin, dass gesetzgeberische Maßnahmen für alle betroffenen Menschen notwendig sind.
- 35 1. Die Bundestagsfraktion wird aufgefordert, sich für folgende Gesetzesänderung  
einzusetzen:
- 36 §174c Strafgesetzbuch – Sexueller Missbrauch unter Ausnutzung eines Beratungs-,  
Behandlungs-  
37 oder Betreuungsverhältnisses – wird um einen weiteren Absatz ergänzt:
- 38 „Ebenso wird bestraft, wer sexuelle Handlungen an einer Person, die ihm zur Beratung  
oder  
39 Begleitung im institutionell religiösen oder weltanschaulichen Kontext anvertraut ist,  
unter  
40 Missbrauch des Beratungs- oder Begleitungsverhältnisses vornimmt oder an sich  
vornehmen  
41 lässt oder diese Person zur Vornahme oder Duldung sexueller Handlungen an oder von  
einer  
42 dritten Person bestimmt.“
- 43 2. Die Bundestagsfraktion wird aufgefordert, die Verlängerung der Verjährungsfristen  
bei  
44 sexuellem Missbrauch zu überprüfen.
- 45 3. Wir fordern die Bundestagsfraktion auf, für die Seelsorge im institutionalisierten  
46 Kontext analog zu den bestehenden Regelungen für den therapeutischen Bereich  
gesetzlich  
47 fixierte Dokumentations- und Aufbewahrungspflichten zu schaffen. Die geltenden  
Regeln zur  
48 Verschwiegenheitspflicht sind hierbei zu beachten.
- 49 4. Wir fordern die Bundestagsfraktion auf, dafür Sorge zu tragen, dass das Amt der  
50 Unabhängigen Beauftragten eine angemessene personelle und finanzielle Ausstattung  
erhält.  
51 Aufarbeitung ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Damit diese angemessen und  
52 betroffenenzentriert möglich wird, ist es unabdingbar, dass die aktuellen Strukturen  
der

- 53 Unabhängigen Beauftragten qualitativ abgesichert werden. Insbesondere die bei ihrem  
54 Amt  
54 verankerte Unabhängige Aufarbeitungskommission sowie der Betroffenenrat sind so  
zu stärken.  
55 Die Arbeitsgruppe "Aufarbeitung Kirchen" soll verstetigt und besser ausgestattet  
werden. Ihr  
56 Auftrag soll sich künftig auf alle Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften  
erstrecken.  
57 Sie sollen zur Zusammenarbeit mit der Arbeitsgruppe verpflichtet sein. Dies ist nur ein  
58 wichtiger Teilbereich der Problematik.
- 59 Wir wollen auch Aufarbeitungsprozesse in anderen institutionellen Kontexten wie  
Sport,  
60 Kultur, Schule, Jugendhilfe, Jugendverbänden, sowie allen Bereichen der Kinder- und  
61 Jugendarbeit, aber auch Aufarbeitung im Kontext der Familie für Betroffene möglich  
machen.  
62 Voraussetzungen für diese Arbeit sind Standards, Strukturen und transparente,  
verbindliche  
63 Kriterien, sodass strukturelle Defizite identifiziert und konkrete  
Handlungsempfehlungen  
64 erarbeitet werden.
- 65 Betroffenen soll im Rahmen von Aufarbeitungsprozessen eine angemessene Beratung  
und  
66 Begleitung zur Verfügung stehen ebenso wie unabhängige Beschwerdestrukturen. In  
einer  
67 gesetzlichen Grundlage sollen verbindliche Rahmenbedingungen geschaffen werden.  
Über eine  
68 Berichtspflicht im Bundestag soll ein kontinuierliches Monitoring abgesichert und im  
69 Ergebnis einer parlamentarischen Debatte zugeführt werden.
- 70 Analog zur Jugendhilfe soll der Zuständigkeitsbereich der Unabhängigen Beauftragten  
auf  
71 junge Erwachsene bis 27 Jahre erweitert werden. Bei der hieraus folgenden Anpassung  
der  
72 Bezeichnung des Amtes regen wir an, den Begriff des "Missbrauchs" durch den im  
73 Koalitionsvertrag verwendeten Begriff der "sexualisierten Gewalt" zu ersetzen.
- 74 5.) Wir fordern die Bundestagsfraktion auf, Anknüpfungspunkte an bestehende  
Strukturen zu  
75 prüfen, damit Betroffene Unterstützung erfahren und verbindliche Zuständigkeiten  
entstehen.  
76 Künftig muss der gesellschaftlichen Realität Rechnung getragen werden, dass  
Menschen jedes  
77 Alters von sexualisierter Gewalt betroffen sein können. Wir wollen, dass alle  
Institutionen  
78 hier ihre Verantwortung wahrnehmen.

**Beschluss** UN-Biodiversitätskonferenz 2022 - Globales Artensterben stoppen, Ökosysteme wirksam schützen

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz  
Beschlussdatum: 15.10.2022  
Tagesordnungspunkt: V Verschiedenes

## Antragstext

1 Von den acht Millionen Tier- und Pflanzenarten weltweit sind eine Million vom  
2 Aussterben  
3 bedroht. Beim Verlust von Arten und Ökosystemen überschreiten wir massiv die  
4 planetaren  
5 Belastungsgrenzen. Dies hat Auswirkungen auf Nahrungsketten und das Gleichgewicht  
6 ganzer  
7 Ökosysteme – mit erheblichen Folgen für uns Menschen.

8 Denn die Natur mit ihrer großen biologischen Vielfalt und den damit einhergehenden  
9 Funktionen und Leistungen liefert Lebensgrundlage und Wohlstand: Von der Erzeugung  
10 hochwertiger Lebensmittel über die Versorgung mit Wasser und sauberer Luft bis hin  
11 zur  
12 Gewinnung von Baustoffen oder Medikamenten. Wir sind auf das sensible Netz der  
13 Arten und  
14 Ökosysteme angewiesen. Neben der Klimakrise ist der Verlust der biologischen Vielfalt  
15 daher  
16 die zweite große ökologische Krise unserer Zeit.

### **Ambitionierter globaler Rahmen für die biologische Vielfalt**

17 Die Weltgemeinschaft kann in diesem Jahr die Weichen dafür stellen, das weltweite  
18 Artensterben und den Verlust von Ökosystemen zu stoppen. Auf der 15. UN-  
19 Biodiversitätskonferenz in diesem Dezember in Montreal, muss ein ambitionierter und  
20 umsetzungsorientierter globaler Rahmen zum Schutz der biologischen Vielfalt  
21 ausgehandelt und  
22 verabschiedet werden.

23 Die Bundesregierung hat den Schutz der globalen Biodiversität im Koalitionsvertrag als  
24 zentrales Zukunftsthema sowie Verpflichtung im Regierungshandeln verankert und ein  
25 klares  
26 Bekenntnis dazu abgegeben, sich weltweit für einen ambitionierten globalen Rahmen  
27 einzusetzen. Daraus folgt, dass die Bundesregierung die Mittel für den globalen  
28 Biodiversitätsschutz – der globalen Verantwortung Deutschlands entsprechend –  
29 erheblich  
30 erhöht. Im Rahmen der deutschen G7-Präsidentschaft wurde der globale Schutz der  
31 biologischen  
32 Vielfalt bereits erfolgreich auf die Agenda gesetzt. Auf nationaler Ebene hat die  
33 Bundesregierung beispielsweise mit den 4 Mrd. Euro im Aktionsprogramm Natürlicher  
34 Klimaschutz oder den Artenhilfsprogrammen bereits wichtige erste Schritte gemacht,  
35 um ihrer  
36 internationalen Verantwortung für den Schutz von wertvollen Ökosystemen und

bedrohten Arten  
27 nachzukommen.

## 28 **Globale Antworten auf die Aussterbekatastrophe**

29 Das Artensterben als globale Krise erfordert globale Antworten. Zahlreiche Hotspots  
der  
30 Biodiversität liegen in Ländern des Globalen Südens. Der Schutz der biologischen  
Vielfalt  
31 muss daher auch weiterhin im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit unterstützt  
werden. Zudem  
32 braucht es einen gegenseitigen Wissensaustausch und insbesondere die Einbindung  
indigener  
33 Gemeinschaften, denn Naturschutz ist ohne Einbeziehung der betroffenen Menschen  
nicht  
34 zielführend. Die Rechte traditionell lebender indigener Gemeinschaften müssen  
gewahrt und  
35 ihr Beitrag zum Biodiversitätsschutz muss anerkannt werden. Dafür sind vor allem  
gesetzlich  
36 verbriefte Landrechte zentral. Unter diesen Voraussetzungen kann ein globales  
Rahmenabkommen  
37 ein wichtiger Schritt sein, um das im Entwurf genannte Ziel zu erreichen, weltweit 30  
38 Prozent der Land- und Meeresfläche bis 2030 unter Schutz zu stellen bzw. im Einklang  
mit dem  
39 Naturschutz zu nutzen.

## 40 **Von der UN-Biodiversitätskonferenz muss ein Signal des Aufbruchs ausgehen**

41 Zur Eindämmung der globalen Aussterbekatastrophe muss daher von der 15. UN-  
42 Biodiversitätskonferenz ein klares Signal des Aufbruchs ausgehen. Dies betrifft  
insbesondere  
43 die Verabschiedung eines wirksamen globalen Ziels zur Unterschutzstellung  
44 naturschutzfachlich wertvoller Gebiete, Ziele und Maßnahmen zur Landnutzung und  
Fischerei im  
45 Einklang mit der Natur, Zusagen für eine auskömmliche globale Finanzierung des  
46 Biodiversitätsschutzes sowie wirksame Mechanismen zur Beteiligung und Wahrung der  
Rechte  
47 indigener und lokaler Gemeinschaften. Ebenso muss ein wirksamer  
Umsetzungsmechanismus,  
48 inklusive effektivem Monitoring und Anreizen zur Ambitionssteigerung entwickelt  
werden.  
49 Neben dem globalen Rahmen braucht es dabei auch weiterhin eine konsequente  
Umsetzung der  
50 Beschlüsse bei uns auf europäischer und nationaler Ebene.

**Beschluss** Recht auf Nahrung sichern und Spekulationen stoppen – jetzt mit der Agrarwende für Ernährungssouveränität sorgen

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz  
Beschlussdatum: 15.10.2022  
Tagesordnungspunkt: V Verschiedenes

## Antragstext

- 1 Der Angriffskrieg der Russischen Föderation gegen die Ukraine hat deutlich gemacht,  
2 wie  
3 anfällig das globale Ernährungssystem ist. Die Klimakatastrophen durch Dürren und  
4 andere  
5 Wetterextreme sind in großen Teilen der Welt ein zweiter massiver Treiber der  
6 Ernährungskrise. Peter Maurer, Präsident des Internationalen Roten Kreuzes, stellt  
7 bereits  
8 heute fest, dass 16 von 25 Einsatzgebieten des Roten Kreuz einen Bezug zum  
9 Klimakrise haben.
- 10 Nicht nur der Mangel an ausreichendem Getreide sorgt für Hunger, sondern hohe  
11 Preise machen  
12 aus Armut Hunger, denn die Spekulationen auf den Agrarmärkten sind für einen Teil  
13 der  
14 extremen Preisanstiege verantwortlich. Expert\*innen schätzen, dass eine  
15 Preissteigerung von  
16 30% allein auf Spekulation zurückzuführen ist. Die Liberalisierung der Agrarmärkte hat  
17 dazu  
18 geführt, dass wenige private Unternehmen Zugriff auf die Getreidereserven haben und  
19 es kaum  
20 öffentliche Lagerhaltung gibt. So kontrollieren ADM Archer-Daniels Midland, Bunge Ltd,  
21 Cargill und Louis Dreyfus Co. und Glencore, zwischen 70 und 90 % des globalen  
22 Getreidehandels und somit auch dessen Preisgestaltung. In Europa existieren so gut  
23 wie keine  
24 staatlichen Getreidereserven mehr. Sowohl die USA als auch Europa haben keine  
25 ausreichenden  
26 Regeln für die Begrenzung von Spekulationen mit Nahrungsmitteln.
- 27 Die derzeitige Energieknappheit richtet den Fokus auch auf die Produzenten von  
28 mineralischen  
29 Düngemitteln. Die Abhängigkeiten von der Industrie im Agrarbereich, mit eine der  
30 Ursachen  
31 der ungleichen Verteilung, der Preissteigerungen und Verknappung von Getreide in  
32 einzelnen  
33 Regionen der Welt, müssen dringend reduziert werden. Die massiven Schäden in der  
34 Natur durch  
35 die intensive Nutzung der Böden und der Wasserkreisläufe kommt hinzu. Intensive  
36 Produktion  
37 mit chemisch-synthetischen Betriebsmitteln schadet Böden und Wasser. Wir müssen  
38 stattdessen

22 klimaresiliente, diverse agrarökologische Anbausysteme – auch international – stärker  
23 fördern.

24 In Europa wandern 60% des Getreides in den Futtertrog, gehen 20% in die  
25 Agrotreibstoffproduktion (E10, Ethanol, u.a.) und Industrie. Nur 20% des Getreides  
26 dienen der direkten menschlichen Ernährung. Solange wir in Europa so verschwenderisch mit  
27 Getreide umgehen, tragen wir zur Verschärfung der globalen Ernährungskrise bei.

28 Deshalb brauchen wir dringend eine Agrar- und Ernährungswende, die langfristig unter  
29 verschärften Klimabedingungen die Ernährung sichert. Dazu gehören zum Beispiel  
30 agrarökologische Anbaumethoden, freier Tausch von Saatgut, Bodenschutz und  
31 Humusaufbau und die Förderung von kleinbäuerlicher Produktion und Vermarktung im Globalen Süden.  
32 Der Teller – statt Trog, Tank und Tonne – muss Vorrang in der globalen Getreideproduktion haben.  
33 Lebenswichtige Ressourcen wie Nahrungsmittel oder Wasser dürfen keine krisenverschärfenden  
34 Spekulationsobjekte sein.

35 Bündnis 90/ Die Grünen fordern:

- 36 • Eine stärkere Regulierung der agrarischen Rohstoffmärkte.  
37 Unter anderem: Preisaufsicht und Preislimits, Verhinderung exzessiver  
38 Spekulation und Positionslimits, Kontrolle der Spekulation der multinationalen Agrarkonzerne,  
39 Transaktionssteuer auf Rohstoffterminhandel.
- 40 • Die Einberufung eines Treffens des Welternährungsausschuss.
- 41 • Eine umfassende finanzielle Verpflichtung reicher Staaten zur Stärkung sozialer  
42 Sicherungssysteme im Globalen Süden und der Förderung regionaler  
43 kleinbäuerlicher Lebensmittelproduktion und -vermarktung.
- 44 • Agrarökologie als ganzheitliches, menschenrechtsbasiertes, transformatives  
45 Konzept zur Grundlage der Entwicklungszusammenarbeit in den Bereichen Landwirtschaft

46 und  
Ernährungssouveränität machen.

- 47 • Einen Schuldenerlass für die von Hunger und Armut am meisten betroffene  
Länder.
- 48 • Den Einsatz Deutschlands und der anderen G7 Staaten für eine internationale  
49 Koordination zur Bekämpfung der verschärften Hungerkrise im  
Welternährungsrat.
- 50 • Eine deutliche Reduktion des Einsatzes von Getreide als Futtermittel und ein  
Ende der  
51 Produktion von Agrotreibstoff aus Getreide.
- 52 • Eine Agrarwende, welche die Methoden des Ökolandbaus und der Agrarökologie  
als  
53 nachhaltigste Praxis anwendet, sowie Tierbestände deutlich reduziert und den  
Anbau von  
54 Gemüse und Hülsenfrüchten fördert, und damit die globale Abhängigkeit von  
55 Futtermittel-, Dünger-, und Energieimporten langfristig gesenkt werden kann.
- 56 • Eine Ernährungswende zugunsten pflanzenbasierter Ernährung: unter anderem  
durch  
57 entsprechende Angebote in der Gemeinschaftsverpflegung sowie durch die  
Ausrichtung von  
58 Steuern, Abgaben und Subventionen darauf, pflanzliche Lebensmittel günstiger  
zu  
59 machen.
- 60 • Hilfsfonds zur Bereitstellung von organischen Düngemitteln und agrarökologische  
61 Beratung auflegen, statt Blanko-Subventionen für chemisch-synthetische  
Düngemittel  
62 auszugeben.
- 63 • Beschleunigung der Maßnahmen zur Diversifizierung der  
Nahrungsmittelproduktion und zur  
64 Umstrukturierung der Handelsströme.
- 65 • Aufbau einer relevanten staatlichen Getreidereserve für Krisenzeiten in der EU.
- 66 • Die Verringerung der Marktmacht transnationaler Agrarkonzerne durch bessere  
67 internationale Regulation, den Abbau von Subventionen, einem konsequenten  
Phase-out  
68 der Förderung von AGRA und anderen Programmen, die vornehmlich  
agrarindustrielle  
69 Landwirtschaft im Globalen Süden fördern.

**Beschluss** Das Recht auf körperliche Selbstbestimmung durchsetzen - Schwangerschaftsabbrüche entkriminalisieren!

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz  
Beschlussdatum: 15.10.2022  
Tagesordnungspunkt: V Verschiedenes

## Antragstext

- 1 Das Recht auf einen selbstbestimmten Schwangerschaftsabbruch ist in Deutschland  
2 nicht  
3 gegeben, da dieser nach wie vor im Strafrecht verankert ist. Dies führt dazu, dass  
4 Schwangerschaftsabbrüche nicht als Bestandteil der Gesundheitsversorgung  
5 verstanden werden  
6 und trägt zu einer Stigmatisierung von ungewollt Schwangeren bei. Dabei greift der  
7 Staat  
8 massiv in die körperliche Autonomie und Selbstbestimmung ungewollt Schwangerer  
9 ein. Ebenso  
10 gibt es keine flächendeckende, wohnortnahe Versorgung mit Praxen, die  
11 Schwangerschaftsabbrüche durchführen.
- 12 Wir als Bündnisgrüne haben unsere Wurzeln in der Frauenbewegung und uns in  
13 verschiedenen  
14 Beschlüssen für das Selbstbestimmungsrecht von Frauen und schwangeren Personen  
15 über ihren  
16 eigenen Körper eingesetzt. Die Bundesregierung hat den Paragraphen 219a StGB bereits  
17 abgeschafft. Gemäß dem Motto der Koalition "Mehr Fortschritt wagen" darf es dabei  
18 nicht  
19 bleiben. Wir müssen das Recht auf Gesundheitsversorgung, inklusive einer  
20 umfassenden  
21 Versorgung für ungewollt Schwangere, sicherstellen!
- 22 Wir fordern eine neue gesetzliche Regelung des Schwangerschaftsabbruchs außerhalb  
23 des  
24 Strafgesetzbuches als Ersatz für § 218 StGB. Damit einhergehend fordern wir, aus der  
25 Verpflichtung zur Beratung ein Recht auf Beratung zu machen und die dreitägige  
26 Wartepflicht  
27 abzuschaffen. Wir wollen den Zugang zu Schwangerschaftsabbrüchen für ungewollt  
28 Schwangere  
29 erleichtern, die Infrastruktur für freiwillige Beratung dauerhaft absichern und  
30 Schwangerschaftsabbrüche als Teil der Gesundheitsversorgung verankern.
- 31 Mit dieser Zielsetzung fordern wir, dass die im Koalitionsvertrag festgeschriebene  
32 Kommission zur reproduktiven Selbstbestimmung, die Regelungen zum  
33 Schwangerschaftsabbruch  
34 außerhalb des Strafgesetzbuches erarbeiten soll, umgehend beginnt. Wir fordern, dass  
35 sich in  
36 der Kommission die Expertise und die Erfahrungen einer großen Bandbreite von  
37 Expert\*innen  
38 widerspiegelt und neben Expert\*innen aus der Wissenschaft und Politik,

- Vertreter\*innen aus  
25 der Praxis und den Bündnissen für sexuelle Selbstbestimmung einbezogen werden.
- 26 Die Verortung im Strafgesetzbuch hat zur Folge, dass ungewollt Schwangere derzeit  
selbst für  
27 die Kosten des Abbruchs aufkommen müssen, da ein strafrechtlich geregelter Eingriff  
nicht  
28 von den Krankenkassen übernommen werden kann.
- 29 Es braucht eine gesetzliche Grundlage, damit der selbstbestimmte  
Schwangerschaftsabbruch als  
30 Teil der regelhaften Gesundheitsversorgung anerkannt und in den regulären  
Leistungskatalog  
31 der Krankenkassen aufgenommen werden kann.
- 32 Die Methode des Abbruchs muss für jede ungewollt schwangere Person frei wählbar  
sein, auch  
33 die Nutzung telemedizinischer Angebote sollte ausgeweitet werden. Um dies zu  
gewährleisten,  
34 müssen die verschiedenen Methoden des Schwangerschaftsabbruchs in der  
theoretischen sowie  
35 praktischen Ausbildung von Ärzt\*innen und medizinischem Personal vermittelt werden.
- 36 Krankenhäuser unterschiedlicher Träger und gynäkologische Abteilungen müssen die  
Möglichkeit  
37 der Durchführung von Schwangerschaftsabbrüchen in ihren Einrichtungen  
sicherstellen. Wir  
38 sehen die Bundesländer in der Pflicht, eine bedarfsgerechte Versorgung ungewollt  
Schwangerer  
39 sicherzustellen. Es ist zu prüfen, ob dies beispielsweise über eine genauere Definition  
des  
40 Versorgungsauftrags der Länder im Schwangerschaftskonfliktgesetz  
(Bundeszuständigkeit) oder  
41 eine Ergänzung des Versorgungsauftrags für Plankrankenhäuser (Länderzuständigkeit)  
umgesetzt  
42 werden kann.
- 43 Die flächendeckende Beratungsinfrastruktur für Familienplanungszentren und  
44 Schwangerschaftskonfliktberatung muss durch ein Recht auf freiwillige und  
ergebnisoffene  
45 Beratung sichergestellt werden. Wichtig ist dabei, die ergebnisoffene Beratung durch  
nicht-  
46 konfessionelle Träger zu stärken.
- 47 Auch der Schutz der Beratungsstellen und Praxen vor sogenannten  
Gehsteigbelästigungen von  
48 Abtreibungsgegner\*innen muss durch wirksame gesetzliche Maßnahmen sichergestellt  
werden.

**Beschluss** Ausbau überregionaler Radwege aus Bundesmitteln finanzieren

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz  
Beschlussdatum: 15.10.2022  
Tagesordnungspunkt: V Verschiedenes

**Antragstext**

- 1 Wir als BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen uns dafür ein, dass der Bund in den nächsten
- 2 Jahren
- 3 ausreichend finanzielle Mittel für den Radverkehr vorsieht. Laut Nationalem
- 4 Radverkehrsplan
- 5 sind 30 Euro pro Person pro Jahr erforderlich, davon muss der Bund mindestens ein
- 6 Drittel
- 7 übernehmen. Perspektivisch streben wir eine Radverkehrsmilliarde an. Dafür müssen
- 8 in den
- 9 Jahren ab 2023 der Topf für Radwege an Bundesfernstraßen aufgestockt und
- 10 insbesondere
- 11 ausreichend Mittel für das Programm Stadt&Land bereit gestellt werden.
- 12 Radwege an Bundesfernstraßen müssen ebenso wie die Radinfrastruktur in den
- 13 Kommunen schnell
- 14 ausgebaut werden können. Die Kommunen brauchen eine Finanzierungs-Perspektive,
- 15 damit sie die
- 16 Planung von Radverkehrsprojekten aufnehmen oder fortsetzen können. Bund und
- 17 Länder müssen
- 18 die Kommunen bei der Aufgabe des Ausbaus überregionaler Radwege soweit
- 19 unterstützen, dass
- 20 für sie dadurch kein überproportionaler Mehraufwand entsteht.

**Beschluss** Kein EU-Geld für Autokraten - Europas Rechtsstaat schützen!

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz  
Beschlussdatum: 15.10.2022  
Tagesordnungspunkt: V Verschiedenes

**Antragstext**

- 1 Die Regierung in Ungarn baut gezielt die Demokratie ab. Premierminister Viktor Orbán
- 2 gründet
- 3 seine Macht in Teilen auf Korruption und Vetternwirtschaft und nutzt sein Vetorecht als
- 4 nationalistisches Instrument und schränkt damit die Einheit und Handlungsfähigkeit
- 5 der EU
- 6 ein. Die Arbeit freier Medien und die Rechte von Minderheiten und Geflüchteten
- 7 werden stark
- 8 eingeschränkt. In den vergangenen Jahren ließen sich auch in anderen EU-
- 9 Mitgliedstaaten
- 10 ähnliche Versuche beobachten, freie Medien zu bedrohen oder die Justiz anzugreifen.
- 11 Auch die polnische Regierungspartei PiS hat in den vergangenen Jahren einen
- 12 politischen Kurs
- 13 eingeschlagen, der die Unabhängigkeit der Justiz gefährlich untergräbt. Urteile des
- 14 Europäischen Gerichtshofs werden regelmäßig ignoriert. Die PiS-Partei hat die Rechte
- 15 von
- 16 Frauen, Angehörigen der LGBTQI-Community, Geflüchteten und vielen anderen
- 17 angegriffen.
- 18 EU-Regierungen, die die Rechtsstaatlichkeit und die demokratischen Werte nicht
- 19 respektieren,
- 20 sollten mit entsprechenden finanziellen und politischen Konsequenzen rechnen
- 21 müssen. Das
- 22 Art. 7 Verfahren, welches zum Entzug des Stimmrechts für Mitgliedstaaten führen
- 23 kann, ist
- 24 allerdings durch die notwendige Einstimmigkeit im Rat blockiert. Die Bekämpfung von
- 25 Missbrauch und Korruption mit EU-Geldern muss jetzt höchste Priorität haben. Die
- 26 Verknüpfung
- 27 der Auszahlung von EU-Geldern an Rechtsstaatsprinzipien ist der wichtigste Beitrag
- 28 der EU,
- 29 um ein Abgleiten vom gemeinschaftlichen Wertekonsens zu verhindern. EU-Gelder
- 30 dürfen nicht
- 31 missbraucht werden, um die Rechtsstaatlichkeit zu untergraben.
- 32 Ungarn, aber auch Polen, zählen zu den größten Nettoempfängern in der EU. So erhielt
- 33 Polen
- 34 im Jahr 2020 13,2 Milliarden Euro aus dem regulären EU-Budget und Ungarn 4,9
- 35 Milliarden
- 36 Euro. Diese Solidarität unter den EU-Mitgliedsstaaten ist wichtig, sie fußt aber auf
- 37 einer
- 38 gemeinsamen Wertebasis, der sich alle Mitgliedsstaaten mit ihrem Beitritt zur EU
- 39 verpflichtet haben.

24 Die Europäische Kommission und ihre Präsidentin Ursula von der Leyen sind die  
25 Hüterinnen der  
26 Europäischen Verträge. Die Kommission ist verpflichtet, Demokratie und  
27 Rechtsstaatlichkeit  
28 zu verteidigen. Dafür muss sie die nötigen Instrumente nutzen. Wir begrüßen, dass die  
29 EU  
30 Kommission nun erstmals die Konditionalitäts-Verordnung angewandt hat und Ungarn  
31 EU-Hilfen  
32 in Höhe von 7,5 Milliarden Euro frieren will. Es ist enorm wichtig, dass dieses neue  
33 Instrument rechtlich absolut einwandfrei und gerichtsfest genutzt und nicht beschädigt  
34 wird.

35 Über den EU-Wiederaufbaufonds könnten noch weitere 35,4 Milliarden Euro an Polen  
36 und 7,2  
37 Milliarden Euro an Ungarn fließen. Der zuständige EU-Ministerrat hatte im Juni den  
38 polnischen Wiederaufbauplan unter Auflagen genehmigt, ohne dass die polnische  
39 Regierung  
40 zuvor nennenswerte Justizreformen durchgeführt hat. Damit können nun die 35,4  
41 Milliarden  
42 Euro in Tranchen an die polnische Regierung ausgezahlt werden, wenn entsprechende  
43 Meilensteine erfüllt werden. Diese Meilensteine sind allerdings umstritten. Die  
44 Verhandlungen zwischen Kommission und ungarischer Regierung über die  
45 Genehmigung des  
46 ungarischen Wiederaufbauplans dauern noch an.

47 Europa muss die Grundrechte der EU-Bürger\*innen in allen EU-Ländern verteidigen.  
48 Wir müssen  
49 dafür sorgen, dass EU-Gelder der Stärkung von Wohlstand, Demokratie und  
50 Rechtsstaatlichkeit  
51 dienen und nicht in den Taschen von Autokraten und ihren Freunden verschwinden.

52 Wir werben bei unseren europäischen Partnern dafür, dass schwerwiegende und  
53 anhaltende  
54 Verletzungen der EU-Werte Konsequenzen haben, die über haushaltspolitische  
55 Maßnahmen  
56 hinausgehen.

57 Wir BÜNDNISGRÜNE fordern:

- 58 • Die EU-Kommission auf, im laufenden Rechtsstaatsverfahren gegen die  
59 ungarische  
60 Regierung die Suspendierung von EU-Geldern weiter voran zu treiben und bei  
61 fortgesetzten Rechtsstaatsverstößen die Suspendierung weiterer Zahlungen zu  
62 beschließen;
- 63 • Die Regierungen der EU-Mitgliedstaaten auf, im Rat aktiv für ein solches  
64 Vorgehen  
65 durch die EU-Kommission zur Wiederherstellung der Rechtsstaatlichkeit und der  
66 Unabhängigkeit der Justiz in Ungarn einzutreten;
- 67 • Die Europäische Kommission und die Regierungen der EU-Mitgliedstaaten auf, die  
68 Zahlungsanträge der polnischen Regierung im Rahmen des Wiederaufbaufonds

- 54 nur zu  
55 genehmigen, wenn die vereinbarten Meilensteine erfüllt und die dazugehörigen  
EUGH-  
56 Urteile umgesetzt werden;  
57
- 56 • Die Europäische Kommission auf, den ungarischen Wiederaufbauplan nur in  
Abhängigkeit  
57 der Behebung der durch die EU-Kommission dokumentierten  
Rechtsstaatsverstöße zu  
58 genehmigen;
  - 59 • Die Regierungen der EU-Mitgliedstaaten auf, im Rat den ungarischen  
Wiederaufbauplan  
60 nur zu genehmigen, wenn die eklatanten Rechtsstaatsmängel behoben werden;
  - 61 • Die Europäische Kommission als Hüterin der Verträge auf, die bestehenden  
62 Rechtsstaatsinstrumente konsequent und zeitnah zu nutzen, und die Urteile des  
63 Europäischen Gerichtshofs durchzusetzen.

## **Beschluss** Endlich bedarfsgerechte Psychotherapie!

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz  
Beschlussdatum: 15.10.2022  
Tagesordnungspunkt: V Verschiedenes

### **Antragstext**

- 1 Die vielfältigen Krisen unserer Zeit fordern uns in vielerlei Hinsicht, aber vor allem
- 2 auch
- 3 mit Blick auf eine ihrer Auswirkungen: die psychische Gesundheit der Bevölkerung
- 4 leidet
- 5 enorm unter der von ihnen ausgelösten Dauerbelastung! Egal ob jung oder alt, der
- 6 Bedarf nach
- 7 psychotherapeutischer Hilfe steigt stetig. Aber das Problem ist in keinsten Weise neu:
- 8 Der
- 9 Mangel an Kassensitzen für Psychotherapeut\*innen ist seit Jahren ein Problem und wir
- 10 müssen
- 11 endlich handeln! Die WHO Special Initiative for Mental Health läuft nur noch bis 2023.
- 12 Auch
- 13 deshalb sollte sich Deutschland als größter staatlicher WHO-Support seiner Rolle im
- 14 Bereich
- 15 der psychischen Gesundheit bewusst sein.
- 16 Es ist wichtig gewesen, dass wir uns dieses Thema ins Wahlprogramm geschrieben
- 17 und es auch
- 18 so weit gebracht haben, dass es im Koalitionsvertrag steht, aber bisher wirkliches
- 19 passiert
- 20 ist wenig. Die Zahlen sprechen eine eindeutige Sprache: nach einem Bericht der
- 21 Deutschen
- 22 Psychotherapeuten Vereinigung ist die Menge der Anfragen von Januar 2020 bis Januar
- 23 2021 um
- ca. 40% gestiegen.
- Wir fordern:
  - eine deutliche Erhöhung der Anzahl der verfügbaren Kassensitze für Psychotherapeut\*innen, denn der Bedarf an mehr Psychotherapieplätzen ist seit Jahrzehnten gegeben und hat sich über die letzten Jahre weiter zugespitzt.
  - wer in Not ist, muss passgenaue Hilfe finden. Darum braucht es ein Bündel an Maßnahmen, um Menschen in seelischen Krisen und mit psychischer Erkrankung schnell die Behandlung zu bieten, die sie brauchen. Hierfür müssen bessere und niedrigschwellige Zugänge geschaffen werden. Bestehende Hilfsangebote müssen, insbesondere für die schwer und chronisch psychisch kranken Menschen, stärker vernetzt werden. Für Menschen in akuten Krisen müssen die psychiatrischen Krisendienste schnell und

24 flächendeckend  
ausgebaut werden.

- 25 • die Zugänglichkeit von Psychotherapiestunden für Geflüchtete deutlich zu  
26 verbessern  
26 und Therapieplätze in verschiedenen Sprachen anzubieten. Insbesondere  
27 Menschen die aus  
27 Kriegsgebieten geflohen sind leiden häufig unter Kriegs- und/oder Fluchttraumata  
28 bei  
28 deren Bewältigung sie Unterstützung benötigen.
- 29 • die Anpassung der Maximalstunden für Psychotherapie an den individuellen  
30 Bedarf der  
30 Patient\*innen und eine Ausweitung der Akutbehandlung.
- 31 • die Entstigmatisierung von psychischen Erkrankungen weiter konsequent und  
32 unter  
32 Nutzung verschiedener Kommunikationskanäle voranzutreiben. Insbesondere den  
33 Ausbau der  
33 entsprechenden Bildungsarbeit sehen wir als einen wichtigen Teilaspekt bei der  
34 Erreichung dieses Ziels. So gilt es speziell Lehrkräfte entsprechend  
34 weiterzubilden um  
35 sie zu befähigen im Rahmen des schulischen Unterrichts an der  
35 Entstigmatisierung  
36 psychischer Erkrankungen mitzuwirken.
- 37 • angemessene finanzielle Rahmenbedingungen für Psychotherapeut\*innen in  
38 Ausbildung und  
38 Weiterbildung für eine nachhaltige Nachwuchsförderung.

39 Unser Ziel muss es sein, dass psychischen Beschwerden genauso wenig ein  
40 gesellschaftliches  
40 Stigma anhängt als dies bei körperlichen Leiden der Fall ist und dass ein Besuch beim  
41 Psychotherapeuten bei psychischen Beschwerden genauso akzeptiert ist wie der  
41 Besuch der/des  
42 Hausärzt:in bei physischen Leiden. Entsprechend kann es auch nicht Sein, dass  
42 Menschen die  
43 in der Vergangenheit eine psychotherapeutische Behandlung durchlaufen deswegen  
43 Nachteile in  
44 ihrem weiteren beruflichen Werdegang entstehen, bspw. wenn sie zu einem späterem  
44 Zeitpunkt  
45 eine Verbeamtung anstreben sollten.

## **Beschluss** Klimakrise als Menschheitsaufgabe: für Klimaschutz, für Freiheit

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz

Beschlussdatum: 16.10.2022

Tagesordnungspunkt: K Klimakrise als Menschheitsaufgabe: für Klimaschutz, für Freiheit

### **Antragstext**

- 1 Die Klimakrise ist jetzt. Der Sommer hat uns erneut vor Augen geführt: Wetterextreme
- 2 häufen sich und werden immer gefährlicher. Die Hitzewellen des Jahres 2022 hatten Regionen
- 3 auf allen Kontinenten wochenlang im Griff, auch hier in Deutschland hatten wir mit
- 4 Temperaturrekorden zu kämpfen. Symptomatisch erlebten wir beispielsweise in
- 5 Brandenburg,
- 6 Sachsen und am Brocken in Sachsen-Anhalt gefährliche Wald- und Flächenbrände; es
- 7 waren
- 8 Evakuierungen und Löscharbeiten notwendig, die unsere Rettungskräfte an ihre
- 9 Grenzen
- 10 brachten. In weiten Teilen Europas wurden Flüsse zu Rinnsalen. Auch in Spanien und
- 11 Italien
- 12 loderten verheerende Waldbrände in ungekanntem Ausmaß, während Länder wie
- 13 Pakistan von
- 14 schier unbändigen Überschwemmungen heimgesucht wurden.
- 15 Die Flut im Ahrtal ist derweil erst ein Jahr her – eine Katastrophe, deren Zerstörungen
- 16 wir
- 17 bis heute bewältigen müssen. Menschen trauern um ihre Angehörigen, noch immer
- 18 sind viele
- 19 ohne neue dauerhafte Unterkunft und haben Angst vor neuen Starkregenereignissen.
- 20 Der Weltklimarat IPCC hat berechnet, dass Extremtemperaturen, die sich ohne die
- 21 menschengemachte Klimaerhitzung einmal pro Jahrzehnt entwickeln würden, heute
- 22 fast dreimal
- 23 so oft passieren, länger andauern und mit bis zu 1,2 Grad deutlich heißer sind. Die
- 24 Folge:
- 25 Gefahr für Leben und Gesundheit der Menschen und eine zunehmende Zahl von
- 26 Hitzeopfern. So
- 27 war der Juni 2022 weltweit der drittheiße Monat seit Beginn der Aufzeichnungen, in
- 28 Europa
- 29 sogar der zweitheiße. Bundesweit sehen sich immer mehr Kommunen gezwungen,
- 30 den
- 31 Klimanotstand auszurufen, den auch das Europäische Parlament bereits ausgerufen
- 32 hat. Auch
- 33 die Weltmeere erhitzen sich in einem dramatischen Tempo. Wissenschaftler\*innen
- 34 gehen davon
- 35 aus, dass erste Kipppunkte wie das Abschmelzen der Gletscher auf Grönland oder der
- 36 Westantarktis wahrscheinlich bereits bei einer Erderwärmung um die 1,5 Grad nicht
- 37 mehr
- 38 aufgehalten werden können. Mit jedem Zehntelgrad Erwärmung werden die Folgen

immer  
24 katastrophaler. Es gilt daher, um jedes Zehntelgrad zu kämpfen.  
25 Die drohende Hitzezeit und der drastische Verlust biologischer Vielfalt stellen nicht  
weniger  
26 als unsere Lebensgrundlagen in Frage und sind damit die größten Gefahren für unsere  
Zukunft.  
27 Hitze und Dürre haben einschneidende Folgen für Mensch und Natur, für die Umwelt,  
für  
28 Infrastruktur und Wirtschaft. Die mit der Überhitzung und mit dem gravierenden Arten-  
29 Aussterben verbundenen multiplen Krisen verstärken sich gegenseitig, schränken  
unsere  
30 Handlungsfähigkeit – und damit unsere Freiheit ein. Das zunehmend unwirtliche Klima  
und der  
31 Verlust gesunder Natur bedrohen das Leben und die Heimat von Millionen von  
Menschen schon  
32 heute. Das gilt umso mehr für die kommenden Generationen.  
33 Mit dem Beschluss des Bundesverfassungsgerichts vor anderthalb Jahren wurde  
erneut klar: Die  
34 Klima-Frage ist eine Frage der Erhaltung unserer Freiheit. Ein Leben in Frieden, Freiheit  
35 und Sicherheit ist in Deutschland und weltweit nur durch konsequenten Klimaschutz  
möglich.  
36 Und: Die Menschen in den Ländern, die am wenigsten dazu beigetragen haben, leiden  
am meisten  
37 unter den Folgen der Klimakrise. Klimaschutz ist deshalb immer auch ein Beitrag zu  
mehr  
38 globaler Gerechtigkeit.  
39 Die Weltgemeinschaft hat sich mit der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung zur  
Rettung  
40 unserer Lebensgrundlagen bekannt und sich im Pariser Klimaabkommen ganz konkret  
darauf  
41 festgelegt, die Erderhitzung auf deutlich unter 2 Grad, möglichst 1,5 Grad zu  
begrenzen.  
42 Dafür ist es notwendig, die Klimaneutralität deutlich vor Mitte des Jahrhunderts zu  
43 erreichen. Die Bundesregierung hat sich das Ziel gesetzt, Deutschland auf den 1,5-  
Grad-Pfad  
44 zu bringen. Wir Grüne stehen dafür, die notwendigen Schritte in allen Sektoren und  
auf allen  
45 politischen Ebenen zu gehen, damit das gelingt. Dafür wurden wir in die  
Verantwortung  
46 gewählt. Dieser Aufgabe fühlen wir uns verpflichtet. Das ist der Grund, warum wir  
Politik  
47 machen. Es ist die Aufgabe unserer Zeit.  
48 Die Klimakrise ist eine Menschheitsaufgabe: Bündnis 90/Die Grünen stehen für einen  
sozial-,  
49 geschlechter- und global gerechten Klimaschutz, der uns und kommenden  
Generationen die  
50 Freiheit erhält.

51 **Das Ziel fest im Blick**

52 Die Ausgangslage könnte kaum herausfordernder sein. Der Ausstoß von  
53 Treibhausgasen wurde in  
54 der Vergangenheit nur unzureichend gemindert. Wichtige klimapolitische Ziele, die wir  
55 uns in  
56 Deutschland und weltweit gesetzt haben, werden absehbar verfehlt werden. In den  
57 letzten  
58 Jahren ist zu viel versäumt und bewusst behindert worden. Es wurden viel zu wenige  
59 und meist  
60 wirkungsschwache Anstrengungen unternommen, die erneuerbaren Energien  
61 auszubauen, uns von  
62 fossilen Energieträgern unabhängiger zu machen, nachhaltigen Wohlstand zu schaffen  
63 und  
64 konsequente Maßnahmen zum Schutz des Klimas umzusetzen. Sonst wären wir jetzt  
65 besser  
66 vorbereitet auf die aktuellen Krisen. Umso größer und dringender ist der  
67 Handlungsbedarf in  
68 den kommenden Jahren.

69 Gleichzeitig zwingt uns der völkerrechtswidrige Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine  
70 –  
71 mit all seinen Folgen für die Versorgungssicherheit – neue Wege zu gehen. Zum  
72 festgesetzten  
73 Ziel, Deutschland klimaneutral zu machen, kommt nun hinzu, die Abhängigkeiten von  
74 russischen  
75 Energiequellen schnellstmöglich zu beenden und gleichzeitig die  
76 Versorgungssicherheit für  
77 Verbraucher\*innen und Wirtschaft, Industrie und öffentliche Einrichtungen zu  
78 gewährleisten.

79 Dafür drosseln wir schon heute den Gasverbrauch, diversifizieren unseren  
80 Energieimport und  
81 bauen schwimmende LNG-Anlandepunkte, für die wir jedoch keine Langzeitverträge  
82 ohne 1,5-  
83 Grad-Perspektive abschließen. Feste reine LNG-Terminals brauchen wir nicht. Wir  
84 streben daher  
85 für alle Standorte an, dass von Beginn an auch Wasserstoffderivate, wie z.B. grüner  
86 Ammoniak, genutzt werden können. So vermeiden wir einen teuren fossilen Lock-In.  
87 Grüner  
88 Wasserstoff ist extrem energiewaufwendig und wird immer ein kostbares Gut bleiben.  
89 Die  
90 Verwendung von grünem Wasserstoff muss daher auf die Bereiche konzentriert  
91 werden, in denen  
92 es noch keine guten Alternativen dazu gibt, wie etwa in der Industrie. Für den Notfall  
93 bleiben zudem Kohlekraftwerke etwas länger in der Reserve. Vor allem aber  
94 vervielfachen wir  
95 das Tempo beim Ausbau der erneuerbaren Energien. Unser Ziel ist, 100 Prozent  
96 erneuerbare  
97 Energien bis 2035 zu erreichen. Um die Energieversorgung in Deutschland komplett  
98 darauf  
99 umzustellen, intensivieren wir die Effizienzmaßnahmen und reduzieren unseren  
100 Verbrauch durch  
101 Energieeinsparungen. So ermöglichen wir das nötige, noch schnellere Ende von

russischen  
79 Gasimporten und fossilen Energieimporten insgesamt. Öl-, Kohle-, Erdgas- und  
Urangewinnung  
80 beruhen weltweit auf Ausbeutung und Vertreibung. Aus dieser fatalen Logik wollen wir  
so  
81 schnell wie möglich aussteigen. Unkonventionelles Fracking gefährdet die Umwelt.  
Außerdem  
82 würde es Jahre dauern solche Vorkommen in Deutschland zu erschließen, es würde  
also in der  
83 aktuellen Situation und auf absehbare Zeit gar nicht weiterhelfen. Es bleibt in  
Deutschland  
84 verboten.

85 Gerade weil wir jetzt schwierige Schritte gehen müssen, ist es so wichtig, dass wir  
86 schneller werden beim Ausbau der Erneuerbaren. Das Tempo der  
Emissionsminderungen muss sich  
87 gegenüber dem Status quo in den kommenden Jahren insgesamt mehr als verdoppeln  
und dann bis  
88 2030 nahezu verdreifachen, damit wir die Ziele im Bundesklimaschutzgesetz  
erreichen.

89 Durch eine fehlgeleitete Energiepolitik im vergangenen Jahrzehnt ist die sichere  
90 Energieversorgung in Deutschland gegenwärtig eine der größten Herausforderungen.  
Eine  
91 zentrale Ursache liegt in der fundamentalen Abhängigkeit von Russlands fossilen  
92 Energieträgern, für welche die vorangegangenen Regierungen die Verantwortung  
tragen. Die  
93 energiepolitische Abhängigkeit von Russland schwächt Deutschland und Europa,  
mindert unsere  
94 Freiheit, unsere Unabhängigkeit und senkt unsere Fähigkeit, nachhaltig, also im  
Einklang mit  
95 den planetaren Grenzen und der Freiheit zukünftiger Generationen zu wirtschaften. Die  
96 konsequente politische Schlussfolgerung daraus ist der beschleunigte Ausstieg aus der  
Kohle  
97 bereits im Jahr 2030 und eine Stromversorgung, die 2035 auf 100 Prozent  
Erneuerbaren  
98 basiert. Die heutige Situation zeigt uns, dass wie beim Kohleausstieg auch ein  
endgültiger  
99 Abschied von fossilem Erdgas im Einklang mit unseren Klimazielen notwendig ist. Das  
ist  
100 nicht nur von zentraler Bedeutung für das Klima und die Frage der  
Energieunabhängigkeit,  
101 sondern auch, um den Anstieg der Energiekosten zu bremsen.

102 Mit der kürzlich geschlossenen Vereinbarung wird für das Rheinische Braunkohlerevier  
der  
103 Kohleausstieg von 2038 auf 2030 vorgezogen - rechtssicher und entschädigungsfrei.  
Das ist  
104 ein wichtiger Schritt, um unsere Klimaziele zu erreichen. Damit schreiben die grün-  
geführten  
105 Wirtschaftsministerien in Land und Bund das Schlusskapitel von 150 Jahren  
Braunkohlebergbau

106 im Rheinland. Zusätzlich zu den bereits erfolgten Tagebauverkleinerungen bleiben so  
weitere  
107 Millionen Tonnen Kohle unter der Erde. Der Hambacher Wald wird in einem  
Biotopverbund  
108 gesichert.  
109 Diese Vereinbarung zu erreichen war ein Kraftakt, der auch durch die langjährige  
Arbeit der  
110 Menschen und Bewegungen vor Ort ermöglicht wurde.

111 Den vielen vor dem Abbau geretteten Dörfern und Höfen – Keyenberg, Kuckum,  
Oberwestrich,  
112 Unterwestrich und Berverath sowie die Holzweiler Höfe Eggeratherhof, Roitzerhof und  
Weyerhof  
113 – wird eine neue selbstbestimmte Perspektive eröffnet. Dort werden nun keine  
Umsiedlungen  
114 mehr gegen den Willen der Betroffenen vollzogen. Bitter ist, dass der Ausbau der  
115 Erneuerbaren nicht vorangetrieben und der Kohleausstieg 2030 im Rheinischen Revier  
nicht  
116 bereits in der letzten Legislatur geklärt wurde, um so noch rechtzeitig die  
Voraussetzungen  
117 dafür zu schaffen, dass auch Lützerath erhalten bleiben kann.

118 Wir wollen weitere Einsparmöglichkeiten ausschöpfen und den Ausbau der  
Erneuerbaren Energien  
119 noch schneller vorantreiben, um so die Nutzung von Kohlekraftwerken überflüssig zu  
machen.  
120 Wir setzen uns dafür ein, dass die Braunkohle wo immer möglich im Boden bleibt. Im  
121 Ausstiegsfahrplan muss daher bei den Überprüfungszeitpunkten eine weitere  
Beschleunigung des  
122 Kohleausstiegs geprüft werden. Wir suchen weiterhin das Gespräch mit der  
123 Klimagerechtigkeitsbewegung, um den Klimaschutz voranzubringen. Es wird jetzt  
gerade auch  
124 darauf ankommen, den Kohleausstieg auch im ostdeutschen Revier auf 2030  
vorzuziehen.

### 125 **Mit Plan und Pragmatismus zum Ziel**

126 Wir konnten in den ersten Monaten der Ampel-Regierung schon vieles auf den Weg  
bringen. Wir  
127 haben im Bund und in Europa zahlreiche Blockaden gelöst und Deutschland zum Motor  
in Sachen  
128 erneuerbarer Energieerzeugung gemacht. Das beschlossene Gesetzespaket zur  
Novelle des  
129 Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) und des Bundesnaturschutzgesetzes, das Wind-  
auf-See-  
130 Gesetz und das Wind-an-Land-Gesetz werden den Ausbau der erneuerbaren Energien  
unter Wahrung  
131 hoher ökologischer Schutzstandards endlich wieder deutlich beschleunigen. Begleitend  
werden  
132 wir mit nationalen Artenhilfsprogrammen alles Notwendige tun, um betroffene  
Bestände in  
133 einen guten Erhaltungszustand zu bringen.

134 Die Bedingungen für den Bau neuer Windkraftanlagen, für mehr Solar auf den Dächern  
und für  
135 mehr Bürger\*innenenergieprojekte wurden massiv verbessert. Zwei Prozent der  
Landesfläche  
136 sollen künftig für Windenergie genutzt werden und Ökostrom-Anlagen bekommen  
gegenüber  
137 anderen Nutzungsformen eine deutlich höhere Priorität. Dazu wurde im EEG  
festgeschrieben,  
138 dass Erneuerbare von überragendem öffentlichem Interesse und auch im Interesse der  
139 öffentlichen Sicherheit sind. Damit werden Genehmigungsverfahren deutlich  
beschleunigt.  
140 Jetzt gilt es, diese neuen Möglichkeiten konsequent vor Ort und in den Ländern  
umzusetzen.

141 Auf europäischer Ebene haben wir die Weichen für mehr Klimaschutz im Verkehr  
gestellt. Wir  
142 haben uns erfolgreich dafür eingesetzt, dass für neu zugelassene Pkw der fossile  
143 Verbrennungsmotor ab dem Jahr 2035 der Vergangenheit angehört. Denn  
insbesondere im Verkehr  
144 gibt es aufgrund von jahrzehntelangem Stillstand enormen Nachholbedarf.

145 Deutschland soll bereits 2030 80 Prozent des Stroms aus erneuerbaren Energien  
erzeugen – und  
146 im gleichen Maße unabhängig von fossilen Importen werden. Gleichzeitig schließen wir  
endlich  
147 die Lücke zwischen Notwendigkeit und Realität: Wären wir bereits heute so weit, wie  
es  
148 klimapolitisch notwendig wäre, wären wir bedeutend weniger abhängig von Putins Öl  
und Gas.

149 Wir Grüne gehen diesen gesetzten Auftrag mit Mut, Kooperationswillen und  
150 Verantwortungsbewusstsein an. Als Teil der Bundesregierung und als Partei, die dem  
151 Gemeinwohl verpflichtet ist – und Verantwortung für die ganze Gesellschaft  
übernimmt. Wir  
152 müssen die Klimaziele erreichen, um die Freiheit und Würde der Menschen zu  
bewahren.

153 Wir haben im Koalitionsvertrag erreicht, dass die Bundesregierung noch in diesem Jahr  
ein  
154 Klimaschutz-Sofortprogramm auf den Weg bringt, das alle für das Erreichen der  
Klimaziele  
155 2030 notwendigen Gesetze, Verordnungen und Maßnahmen umfasst. Gerade  
angesichts der sich  
156 immer weiter verschärfenden Klimakrise muss die Bundesregierung dieses Programm  
nun  
157 unverzüglich vorlegen; alle Bundesministerien und Koalitionspartner sind aufgefordert,  
158 konstruktiv und ohne Scheuklappen die notwendigen Maßnahmen auf den Weg zu  
bringen.

159 Zudem sollten, wie im Koalitionsvertrag verabredet, die einzelnen Sektoren ihrer  
160 Verantwortung gerecht werden. Denn mit diesen Maßnahmen setzen wir das klare

Signal, dass  
161 wir die Klimaziele in allen Sektoren erreichen müssen. Paris-konforme Klimaneutralität  
lässt  
162 sich nur erreichen, wenn die Emissionen in allen Sektoren schnell beendet werden.  
163 Gerade wegen des Krieges gegen die Ukraine und der immer stärker wahrnehmbaren  
Folgen der  
164 Klimakrise mögen manche zweifeln, ob all das zu erreichen ist. Schon wieder sagen  
manche,  
165 dass es jetzt Wichtigeres gebe. Aber genau diese Haltung hat uns an den Punkt  
gebracht, an  
166 dem wir jetzt stehen. Die Klimakrise wartet nicht. Ob sie zur Klimakatastrophe wird  
oder  
167 nicht, entscheiden wir, hier und heute. Wir entscheiden es unter schwierigen  
Bedingungen,  
168 aber mit aller Entschlossenheit. Es ist nicht unsere Aufgabe, den Kopf in den Sand zu  
169 stecken. Vielmehr ist es unsere Verantwortung, unsere Pflicht, zielgerichtet,  
pragmatisch  
170 und ohne Tabus, beherzt und konsequent das zu tun, was nötig ist, um uns alle vor der  
171 Klimakatastrophe zu bewahren. Dafür arbeiten wir.  
172 Doch das schaffen wir nicht allein, auch nicht als Regierungspartei. Wir brauchen dafür  
173 nicht nur die Unterstützung unserer Koalitionspartner, unserer internationalen  
Partner\*innen  
174 und unserer Partner\*innen in Wirtschaft, Industrie, Landwirtschaft, in Ländern und  
Kommunen,  
175 sondern auch den Druck der Zivilgesellschaft, der Bewegungen und Verbände, die uns  
immer  
176 wieder daran erinnern, was noch mehr nötig und möglich wäre. Und wir brauchen das  
Vertrauen  
177 und die Mithilfe der Menschen in diesem Land. Die Menschheitskrise Erderhitzung  
betrifft uns  
178 alle, und nur gemeinsam können wir sie in den Griff bekommen.  
179 **Mit Erneuerbaren raus aus Energiepreisspirale und Klimakrise**  
180 Die Energiewende – und damit die 100-prozentige Versorgung aus Ökostrom – ist der  
Garant für  
181 bezahlbare Energiepreise für alle, für Energiesicherheit und damit gegen viele  
Bedrohungen  
182 der multiplen Krisen unserer Zeit. Deshalb setzen wir uns mit aller Kraft für die weitere  
183 Beschleunigung des Ausbaus der Erneuerbaren und ihrer effektiven Systemintegration  
ein.  
184 So wollen wir den Ausbau der Photovoltaik auf 25 Gigawatt (GW) pro Jahr steigern und  
die  
185 Windkraft an Land auf 15 GW pro Jahr bis zum Jahr 2025. Wind auf See wollen wir bis  
2035 auf  
186 60 GW ausbauen und zusätzlich 25 GW durch unseren Anteil an europäischen  
187 Gemeinschaftsprojekten.

188 Um Wind und Sonne effizient zu nutzen, beschleunigen wir den Einstieg in ein  
189 sektorübergreifendes Energiemarktdesign, zusammen mit der europäisch integrierten  
190 dezentralen Planung von Strom-, Wärme und Wasserstoffnetzen. Wir brauchen  
ergänzend und  
191 netzstabilisierend regional differenzierte Märkte.

192 Wir wollen die strategische Einbindung der energieintensiven Industrien zur  
Dynamisierung  
193 der Transformation und den gezielten Aufbau einer krisensicheren europäischen  
erneuerbaren  
194 Energieindustrie über die gesamte Wertschöpfungskette für Photovoltaik,  
Windenergieanlagen,  
195 Wärmepumpen, Elektrolyseure und Speicher inklusive deren Vorprodukte.

196 Wir setzen einen Schwerpunkt auf den beherzten Umbau der Wärme- und  
Gebäudeinfrastruktur,  
197 inklusive der Einführung eines Solarstandards, der die Ausbauziele sozial gerecht  
198 unterstützt und des Aus- und Umbaus von Wärmenetzen, um auf Basis niedrigerer  
199 Temperaturniveaus die Verteilung von erneuerbaren Energien und Abwärme effizient  
zu  
200 ermöglichen

### 201 **Klimaschutz gestalten: gemeinsam, fair, gerecht**

202 Klimaschutz und die konsequente Transformation hin zu einer klimaneutralen Zukunft  
kann nur  
203 gelingen, wenn wir sie für alle möglich machen. Wie das gehen kann, haben wir im  
Sommer  
204 gesehen, als es mit dem 9-Euro-Ticket plötzlich für viele Menschen erschwinglich war,  
205 öffentlichen Nahverkehr zu nutzen und damit auch noch Geld für andere Ausgaben zu  
sparen.  
206 Gerade Menschen mit geringen Einkommen müssen den Mehrwert der Transformation  
spüren.

207 Gerade jetzt muss ein CO<sub>2</sub>-Preis mit einem sozial-gerechten Ausgleich dafür sorgen,  
dass  
208 notwendige Entlastung finanziert und eine klimagerechte Wirtschaft gefördert werden  
können.

209 Zu einer solchen sozial gerechten Rückzahlung der Einnahmen aus dem CO<sub>2</sub>-Preis  
gehört das  
210 Klimageld, das wir – wie im Koalitionsvertrag vereinbart – jetzt schnell gemeinsam mit  
211 unseren Koalitionspartnern umsetzen wollen. Das Finanzministerium muss dazu bis  
Ende des  
212 Jahres einen Mechanismus vorlegen, der schnell, pragmatisch und effizient  
Direktzahlungen  
213 ermöglicht, die alle Bürger\*innen erreichen, und der anlassbezogen auch für andere  
214 Entlastungen genutzt werden kann. Dazu müssen alle beteiligten Behörden eng  
215 zusammenarbeiten. Energiekostenentlastungsmaßnahmen dürfen nicht diejenigen  
begünstigen, die  
216 viel Energie verbrauchen und keine Unterstützung benötigen, sondern müssen sozial  
gezielt  
217 erfolgen und Anreize zur Steigerung der Energieeffizienz bieten.

218

219 Die vom Bundeskabinett beschlossene Einrichtung eines direkten Auszahlungsweges  
an alle  
220 Bürger\*innen kommt aber bisher nicht schnell genug voran. Wir erwarten, dass  
221 schnellstmöglich ein funktionierendes System eingerichtet wird. Schon heute ist die  
222 leistungsfähige Infrastruktur der Familienkasse der Bundesagentur für Arbeit in der  
Lage,  
223 sowohl viele Millionen Überweisungen pro Tag auszuführen als auch Lösungen für  
Menschen ohne  
224 eigenes Konto bereitzustellen. Dieser etablierte Direktauszahlungskanal könnte  
zusätzlich  
225 kostengünstig und schnell für die Auszahlung des Klimageldes und ähnlicher  
226 Entlastungszahlungen an alle Bürger\*innen angepasst und genutzt werden.

227 Bei der Internalisierung externer Kosten muss die öffentliche Hand vorangehen. Ein  
Schatten-  
228 CO<sub>2</sub>-Preis, der die generationsübergreifenden Wohlfahrtsverluste und Kosten durch  
229 Klimafolgeschäden berücksichtigt, soll Entscheidungsgrundlage bei  
230 Wirtschaftlichkeitsberechnungen staatlicher Investitionen werden.

231 Klimaschutz sozial gerecht umzusetzen heißt auch, dass klimagerechtes Wirtschaften  
und die  
232 Dekarbonisierung der Industrie wettbewerbsfähig werden. Dafür braucht es grüne  
Leitmärkte  
233 und Investitionssicherheit, zum Beispiel durch Beschaffungsquoten für klimaneutrale  
234 Grundstoffe und Klimaschutzverträge, sogenannte Carbon Contracts for Difference, die  
den  
235 Unterschied zwischen dem aktuellen CO<sub>2</sub>-Preis und den tatsächlichen CO<sub>2</sub>-  
Vermeidungskosten  
236 finanzieren.

237 Damit und mit konkreten Maßnahmen zur Erreichung der Sektorziele hat die Industrie  
die  
238 Planungssicherheit, die sie braucht, um die Produktion klimaneutral umzubauen. Die  
239 tiefgreifende Transformation der gesamten Industrie, speziell der Grundstoffindustrie  
und  
240 aller energieintensiven Branchen, nutzen wir als Innovationstreiber für nachhaltige  
241 Technologien und für den Ausbau einer Kreislaufwirtschaft, die auf erneuerbaren  
Energien  
242 basiert. Europa kann sich in großen Teilen sowohl selbst aus heimischen erneuerbaren  
243 Energiequellen versorgen, als auch die dafür notwendige Technik wieder verstärkt  
selbst  
244 produzieren. Ein resilienter europäischer erneuerbarer Industriekern sichert die  
245 Energiewende ab und wir gestalten diesen sozial ausgewogen mit gut bezahlten,  
zukunftsfesten  
246 Arbeitsplätzen. Gleichzeitig werden wir mit anderen Ländern Energiewende-  
Partnerschaften auf  
247 Augenhöhe forcieren.

248 Niedriger Energieverbrauch und erneuerbare Energieerzeugung in Gebäuden  
verringern  
249 finanzielle Risiken und liefern einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz und zur  
250 Energiewende. Wir verbessern dazu die Rahmenbedingungen für Bürger\*innen-  
251 Energiegemeinschaften und Eigeninitiative wie bei Balkonsolaranlagen,

entbürokratisieren den  
252 Mieterstrom und stärken kommunale Beteiligung. Wir setzen uns für eine  
klimagerechte  
253 Neubauoffensive ein. Deshalb wollen wir die Anhebung der linearen Abschreibung für  
den Bau  
254 neuer Wohnungen an wirksame energetische und nachhaltige Standards, mindestens  
den  
255 energetischen Standard eines KfW-Effizienzhauses 40, knüpfen. Damit setzen wir  
Anreize für  
256 einen klimagerechten Neubau und ermöglichen, dass Mieter\*innen und  
Hausbauer\*innen durch die  
257 besseren Energiestandards langfristig niedrigere Energiekosten haben.

258 Kommunen und Landkreise werden wir bei Maßnahmen zur Anpassung an die Folgen  
der Klimakrise  
259 und zur Stärkung der Widerstandsfähigkeit gegen extreme Wetterereignisse  
unterstützen. Wir  
260 fördern Initiativen sowohl zur Dach- und Fassadenbegrünung als auch zur Entsiegelung  
von  
261 Flächen, um den Wasserhaushalt besser zu regulieren. Ein gesundes Wohnumfeld und  
der Schutz  
262 der Bevölkerung in Katastrophenlagen hat für uns oberste Priorität und muss  
gewährleistet  
263 werden.

#### 264 **Energiemarkt, Netzausbau und Arbeitsmarkt: Erneuerbare im Mittelpunkt**

265 Um 100 Prozent erneuerbare Energien bis 2035 zu erreichen, brauchen wir ein  
266 sektorübergreifendes Energiemarktdesign. Zugleich steigt für die nötige  
Sektorenkopplung die  
267 Notwendigkeit eines stabilen, leistungsfähigen Stromnetzes weiter an.

268 Daher werden wir den Plan für den Ausbau der Übertragungsnetze kontinuierlich an  
neue  
269 Herausforderungen anpassen und mit dem Rück- und Umbau des Gasnetzes sowie  
dem Aufbau eines  
270 grünen Wasserstoffnetzes koordinieren. Gemeinsam mit den Betroffenen werden wir  
die Prozesse  
271 so intensivieren, dass kürzere Verfahren zu einer besseren Planung und Beteiligung  
der  
272 Menschen vor Ort führen. Die Netzentgelte werden wir so reformieren, dass sie die  
273 Transformation zur Klimaneutralität fördern und die Kosten des Ausbaus der  
erneuerbaren  
274 Energien fair verteilen.

275 Beim Ausbau des Verteilnetzes wird eine vorausschauende Planung zur Pflicht und eng  
an den  
276 Ausbau von E-Mobilität, Wärmepumpen und Erneuerbaren gekoppelt. Netzanschlüsse  
werden  
277 schneller gebaut und digitalisiert. Flexible Strom- und Wärmespeicher in Dörfern und  
278 Quartieren sichern die Versorgung und minimieren den notwendigen Netzausbau.  
Schließlich  
279 wollen wir Stromspitzen kostengünstig über Power-to-Heat-Technik zur

Wärmeerzeugung und zur  
280 Umwandlung in andere Energieträger einsetzen.

281 Eine auf 100 Prozent Erneuerbaren basierende Energieversorgung funktioniert nur  
europäisch.  
282 Das über ganz Europa die Sonne nicht scheint und der Wind nicht weht, das kommt  
selten vor.  
283 Daher müssen wir die europäischen Netze stärken und die Erneuerbaren in ganz  
Europa zum  
284 Standard machen.

285 Ein passgenaues und damit sektorenübergreifendes Energiemarktdesign, das die  
ganze  
286 Akteursvielfalt im Blick hat, ist das Herzstück eines vollständig auf Erneuerbaren  
287 basierenden Energiesystems. Die Verwerfungen in der aktuellen Krise zeigen einmal  
mehr, dass  
288 hier dringender Handlungsbedarf besteht, den wir zusammen mit Wissenschaft und  
Wirtschaft  
289 adressieren.

290 Von den letzten Bundesregierungen wurde eine unübersichtliche Bürokratie aufgebaut,  
die den  
291 Ausbau der Erneuerbaren ausbremste. Diese bauen wir systematisch ab. Insbesondere  
292 Privatleute und Bürger\*innenenergie-Gemeinschaften befreien wir von den Fallstricken  
293 unkalkulierbarer Ausschreibungen und Anmeldeprozessen. Das auf europäischer  
Ebene  
294 verankerte Recht auf Energy Sharing, also die gemeinsame Nutzung Erneuerbarer  
Energien durch  
295 Energiebürger\*innen und -gemeinschaften, werden wir schnellstmöglich auch in  
Deutschland  
296 ermöglichen. So wollen wir die gesetzlichen Grundlagen schaffen, dass Agri-PV-  
Anlagen  
297 möglichst unbürokratisch auch in Landschaftsschutzgebieten unter Berücksichtigung  
von  
298 ökologischen Aspekten errichtet werden dürfen. Und wir setzen uns dafür ein, dass die  
299 Voraussetzungen für "Kleinstanlagen" bis 1 kW installierter Leistung erheblich  
vereinfacht  
300 und besser unterstützt werden. Die Erneuerbaren machen wir damit zum  
Gewinnerthema auf dem  
301 Land und in der Stadt. Kommunen werden bei Windkraft stärker beteiligt und die  
Menschen vor  
302 Ort können sich zu fairen Bedingungen bei Solarprojekten engagieren. Auch der  
Allgemeinheit  
303 vor Ort sollen die Einnahmen aus den Erneuerbaren zugute kommen durch  
Investitionen in  
304 nachhaltige Infrastruktur wie Kindergärten und Radwege, damit auch insbesondere  
Menschen mit  
305 geringem Einkommen profitieren. Das schafft Akzeptanz.

306 Auch zum Stromnetz, dem Rückgrat der Sektorenkopplung, wollen wir einen fairen  
Zugang für  
307 alle. Die Stromleitungen brauchen eine effiziente Auslastung, um die Kosten gering zu  
308 halten. Wir binden insbesondere die energieintensive Industrie strategisch in die  
309 Beschleunigung der Transformation ein. Durch die Flexibilisierung des Verbrauchs und der  
310 Eigenstromerzeugung kann die notwendige gesicherte Leistung schnell signifikant  
gesenkt  
311 werden. Alle Vorgaben richten wir dazu entsprechend neu aus, insbesondere die  
312 Netzentgeltbefreiungen der sogenannten 7.000h Regel. Die Landwirtschaft wird dazu  
mit einer  
313 weiteren Öffnung für Freiflächenanlagen, Agri-PV und flexiblen Biogasanlagen noch  
stärker  
314 Teil der Energiewirtschaft, der Verkehr zum flächendeckenden Großabnehmer - und  
über  
315 Rückeinspeisung zum wichtigen Stabilisator unserer Netze. Gebäudewirtschaft liefert  
316 Solarstrom vom Dach und heizt mit Wärmepumpen.

317 Die Energiewende schafft hunderttausende Arbeitsplätze, sie benötigt aber auch viele  
neue  
318 Fachkräfte in kurzer Zeit. Damit das gelingen kann, wollen wir eine gezielte  
319 Qualifizierungs- und Ausbildungsoffensive starten, das Handwerk in allen Stufen des  
320 Bildungs- und Ausbildungssystems attraktiver machen, und Geflüchteten und  
Migrant\*innen die  
321 Integration in den Arbeitsmarkt erleichtern.

### 322 **Wärmewende: effizient und erneuerbar**

323 40 Prozent der Klimagase werden in Deutschland durch Gebäude ausgestoßen. Wir  
legen deshalb  
324 einen Schwerpunkt auf ökologisches Heizen, Bauen und vor allem Sanieren. Nur so  
können wir  
325 es schaffen, die kumulierte Lücke von 152 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub> zu den Klimazielen  
der  
326 Bundesregierung bis 2030 im Gebäudebereich zu schließen.

327 Es ist deshalb klima-, energie- und sicherheitspolitisch nicht haltbar, dass die  
Gasheizung  
328 die vorherrschende Wärmetechnik bleibt, mit einem Marktanteil von aktuell über 70  
Prozent.  
329 Und sie entwickelt sich auch für die Verbraucher\*innen immer mehr zur Kostenfalle.  
Heizen  
330 muss zügig klimaneutral werden. Deshalb haben wir die Förderung von Gasheizungen  
eingestellt  
331 und streben das Ende von Neuzulassungen in Neubauten an; ab 2024 gilt eine  
Mindestquote von  
332 65 Prozent Erneuerbaren für neue Heizungen. Wie im Koalitionsvertrag vereinbart, soll  
die  
333 Wärmeenergie in Deutschland bis 2030 mindestens zur Hälfte erneuerbar erzeugt  
werden.  
334 Dazu brauchen wir alle erneuerbaren Technologien. Wir unterstützen deshalb die EU-  
Strategie,

335 die jährliche Wärmeerzeugung aus Solarthermie bis 2030 zu verdreifachen und wollen  
deshalb  
336 eine Regelung schaffen, die den Beitrag von solarthermischen Kollektoren zur 65%-  
337 Mindestquote praxisgerecht regelt.

338 Die gesetzlichen Mindesteffizienzstandards im Neubau und Bestand werden wir mit  
der Reform  
339 des Gebäudeenergiegesetzes anheben und auf den Klimaschutzpfad bringen.  
Erneuerbare Energie  
340 für Wärme und Kühlung soll schnell das neue Normal werden. Perspektivisch wollen wir  
jedes  
341 neue und möglichst viele sanierte Gebäude, beispielsweise in Quartiersbetrachtungen,  
zu  
342 Plusenergiehäusern machen. Denn auch erneuerbare Energien müssen wir effizient  
einsetzen.

343 Wir können die Klimaziele nur mit konsequent ressourcenschonendem und  
nachhaltigem Bauen  
344 erreichen. Bei jeder Planung sollte ab sofort der gesamte Stoff- und Energieverbrauch  
für  
345 Bau, Betrieb und späteren Rückbau berücksichtigt werden. Wir setzen uns auch hier  
für den  
346 Einstieg in die Kreislaufwirtschaft ein, mit dem Ziel einer kompletten stofflichen  
Wieder-  
347 oder Weiterverwertung. Damit energie- und ressourcenschonend sowie giftfrei gebaut  
wird,  
348 braucht es eine Veränderung der ökonomischen Rahmenbedingungen, ein Gebäude-  
Ressourcen-  
349 Gesetz sowie verbindliche Klimaschutzstandards bei allen gesetzlichen Vorgaben,  
Normen und  
350 Bauordnungen. Um Gebäude kreislaufgerecht planen, bauen und modernisieren zu  
können, wollen  
351 wir einen digitalen Gebäude-Materialpass einführen. So werden unsere Gebäude und  
352 Bauschuttdeponien zu Rohstoffquellen.

353 Um die Modernisierung des Gebäudebestandes zügig und konsequent voranzubringen,  
setzen wir  
354 uns sowohl für eine deutliche Steigerung der bereitgestellten Fördermittel als auch für  
eine  
355 Ausrichtung von Förderrichtlinien auf die Klimaschutzwirkung der Maßnahme, auf  
mehr  
356 Nachhaltigkeit und auf Ressourceneffizienz ein. Hinsichtlich der verwendeten Baustoffe

357 brauchen die Programme im Sinne einer Holzbau-, Leichtbau- und  
Rohstoffsicherungsstrategie  
358 des Bundes eine klare Ausrichtung auf mehr Nachhaltigkeit und Ressourceneffizienz.  
359 Kreislaufgerechten, nachwachsenden und regionalen Baustoffen muss Vorrang  
gewährt werden.  
360 Bauschaffende müssen durch Information, Anreize und rechtliche  
Rahmenbedingungen in die Lage  
361 versetzt werden, mit diesen Materialien zu arbeiten. Wir unterstützen die Entwicklung  
von  
362 Stoffkreisläufen sowie von Alternativen zu konventionellen und weitverbreiteten

Baustoffen

363 wie Beton. Zu einer gelungenen Bauwende gehört für uns auch eine  
Ressourcenwende.

364 Wir setzen uns für einen wirksamen Schutz von Mieter\*innen bei der Wärmewende ein.  
Wir

365 wollen die Kosten für klimafreundliche Modernisierungen zwischen Vermieter\*innen  
und

366 Mieter\*innen – auch mittels staatlicher Unterstützung – fair aufteilen.

367 Mit der Ergänzung des Wohngeldes um das Klimawohngeld wollen wir allen  
ermöglichen, in

368 klimafreundlichen Wohnungen zu leben. Die Heizkostenkomponente muss dringend  
der aktuellen

369 Entwicklung angepasst werden. Dazu wollen wir den Heizkostenzuschuss im Wohngeld  
während der

370 Energiekrise verstetigen.

371 Aktuell bezahlen allein die Mieter\*innen die Umlage des CO<sub>2</sub>-Preises für Heizung und  
372 Warmwasser. Wir begrüßen deshalb die Gesetzesinitiative für eine gerechte  
Neuverteilung des

373 CO<sub>2</sub>-Preises abhängig vom Sanierungsgrad zwischen Mieter\*innen und  
Vermieter\*innen. Damit

374 wird ein wichtiger erster Schritt getan, um Vermieter\*innen stärker in die Pflicht zu  
375 nehmen, Wohnungen energetisch zu modernisieren und klimaneutrales und  
preiswertes Heizen für

376 die Mieter\*innen zu ermöglichen.

377 Für die Energieeffizienz ist es maßgeblich, bestehende Systeme zu verknüpfen. Es  
braucht

378 Quartierslösungen beispielsweise auf Basis von Wärmenetzen, die mit erneuerbaren  
Quellen wie

379 Abwärme, Geo- oder Solarthermie gespeist werden und bereitgestellte Energie vor Ort  
380 speichern. Auch die Fern- und Nahwärme muss dekarbonisiert werden. Dazu wollen wir  
ihre

381 Förderung an klimaneutralen und gleichzeitig effizienten Lösungen ausrichten, wie an  
der

382 Kombination von niedrigerer Temperatur und Wärmepumpen, und dazu die Wirtschaft  
in die

383 Wärmesysteme einbinden. Für die Umsetzung dieser Systeme sind die Kommunen  
zentral. Wir

384 begrüßen daher die Initiativen der Bundesregierung, die verbundenen klimaneutralen  
385 Energiesysteme über die Bundesförderung für effiziente Wärmenetze auszubauen und  
die

386 kommunale Planung zu stärken. Die Kommunen können so strategisch die Reduktion  
von

387 Verbräuchen in eigenen Wärmenetzen angehen.

388 **Nachhaltige Mobilität ist ein Schlüssel**

389 Insbesondere der Verkehrssektor ist derzeit nicht auf Kurs, um seine Klimaziele zu  
390 erreichen. Die im Klimaschutzgesetz verbindlich vorgeschriebenen Klimaziele werden  
nach der

391 im Sommer vorgelegten Analyse des unabhängigen Expert\*innenrats für Klimafragen

im Sektor  
392 Verkehr bis 2030 um kumuliert 261 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub>-Emissionen überschritten  
werden. Das  
393 ist die Konsequenz der verfehlten Politik dreier CSU-Verkehrsminister. Umso wichtiger  
ist  
394 es, jetzt konsequent eine neue Politik zu verfolgen. Änderungen, die die Klimaziele im  
395 Verkehrssektor aufweichen, erteilen wir eine Absage. Für uns ist klar: Die Emissionen  
müssen,  
396 wie gesetzlich festgeschrieben, im Verkehr selbst kompensiert werden. Kurzfristige  
Maßnahmen  
397 wie die Einführung einer Klimaabgabe auf Pkw-Neuzulassungen, der soziale und  
klimagerechte  
398 Umbau des Dienstwagenprivilegs oder ein Nachfolgemodell für das 9-Euro-Ticket sind  
deshalb  
399 zwingend erforderlich. Wie der Expert\*innenrat der Bundesregierung für Klimafragen  
halten  
400 wir das vom Verkehrsministerium vorgelegte Klimaschutz-Sofortprogramm für völlig  
401 unzureichend und erwarten, dass schnell ein Plan erarbeitet wird, wie in den nächsten  
Jahren  
402 die entstandene Klima-Lücke im Verkehrsbereich tatsächlich geschlossen werden  
kann.

403 Der EU-Beschluss zum Ende des fossilen Verbrennungsmotors ab 2035 ist ein riesiger  
Erfolg  
404 für den Klimaschutz und für grüne Umweltpolitik. Er gibt den Autoherstellern, aber  
auch den  
405 Ladenetzbetreibern endlich Planungssicherheit. Die Dekarbonisierung der Antriebe hat  
damit  
406 einen klaren europäischen Rahmen. Pkw werden in Zukunft batterieelektrisch fahren.  
Damit  
407 nutzen wir die effizienteste Technologie, denn auch im Verkehr muss gelten: Auch aus  
408 erneuerbaren Quellen geerntete Energie ist ein knappes Gut.

409 Das im Koalitionsvertrag verankerte Ziel von 15 Millionen vollelektrischen Pkw bis  
2030  
410 weist den Weg. Dazu braucht es zusätzliche fiskalische Maßnahmen wie eine  
Klimaabgabe für  
411 Pkw-Neuzulassungen, eine deutliche Beschleunigung des Ladesäulenausbaus und eine  
intensive  
412 Zusammenarbeit mit Wirtschaft und Gewerkschaften zur Transformation der  
Automobilindustrie.  
413 Denn für alle Betroffenen gilt: Klimaneutralität kann, richtig gestaltet,  
414 Menschheitsaufgabe, Standortvorteil und Jobmotor zugleich sein.

415 Mit der Antriebswende kann die CO<sub>2</sub>-Lücke ungefähr zur Hälfte geschlossen werden.  
Deshalb  
416 brauchen wir zusätzlich eine deutliche Verlagerung von Verkehrsströmen. In Zukunft  
sollen  
417 Busse und Bahnen, Carsharing sowie breite Rad- und Fußwege das Verkehrsgeschehen  
418 entscheidend prägen.

419 Von maßgeblicher Bedeutung für eine funktionierende Mobilitätswende ist ein  
attraktives,  
420 preiswertes öffentliches Angebot als Alternative zum eigenen Fahrzeug. Das 9-Euro-  
Ticket war  
421 dabei ein großer Erfolg. Über 30 Millionen Menschen nutzten das Ticket monatlich im  
422 Nahverkehr und rund 80 Prozent der Befragten haben sich für eine Fortsetzung  
ausgesprochen.

423 Der Erfolg des 9-Euro-Tickets zeigt, dass auch kurzfristige Maßnahmen für den ÖPNV  
direkte  
424 Klimaerfolge bringen. Deshalb wollen wir eine möglichst zeitnahe, einfache und  
bundesweite  
425 Folgelösung, die sich alle Menschen unabhängig von ihrem Geldbeutel leisten können.  
Um  
426 Familien zu entlasten und die Teilhabe von Kindern und Jugendlichen zu stärken, soll  
das  
427 Folgeangebot für Kinder und Jugendliche deutlich günstiger und wenn möglich  
kostenfrei sein.

428 Ebenso muss es für Menschen, die Anspruch auf Sozialleistungen haben, sowie für  
Studierende  
429 bedarfsgerechte Angebote geben. Gemeinsam mit Ländern, Kommunen und  
Verbänden werden wir  
430 daran arbeiten, attraktive und unbürokratische Angebote zu schaffen, mit dem Ziel  
einen  
431 umlagefinanzierten, ticketlosen ÖPNV zu ermöglichen. Unser Ziel bleibt, dass sich die  
Zahl  
432 der Nutzer\*innen im ÖPNV bis 2030 mindestens verdoppelt. Eine Priorisierung der  
Mittel für  
433 den Ausbau von Schienen- und Businfrastruktur ist daher dringend geboten. Neben  
der  
434 Verkehrsvermeidung und der Förderung von Rad- und Fußverkehr ist dies das  
effektivste  
435 Mittel, um die Mobilitätswende schnell umzusetzen. Dazu müssen wir unsere  
Infrastruktur  
436 umbauen, um diese an unsere Klimaziele anzupassen.

437 Um die Verkehrswende zu verwirklichen, müssen wir die zur Verfügung stehenden  
Finanzmittel  
438 umschichten und neu priorisieren. Klimaschädliche Subventionen müssen abgebaut  
werden. Der  
439 Koalitionsvertrag bietet eine ausreichende Grundlage, beispielsweise das  
Dienstwagenprivileg  
440 so umzubauen, dass vorrangig effiziente Autos mit klimafreundlichen Antrieben davon  
441 profitieren.

442 Insbesondere die Schiene wurde jahrzehntelang vernachlässigt. Es bedarf massiver  
443 Investitionen in Erhalt, Kapazitätsausbau und Elektrifizierung. Der Deutschland-Takt als  
Zielvorgabe für ein qualitativ hochwertiges, angebotsorientiertes System stellt für uns  
444 hierfür eine gute Grundlage dar, die nun endlich durch eine angemessene  
Bereitstellung von  
445 Finanzmitteln für Investition und Betrieb sowie für Planungskapazitäten auf den Weg  
446 gebracht

447 werden muss. Wir wollen den Flugverkehr am Ziel der Klimaneutralität ausrichten.  
448 Kurzstreckenflüge wollen wir ab sofort Zug um Zug verringern und bis 2030 überflüssig  
449 machen, indem wir massiv Bahnangebote – gerade Direkt- und Nachtzugverbindungen  
– ausweiten  
450 und für faire Wettbewerbsbedingungen zwischen den Verkehrsmitteln sorgen, die die  
451 ökologischen Kosten widerspiegeln.

452 Die Erhöhung der Regionalisierungsmittel ist unabdingbar, damit die Länder die  
Qualität des  
453 öffentlichen Nahverkehrs erhalten und verbessern können. Dies kann über den Abbau  
454 umweltschädlicher Subventionen und eine ökologische Reform des  
Dienstwagenprivilegs  
455 finanziert werden. Frei werdenden Finanzmittel können unter anderem helfen, Bus und  
Bahn zu  
456 stärken. Die Regionalisierungsmittel für den Nahverkehr müssen im Bundeshaushalt,  
wie im  
457 Koalitionsvertrag vereinbart, noch im Jahr 2022 erhöht werden. Andernfalls droht  
angesichts  
458 steigender Energiepreise ein Ausdünnen und Abbestellen des Regionalverkehrs auf der  
Schiene.

459 Geplante Streckenreaktivierungen, die Schienenverkehr auch in weniger dicht  
besiedelten  
460 Regionen führen würden, müssten abgesagt werden. Der Bundesverkehrswegeplan  
muss dringend  
461 klimagerecht überarbeitet und reformiert werden, damit zukünftige Investitionen nicht  
mehr  
462 in den teuren Neubau von Autobahnen fließen. Dem klaren Vorrang der Schiene muss  
hier  
463 Rechnung getragen werden.

464 Die Finanzmittel müssen in die Sanierung der Infrastruktur fließen, denn  
kilometerlange  
465 Umleitungen produzieren ebenfalls erhebliche Mengen an Treibhausgasen.  
Straßenneubau  
466 produziert Schadstoffemissionen in erheblichem Umfang. Die klimaschädlichen  
Wirkungen von  
467 850 km neuen Autobahnen, der Verbreiterung von 3400 km Autobahnen und des Aus-  
und Neubaus  
468 von 3500 km Bundesstraßen müssen endlich berücksichtigt werden. Diese entstehen  
nicht nur  
469 durch mehr induzierten Verkehr, sondern bereits durch die bauliche Trockenlegung von  
Mooren  
470 und die sogenannte „Graue Energie“, die in den Baustoffen gebunden ist.  
Wissenschaftliche  
471 Untersuchungen zeigen auf, dass die derzeitigen Ausbauplanungen mit den  
Klimazielen  
472 unvereinbar sind. Das Bundesverkehrsministerium muss deshalb die  
Bedarfsplanüberprüfung auf  
473 die gesetzlichen Klimaschutzziele hin ausrichten und eine entsprechende  
Ausgabenprüfung  
474 vornehmen. Auch der erhebliche Sanierungsbedarf muss mitbetrachtet werden.

475 Alle Maßnahmen, die von einer Neubewertung betroffen sein können, dürfen bis zum  
Abschluss  
476 dieser Prüfung nicht weiter vorangetrieben werden.

477 Das Tempolimit auf Autobahnen bleibt für uns weiter ein schnell wirkendes und nahezu  
478 kostenloses Instrument, um die Sicherheit auf den Straßen zu erhöhen und unsere  
Klimabilanz  
479 zu verbessern.

480 **Klima schützt Natur schützt Klima**

481 Der natürliche Klimaschutz hat Klimapotentiale, die an die Umstellung auf erneuerbare  
482 Energien heranreichen. Das hat auch der jüngste IPCC-Bericht bestätigt. Dieser stellt  
dar,  
483 dass eine Kohlendioxidentnahme aus der Atmosphäre von mehreren hundert  
Gigatonnen notwendig  
484 sein wird und die Natur hier einen wesentlichen Beitrag leisten kann. Im  
Umkehrschluss droht  
485 bei einer weiteren Zerstörung natürlicher Kohlenstoffspeicher die Naturzerstörung zu  
einem  
486 erst recht nicht mehr aufzuhaltenden Beschleuniger der Klimakrise und des  
Artenaussterbens  
487 zu werden.

488 Beide Krisen befeuern sich gegenseitig und können nur gemeinsam gelöst werden.  
Nur, wenn wir  
489 gesunde Natur schützen, stärken und wiederherstellen, können wir die notwendigen  
Klima- und  
490 Biodiversitätsziele erreichen. Deshalb ist es so wichtig, dass wir in der  
Bundesregierung  
491 mit dem Aktionsprogramm Natürlicher Klimaschutz 4 Milliarden Euro in konkrete  
Maßnahmen zum  
492 Schutz, zur Stärkung und Wiederherstellung gesunder Natur investieren und die  
relevanten  
493 Maßnahmen beschleunigen. Das ist dreifach gut angelegtes Geld: für mehr  
Biodiversität, für  
494 mehr Klimaschutz und für mehr Klimavorsorge.

495 Gesunde Wälder und Auen, Böden und Moore, Meere und Gewässer, Grünflächen in  
der Stadt: All  
496 diese Ökosysteme können einen Beitrag zum natürlichen Klimaschutz leisten. Sie  
können  
497 Kohlenstoff aus der Atmosphäre binden und langfristig speichern. Gleichzeitig sind sie  
498 wertvoller Lebensraum für bedrohte Arten und damit essentielle Voraussetzung im  
Kampf gegen  
499 das Artenaussterben. Außerdem leistet der natürliche Klimaschutz einen wichtigen  
Beitrag zur  
500 Klimavorsorge, denn gesunde Böden regulieren den Wasserhaushalt. Intakte Auen  
halten das  
501 Wasser zurück und tragen so zum Hochwasserschutz bei. Je besser der Zustand von  
Ökosystemen

502 ist, desto widerstandsfähiger sind sie gegenüber Extremwetterereignissen wie  
Trockenheit  
503 oder Starkregen – und desto mehr können sie zu unserem Schutz beitragen.

504 Das Zusammenwirken all dieser Aspekte zeigt sich im Negativen exemplarisch an der  
aktuellen  
505 Umweltkatastrophe an der Oder mit massenhaftem Fisch-, Schnecken- und  
Muschelsterben und der  
506 Schädigung des einzigen Flussauen-Nationalparks in Deutschland. Ausgelöst wurde sie  
durch  
507 hohe Salzeinleitungen, die zusammen mit Stauhaltungen, Niedrigwasser und sehr  
hohen  
508 Wassertemperaturen zu einer toxischen Algenblüte führten. Jetzt gilt es mehr denn je,  
die  
509 Oder zusammen mit Polen und Tschechien als naturnahen Fluss zu erhalten und ihn  
resilient  
510 gegen die Klimakrise zu machen. Der – auch ökonomisch unsinnige – Oderausbau muss  
gestoppt  
511 werden.

512 Daher setzen wir uns dafür ein auch rechtliche Schritte einzuleiten, um diese auf  
deutscher  
513 Seite nicht auszubauen und die Wasserrahmenrichtlinie umzusetzen. Das deutsch-  
polnische  
514 Abkommen zur Oder von 2015 muss neu verhandelt und zurückgeführt werden auf  
naturnahen  
515 Hochwasserschutz – im Einklang mit dem EU-Umweltrecht. Der Einsatz der  
Fördermittel durch  
516 die EU, die Weltbank und den Europarat muss überprüft und ggf. zurückgefordert  
werden.

517 Schwerpunkte im Aktionsprogramm Natürlicher Klimaschutz sind eine  
Renaturierungsoffensive  
518 für Flüsse, Auen, Wälder und Seegrasswiesen sowie der nationale Moorschutz. Wir  
wollen so  
519 viele Moorböden wie möglich schnell und umfassend wiedervernässen – und ein Ende  
der  
520 Torfnutzung. Landwirtschaftliche Betriebe werden wir bei Maßnahmen zur  
Wiedervernässung und  
521 bei der Einführung angepasster Bewirtschaftungsweisen unterstützen.

522 Ein naturnaher Wasserhaushalt mit lebendigen Flüssen, Seen und Auen ist ein  
zentrales Ziel  
523 für den natürlichen Klimaschutz. Mit der Wiederherstellung dieser Ökosysteme soll im  
Sinne  
524 der Vorsorge Wasser wieder stärker in der Landschaft gehalten und die schnelle  
Entwässerung  
525 großer Flächen reduziert werden. Um einen naturnahen Wasserhaushalt zu erreichen,  
wollen wir  
526 mit der Bundesregierung noch in diesem Jahr eine rahmengebende Nationale  
Wasserstrategie  
527 beschließen.

528 Auch Meeres- und Küstenökosysteme sind ein wichtiger Baustein des natürlichen  
Klimaschutzes.  
529 Denn die Weltmeere leiden nicht nur immens unter den Auswirkungen der Klimakrise.  
Gesunde  
530 Meere liefern gleichzeitig Sauerstoff, sie regulieren das Klima und sind ein wichtiger  
CO2-  
531 Speicher. Wir werden eine verbindliche Meeresstrategie erarbeiten und ein  
Aufbauprogramm für  
532 Seegrasswiesen, Algenwälder, Salzwiesen und weitere marine sowie Küsten-  
Ökosysteme zur  
533 Verbesserung der natürlichen CO2-Speicherfähigkeit entwickeln. Eine Anrechnung von  
CO2-  
534 Speicherpotenzialen durch natürliche Kohlenstoffsinken auf die Minderungsziele  
lehnen wir  
535 ab. Der Schutz und die Wiederherstellung von Ökosystemen als CO2-Senken sind  
zusätzliche und  
536 eigenständige Ziele im Klimaschutzgesetz. Mit natürlichem Klimaschutz stärken wir  
natürliche  
537 Kohlenstoffsinken und bekämpfen zugleich die Biodiversitätskrise und das  
Artenaussterben.  
538 Wir erarbeiten eine Langfriststrategie zum Umgang mit unvermeidbaren  
Restemissionen, für  
539 nachhaltige Negativemissionen und klimaneutrale Kohlenstoffkreisläufe. Dazu  
unterstützen wir  
540 die Erforschung natürlicher und Entwicklung technischer Prozesse.  
541 Gemeinsam mit unseren internationalen Partner\*innen wollen wir die Verhandlungen  
bei der  
542 Weltnaturschutzkonferenz in Montreal im Dezember endlich erfolgreich abschließen.  
Es braucht  
543 einen neuen internationalen Rahmen zum Schutz unserer Natur und mehr finanzielle  
544 Unterstützung der Industrienationen für die Umsetzung im globalen Süden. Wir wollen  
545 international vorangehen und werden, wie im Koalitionsvertrag festgeschrieben, eine  
546 erhebliche Erhöhung der internationalen Biodiversitätsfinanzierung noch in diesem  
Jahr  
547 verkünden.

#### 548 **Mehr ökologische Landnutzung**

549 Die Waldbrandgefahr vervielfacht sich im Zuge der Klimakrise durch anhaltende  
Trockenheit  
550 und verödete Forstlandschaften. Deshalb brauchen wir wieder mehr echte Wälder: als  
551 Wasserspeicher, Luftfilter, Bodenschützer und als wichtige Verbündete beim  
Klimaschutz. Wir  
552 brauchen eine klimaresiliente vielfältige Landwirtschaft, um auch in Krisenzeiten gute,  
553 gesunde und regionale Lebensmittel unter fairen Bedingungen für alle erzeugen zu  
können.  
554 Fair für das Klima, fair für Umwelt und Tiere, fair für die Verbraucher\*innen – und fair  
für  
555 die Landwirt\*innen. Denn eine nachhaltige Lebensmittelerzeugung braucht  
Bäuerinnen und  
556 Bauern.

557 Angesichts von immer häufigeren Dürren und Unwettern, Insektensterben und  
Artenverlust in  
558 der Agrarlandschaft sowie dem Höfesterben ist eine Agrarwende hin zu einer  
ökologischeren,  
559 tierfreundlichen und klimarobusten Landwirtschaft mit fairen Einkommen für die  
560 Landwirt\*innen entscheidend. Gerade in diesem Jahr zeigt sich, dass schon jetzt viele  
561 Anbauregionen bei uns und in ganz Europa mit Trockenheit und Dürren zu kämpfen  
haben. Und es  
562 werden in den kommenden Jahren wohl immer mehr. Umso wichtiger, dass der Boden  
gesund ist –  
563 mit genügend Humus, um ausreichend Wasser zu speichern. Die ökologische  
Bewirtschaftung  
564 bietet die Chance, den Schutz der Biodiversität und des Klimas mit der  
Lebensmittelerzeugung  
565 gut zu verknüpfen.

566 Wir wollen den Anteil des Ökolandbaus bis 2030 auf mindestens 30 Prozent der Fläche  
erhöhen.  
567 Die Bundesregierung wird dazu eine Strategie auflegen, die Forschung, Betriebe und  
Absatz  
568 gleichermaßen fördert. Außerdem werden wir zusammen mit den Landwirt\*innen eine  
nachhaltige,  
569 nasse Landwirtschaft für genutzte Moorböden entwickeln. Dazu fördert das  
570 Landwirtschaftsministerium beispielsweise extensive Weidewirtschaft und  
Paludikulturen –  
571 auch in Kombination mit erneuerbaren Energien.

572 Agroforstsysteme, Agri-PV-Systeme, Mischkulturen, weite Fruchtfolgen mit  
Zwischenfrüchten,  
573 die Einarbeitung von Pflanzenresten und eine ganzjährige Bodenbedeckung machen  
den Ackerbau  
574 sowohl klimafreundlicher als auch robuster. Gleichzeitig können sie zu einem guten  
Einkommen  
575 für die Landwirt\*innen beitragen. Die europäischen Agrarzahungen sollen dazu auf die

576 Honorierung dieser ganzheitlichen gesellschaftlichen Leistungen ausgerichtet werden.  
577 Eine weitere zentrale Aufgabe für die nächsten Jahre ist der Umbau der  
landwirtschaftlichen  
578 Tierhaltung hin zu klima-, umwelt- und tiergerechten Haltungsformen. Um  
Landwirt\*innen auf  
579 diesem Weg zu unterstützen, braucht es ein Paket aus verpflichtender  
580 Tierhaltungskennzeichnung, angepasstem Bau- und Genehmigungsrecht, klaren  
Regeln sowie  
581 tragfähiger Förderung. Entsprechende Gesetzesentwürfe des  
Landwirtschaftsministeriums liegen  
582 vor. Wenn wir landwirtschaftlichen Betrieben eine echte Perspektive geben wollen,  
müssen wir  
583 sie bei den Mehrkosten, die durch höhere Tierschutzstandards entstehen,  
unterstützen. Die  
584 Haltungsbedingungen aller Nutztiere wollen wir im Hinblick auf die Stallgröße  
verbessern  
585 und den Zugang zu Außenluft und Außenflächen gewährleisten. Ein Ende der damit

nicht  
586 kompatiblen Haltungsformen für Deutschland und Europa streben wir an. Um Klima-  
und  
587 Umweltziele zu erreichen, müssen wir die Tierzahlen in Deutschland senken und sie  
stärker an  
588 die verfügbare Fläche für die Futtermittelproduktion binden, denn Futter von den  
eigenen  
589 Feldern ist klimafreundlich und Weidehaltung sorgt für besseren Tierschutz. Den durch  
die  
590 Landwirtschaft maßgeblich mitverursachten Ausstoß von Methan und Lachgas, der  
einen großen  
591 Anteil zur Erderhitzung beiträgt, wollen wir deutlich verringern. Die Fleisch- und  
592 Milchproduktion gehört weltweit zu den Industrien mit den höchsten  
Treibhausgasemissionen  
593 und die kontinuierliche Ausweitung der für die Futtermittelproduktion benötigten  
Flächen  
594 trägt maßgeblich zum Artensterben bei.

595 Eine zukunftsfeste Tierhaltung muss daher standortangepasst und unabhängig von  
Regenwald-  
596 Soja sein. Mit der Eiweißstrategie unterstützen wir diese Umstellung. Industrielle  
597 Massentierhaltung ist mit einer klimagerechten Zukunft nicht vereinbar.  
598 Wir wollen vegetarische und vegane Ernährung attraktiver und zugänglich für alle  
Menschen  
599 machen. Ein Mittel hierzu ist die Bereitstellung transparenterer Informationen über die  
600 externen Kosten von Fleisch und anderen tierischen Produkten, sowie die Förderung  
von  
601 pflanzlichen Ersatzprodukten, beispielsweise durch die Belegung mit dem ermäßigten  
602 Umsatzsteuersatz, und der Entwicklung künstlich erzeugter tierischer Produkte.

### 603 **Klimagerechtigkeit in Europa und weltweit**

604 Viele Inseln im Pazifik drohen, durch die Klimakrise unterzugehen. Pakistan erlebte  
diesen  
605 Sommer durch extreme Regenmassen Fluten, die tausende Menschenleben gefordert  
und insgesamt  
606 über 33 Millionen Menschen betroffen haben. Gleichzeitig verursacht die Dürre in  
Ostafrika  
607 Hunger und verschärft Armut. Frauen, marginalisierte Gruppen und Menschen, die in  
Armut  
608 leben, sind besonders von den Folgen wie Luftverschmutzung, mangelndem Zugang  
zu Trinkwasser  
609 und dem Schwinden von landwirtschaftlichem Boden betroffen. Die Länder, die am  
wenigsten zur  
610 Klimakrise beigetragen haben, leiden am meisten unter deren Folgen. Die  
Erderhitzung  
611 einzudämmen, ist daher nicht nur eine ökologische, sondern auch eine  
Gerechtigkeitsfrage.  
612 Frauen sind weltweit am stärksten von den Folgen der Klimakrise betroffen, obwohl sie  
613 durchschnittlich für weniger Treibhausgasemissionen verantwortlich sind. Gleichzeitig

sind  
614 sie an Entscheidungen zur Bekämpfung der Klimakrise seltener beteiligt, werden  
häufig von  
615 Maßnahmen stärker belastet und von Kompensationen geringer entlastet. So führt die  
616 Klimakrise dazu, dass die Ungleichheit zwischen den Geschlechtern weiter zunimmt.  
Um dem  
617 entschieden gegenzutreten, ist es unerlässlich, Klimaschutz geschlechtergerecht zu  
gestalten  
618 und durch die Beteiligung von Frauen ihr Wissen und Know-How in entscheidende  
619 Transformationsprozesse einzubeziehen. Unser Ziel ist deshalb, die  
Geschlechterperspektive  
620 stärker in klimapolitischen Vorhaben und Programmen zu verankern. Dafür soll in allen  
mit  
621 Klimapolitik befassten Ministerien und Gremien die notwendige Genderperspektive  
aufgebaut  
622 und der im Koalitionsvertrag vereinbarte Gleichstellungs-Check für alle Gesetze und  
623 Maßnahmen umgesetzt werden. Das reicht von Grundsätzen zur Gestaltung der  
konkreten  
624 Klimapolitik bis hin zur Einhaltung menschenrechtlicher Verpflichtungen.

625 Das Fortschreiten der Klimakrise ist eine Gefahr für unsere Sicherheit und Freiheit.  
Durch  
626 die Klimaaußenpolitik muss es uns mit diplomatischen Mitteln gelingen, die globale  
627 Energiewende, nachhaltige Entwicklung und den Schutz unserer Biodiversität EU-weit  
und  
628 international voranzutreiben. Mit der Entwicklungspolitik unterstützen wir unsere  
629 Partner\*innen weltweit beim langfristigen Umbau ganzer Sektoren und verfolgen eine  
630 transformative, globale Strukturpolitik; damit richten wir nationale und internationale  
631 Institutionen auf die Pariser Klimaziele und die Ziele für nachhaltige Entwicklung der  
632 Agenda 2030 (SDGs) aus.

633 Deutschland und Europa müssen stärker mit gutem Beispiel vorangehen und  
klimagerechten  
634 Wohlstand umsetzen. Konkret bedeutet das, dass die politischen Entscheidungen  
daran gemessen  
635 werden müssen, ob ihre Folgen mit der Einhaltung der planetaren Grenzen und den  
636 Nachhaltigkeitszielen vereinbar sind.

637 Mit dem Europäischen Green Deal wurde die Tür aufgestoßen, um die EU zum ersten  
638 klimaneutralen Wirtschaftsraum der Welt zu machen. Die ambitionierte und schnelle  
Umsetzung  
639 des sogenannten „Fit For 55“-Pakets ist essentiell sowohl für den Klimaschutz als auch  
für  
640 die Modernisierung der Europäische Union. Auch die europäische Agrar- und  
Handelspolitik  
641 muss hierauf ausgerichtet werden. Zudem bedarf es eines ambitionierten Plans, die  
642 europäische Industrie sozial und nachhaltig in die Zukunft zu führen. Die Einstufung in der  
der  
643 EU-Taxonomie von Atomkraft und Gas als nachhaltig lehnen wir ab.

644 Nur mit einer ambitionierten Klimapolitik kann die Europäische Union eine  
Führungsrolle  
645 übernehmen und eine notwendige Bewegung in die Internationalen

Klimaverhandlungen bringen.

646 Die europäischen Klimaziele müssen daher jetzt an das erhöhte Ambitionsniveau und  
in

647 Richtung 1,5 Grad-Pfad angepasst werden. Wir unterstützen alle weiteren  
Maßnahmen, die dazu

648 beitragen, diesen Prozess zu beschleunigen und damit die Klimaziele für Europa zu  
erreichen.

649 Wir wollen gemeinsam mit der EU-Kommission den natürlichen Klimaschutz und  
Maßnahmen zur

650 Klimavorsorge europaweit und weltweit voranbringen. Wir unterstützen die  
Verordnung zur

651 Wiederherstellung der Natur als zentrales Element zur Umsetzung der europäischen  
652 Biodiversitätsstrategie. Rechtsverbindliche Ziele zur Renaturierung von Meeren,  
Flüssen und

653 Wäldern, von Ökosystemen in der Stadt und in der Agrarlandschaft sowie zum Schutz  
von

654 Bestäubern sind ein Aufbruch für den Natur- und Klimaschutz in der EU.

655 Die Industriestaaten haben am meisten von der Ausbeutung der globalen Ressourcen  
profitiert

656 und tun dies auch weiterhin. Sie müssen deshalb ein verlässlicher Motor und Vorreiter  
im

657 Kampf gegen die Klimakrise weltweit sein. Im Rahmen der G7-Präsidentschaft hat  
Deutschland

658 erste Klima- und Entwicklungspartnerschaften etabliert, die wir mit weiteren  
Partnerländern

659 schnell ausbauen und vorantreiben möchten. Hierbei ist es essentiell, dass diese

660 Partnerschaften auf Augenhöhe stattfinden.

661 In wenigen Wochen wird die UN-Klimakonferenz COP 27 in Ägypten die massiven  
weltweiten

662 Auswirkungen der Klimakrise beleuchten und um Maßnahmen zu deren Bekämpfung  
ringen. Es geht

663 dabei um ein ambitioniertes Arbeitsprogramm, mit dem bis 2030 global ein mit dem  
1,5-Grad-

664 Ziel kompatibler Entwicklungspfad erreicht wird. An diesem Programm müssen auch  
die

665 nationalen Klimaziele ausgerichtet sein. Wir erwarten eine Beschleunigung der  
weltweiten

666 Energiewende sowie einen regelmäßigen politischen Austausch über die Umsetzung  
der

667 Maßnahmen, über Initiativen und die Erreichung der sektoralen Ziele als Ergebnis der

668 Konferenz. Die nächste COP darf keine "fossile COP" werden.

669 Ägypten gehört zu den repressivsten Staaten im Nahen und Mittleren Osten sowie in  
670 Nordafrika. Zur Förderung von Klimaschutz braucht es eine starke, politisch aktive und  
vom

671 Staat unabhängig agierende Zivilgesellschaft. Es ist deshalb unabdingbar, dass  
Ägypten als

672 Ausrichter der COP den eigenen zivilgesellschaftlichen Akteur\*innen sowie der Presse

673 dauerhaft die Freiheit gibt, auf Defizite im Klimaschutz aufmerksam machen zu  
können.

674 Ansonsten droht die COP zum Greenwashing der Staatsführung zu werden – und zu  
675 einem  
676 Instrument, um von der katastrophalen Menschenrechtsbilanz einschließlich der  
677 tausenden  
678 politischen Gefangenen abzulenken.

677 Im Rahmen der internationalen Klimapolitik muss Deutschland ein ambitioniertes,  
678 solidarisches und verlässliches Partnerland sein und seiner Verantwortung für den  
679 eigenen,  
680 für den globalen Klimaschutz und für die Anpassung an die Klimakrise gerecht werden.  
681 Dabei  
682 werden wir klimapolitische Maßnahmen im Sinne des postkolonialen Ansatzes  
683 gemeinsam mit  
684 unseren Partner\*innen entwickeln, eng mit multilateralen Partner\*innen abstimmen  
685 und bei der  
686 Umsetzung die Länderrechte der indigenen Bevölkerung stets achten. Das ist auch  
687 unser  
688 Anspruch für das Auftreten Deutschlands bei der diesjährigen COP 27 in Ägypten.

684 Die Folgen der Klimakrise schlagen in den ärmsten Staaten der Welt ganz besonders  
685 dramatisch  
686 zu. Wir müssen deshalb die Klimaanpassung beschleunigen. Darum braucht es bei  
687 Schäden und  
688 Verlusten jetzt deutlich stärkere und verbindliche Unterstützung durch die  
689 Industrieländer.  
690 Dazu haben sich die G7 Ende Mai 2022 erstmals bekannt. Ein richtiger Schritt voran,  
691 dem aber  
692 noch viele folgen müssen.

689 Deutschland muss gerade angesichts der multiplen Krisen, die die Umsetzung von  
690 Klimaprojekten in vielen Weltregionen gefährden, seinen Beitrag zur kollektiven  
691 Verdopplungszusage der Anpassungsfinanzierung leisten. Ergänzend wollen wir die  
692 Rahmenbedingungen für privates Kapital verbessern, wenn dieses in echten  
693 Klimaschutz und  
694 konsequente Klimaanpassung investiert wird.

694 Mit Programmen der Entwicklungspolitik wie auch der Internationalen  
695 Klimaschutzinitiative  
696 der Bundesregierung leisten wir ganz konkrete Unterstützung für mehr Klimaschutz  
697 und  
698 Klimaanpassung. Gemeinsam wollen wir als G7 vorangehen, um aus der Kohle  
699 auszusteigen und  
700 die Emissionen im Energiesektor, im Verkehr und der Industrie so schnell wie möglich  
701 zu  
702 reduzieren. Es geht darum, gemeinsam eine Welle höherer Klimaambitionen zu  
703 erzeugen und  
704 andere Staaten mitzunehmen. Gleichzeitig brauchen wir einen Schub für mehr  
705 Klimagerechtigkeit und klare Fortschritte bei der Klimafinanzierung sowie ein  
706 Umlenken  
707 globaler Finanzströme im Einklang mit den Zielen des Pariser Abkommens.

702 Die Existenzen jener Menschen, die am stärksten von Extremwetterereignissen sowie  
703 den

703 Langzeitfolgen der Klimakrise betroffen sind, müssen bei Maßnahmen wie  
beispielsweise der  
704 Schaffung und Einsetzung eines Fonds (etwa einer "Loss and Damage Finance  
Facility") oder  
705 neuer Finanzierungsfenster für klimabedingten Verluste und Schäden im Mittelpunkt  
stehen.  
706 Diese muss mit ausreichenden und einfach zugänglichen Finanzen für Regionen  
ausgestattet  
707 werden, die von den extremen Folgen der Klimakrise betroffen sind.

708 Als zusätzliches Angebot soll der geplante Schutzschirm gegen Klimarisiken ("Global  
Climate  
709 Risk Shield") zur bestmöglichen finanziellen Absicherung von Klimakrisen aufgebaut  
werden,  
710 um mit Versicherungen und weiteren Instrumenten für soziale Sicherung die  
betroffenen Länder  
711 dabei zu unterstützen, Widerstandsfähigkeit gegen Klimaschäden aufzubauen. Dieses  
Instrument  
712 ersetzt jedoch nicht die finanzielle Unterstützung, welche die Menschen im Globalen  
Süden im  
713 Katastrophenfall so dringend benötigen, um die ökonomischen sowie nicht-  
ökonomischen Folgen  
714 der Klimakrise zu adressieren.

715 Die Auswirkungen der Klimakrise führen zu einem Verlust von Existenzen und  
Wohlstand. Viele  
716 Länder, die jetzt schon besonders von der Klimakrise betroffen sind, wurden  
gleichzeitig  
717 auch durch die Auswirkungen anderer Krisen - wie beispielsweise der Covid-19  
Pandemie oder  
718 den globalen Auswirkungen des Angriffskrieges auf die Ukraine - hart getroffen. Wir  
wollen  
719 die Möglichkeit eines Schuldenerlasses für diese Länder prüfen. Mit diesem können sie  
frei  
720 gewordene Finanzen für den Aufbau von Klimaresilienz sowie einer klimagerechten  
721 Infrastruktur nutzen.

722 Klimagerechtigkeit heißt aktuell vor allem, alles daran zu setzen, die große  
Maßnahmenlücke  
723 zwischen Klimazielen und politischem Handeln auf internationaler Ebene zu schließen.  
Leider  
724 immer noch unerfüllt sind die 2015 in Paris versprochene globale Bereitstellung der  
100  
725 Milliarden US-Dollar für internationale Klimaschutz- und Klimaanpassungsfinanzierung.

726 Deutschland muss hier seiner Verantwortung gerecht werden und mehr Mittel für die  
727 Klimafinanzierung in Ländern des globalen Südens bereitstellen. Das bedeutet auch,  
die  
728 Länder des globalen Südens in den Bereichen Energiesicherheit, Klimaanpassung,  
729 Verkehrspolitik, Landwirtschaft und nachhaltiger Wirtschaft zu unterstützen. Zur UN-  
730 Klimakonferenz COP 27 im November muss die Bundesregierung dazu eine  
verlässliche Zusage  
731 leisten.

732 Durch den russischen Angriffskrieg ist weltweit eine neue Dynamik entstanden, denn  
auch dem  
733 Letzten ist nun der Zusammenhang zwischen Klima, Energie, Sicherheit, Ernährung,  
Freiheit  
734 und Frieden klargeworden. Viele Staaten setzen auf den Ausbau von erneuerbaren  
Energien.  
735 Aber es gibt auch Kräfte, die den Moment des Krieges nutzen, um unter dem Vorwand  
der  
736 Energiesicherheit Öl, Gas und fossile Infrastrukturen dauerhaft zu festigen und  
auszubauen.  
737 Umso wichtiger ist es, dass wir alle Kanäle nutzen, um die Weichen für mehr  
Klimaschutz und  
738 für mehr Tempo bei der globalen Energiewende zu stellen. Die Verbrechen an der  
739 Menschlichkeit durch das russische Regime dürfen nicht als Deckmantel für neue  
langfristige  
740 fossile Abhängigkeiten dienen. Denn das würde nicht nur dem Aggressor in die Hände  
spielen,  
741 sondern auch die internationalen Klimaschutzmaßnahmen ad absurdum führen. Die  
einfache  
742 Logik, dass im Zweifel fossile Energieträger eine sichere Versorgung bereitstellen, ist  
743 widerlegt. Die neue Rolle der erneuerbaren Energien als Garanten für eine starke  
744 Selbstversorgung, Sicherheit und Freiheit gilt es, international zu festigen und die  
745 Hinwendung zu klimaneutraler Versorgung in anderen Ländern durch strukturelle,  
finanzielle  
746 und technische Unterstützungsangebote zu stärken.

## **Beschluss** Nationaler Hitzeschutzplan

Gremium:	Bundesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum:	16.10.2022
Tagesordnungspunkt:	K Klimakrise als Menschheitsaufgabe: für Klimaschutz, für Freiheit

### **Antragstext**

1 Ob wir gesund oder krank sind, hängt nicht nur von unserer Lebensweise ab, sondern  
2 entscheidend auch von Umwelt und Klima: Wir brauchen sauberes Wasser, gute Luft,  
3 erträgliche  
4 Temperaturen und gutes Essen. All das steht mit der sich beschleunigenden Klimakrise  
5 auf dem  
6 Spiel. Neben Hitzewellen gehören Stürme, Dürren, Waldbrände oder Starkregen und  
7 Überschwemmungen zu den unmittelbar zu erwartenden Folgen einer ungebremsten  
8 Klimakrise. Das  
9 Allergiepotential steigt und neue Krankheitserreger können sich ausbreiten. Die  
10 medizinische  
11 Fachzeitschrift »The Lancet« erklärte den Klimawandel zur größten Bedrohung für die  
12 globale  
13 Gesundheit im 21. Jahrhundert.

14 Die ersten heftigen Auswirkungen einer ungebremsten Klimakrise spüren wir schon  
15 heute. Die  
16 schlimme Hochwasserkatastrophe an und um die Ahr mit mehr als 180 Toten wird für  
17 lange Zeit  
18 ein Trauma in der Region hinterlassen. In den Sommern 2018, 2019 und 2020 kam es  
19 insgesamt  
20 zu 19.300 hitzebedingten Sterbefällen in Deutschland (Auswertungen des Robert Koch-  
21 Instituts, des Deutschen Wetterdienstes und des Umweltbundesamts). Die materiellen  
22 Schäden  
23 bewegen sich Jahr für Jahr im zweistelligen Milliardenbereich.

24 Wir wollen die Klimavorsorge entscheidend stärken und stärker als bisher als  
25 Querschnittsaufgabe verankern. Es braucht eine gemeinsame Kraftanstrengung von  
26 Bund, Ländern  
27 und Kommunen für dieses Jahrzehnt und darüber hinaus. Klimavorsorge ist dabei auch  
28 eine  
29 soziale Frage. Der Staat muss gezielt den Menschen und den Kommunen helfen, die  
30 sich die  
31 notwendigen Maßnahmen zur Vorsorge nicht so einfach leisten können.

### **Schutz vor den Auswirkungen der Hitze**

32 Städte mit vielen versiegelten Flächen und wenig Grünanteilen heizen sich in  
33 Hitzewellen  
34 besonders stark auf. Innenstädte sind dann um bis zu zehn Grad heißer als das  
35 Umland. Das  
36 ist für alle Menschen in den Städten anstrengend und belastend. Bei hohen  
37 Temperaturen nimmt  
38 die Arbeitsleistung stark ab und bei fehlender nächtlicher Abkühlung wird die

- körperliche
- 25 Erholungsphase beeinträchtigt. Neben den bereits erwähnten Hitzetoten gehören auch
- 26 hitzebedingte Erkrankungen wie Herz-Kreislaufbeschwerden, Herzinfarkte oder
- 27 Hitzschlag zu
- 27 den Folgen hoher Temperaturen.
- 28 Besonders betroffen sind Menschen mit geringerem Einkommen, ältere Menschen,
- 28 Säuglinge und
- 29 Kleinkindern, Pflegebedürftige, Menschen mit Vorerkrankungen oder akut Erkrankten,
- 30 Obdachlose sowie Personen, die im Freien und/oder körperlich schwer arbeiten. Sie
- 30 sind
- 31 zusätzlich häufiger Luftverschmutzung und Lärm ausgesetzt und somit anfälliger für
- 32 Allergien, Atemwegs- und Kreislauferkrankungen. Zudem haben sie oft keinen Garten
- 32 oder
- 33 Klimaanlage zur Verfügung, um Abkühlung zu suchen.
- 34 Kühle Städte sind grüne Städte: Bäume spenden Schatten und kühlen ihre Umgebung
- 34 als
- 35 natürliche Klimaanlage. Mehr Bäume und Grünflächen sind damit zentrale Säule für
- 35 ein
- 36 gesundes Stadtklima. Auch begrünte Fassaden und Dächer können zur Abkühlung von
- 36 Gebäuden und
- 37 Umgebung beitragen. Städte sollen künftig wie ein Schwamm mehr Wasser
- 37 aufnehmen, speichern
- 38 und in der Landschaft halten. Gespeichertes Regenwasser kann zur Bewässerung im
- 38 Sommer und
- 39 für Brunnen genutzt werden
- 40 **Wir brauchen eine umfassende Strategie gegen Hitzefolgen!**
- 41 Frühere Bundesregierungen haben versäumt, die Bekämpfung der Klimakrise und die
- 42 Herausforderungen der Anpassung an ihre Folgen sektorübergreifend in einer
- 42 umfassenden
- 43 Strategie anzupacken. Das grün geführte Bundesumweltministerium erarbeitet aktuell
- 43 eine
- 44 Klimaanpassungsstrategie, die alle Handlungsfelder umfassen wird. Kommunen
- 44 profitieren
- 45 bereits von einem Förderprogramm für Klimaanpassungsmanager, um eigene
- 45 Strategien und
- 46 Maßnahmen vor Ort zu entwickeln. Für soziale Einrichtungen wie Kitas und
- 46 Pflegeeinrichtungen
- 47 gibt es ein spezielles Programm.
- 48 Ein Bund-Länder-Hitzeschutzplan für den vorsorgenden Gesundheitsschutz muss ein
- 48 Schwerpunkt
- 49 der Klimaanpassungsstrategie werden. Darin müssen Aufgaben klar zugeordnet,
- 49 effiziente
- 50 Koordinations- und Kommunikationsstrukturen geregelt und verbindliche Maßnahmen
- 50 formuliert
- 51 sein, um insbesondere besonders hitzegefährdete Gruppen wirksam zu schützen. Dazu
- 51 gehören
- 52 auch entsprechende Finanzierungsregelungen, ein Monitoring zur hitzebedingten

53 Sterblichkeit,  
 54 zusätzliche Maßnahmen für Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen einschließlich  
 54 Weiterbildungsangebote sowie bundesweite niedrigschwellige Informations- und  
 55 Hilfsangebote  
 55 insbesondere für besonders hitzesensible Gruppen.  
 56 Hitzeaktionspläne müssen für alle Städte und Kommunen zum verbindlichen Standard  
 56 werden und  
 57 die rechtlichen Voraussetzungen dafür geschaffen werden, dass Kommunen alle  
 57 Instrumente im  
 58 Bau- und Verkehrsbereich treffen können, um Überhitzung entgegenzuwirken. Mit  
 58 einem  
 59 Sonderfonds für die Umsetzung von Hitzeaktionsplänen wollen wir die Kommunen bei  
 59 der  
 60 Umsetzung unterstützen.  
 61 Eine Reform des Baurechts und der Städtebauförderung muss konsequent den  
 61 klimagerechten  
 62 Stadtumbau unterstützen. Dazu zählen Erleichterungen für Entsiegelungsmaßnahmen  
 62 und  
 63 Umwidmung von Straßen- und Parkflächen, die Verankerung eines Grünflächenfaktors  
 63 und eine  
 64 Grünkennzahl für Grünflächenmindestanteile auf Baugrundstücken sowie die  
 64 Ermöglichung von  
 65 Naturerfahrungsräumen als Flächennutzungskategorie.  
 66 Programme zur Stärkung von Park- und Grünflächen, städtischen  
 66 Regenwasserspeichersystemen  
 67 und öffentlichen Trinkbrunnen müssen ausgeweitet werden, insbesondere für  
 67 finanzschwache  
 68 Kommunen. Den vorsorgenden Gesundheitsschutz gegen klimakrisenbedingte  
 68 Überhitzung wollen  
 69 wir in das Bund-Länder-Programm Soziale Stadt integrieren.  
 70 Wir wollen die Gebäudesanierungsquote bis zum Ende der Wahlperiode verdoppeln  
 70 und dafür KfW-  
 71 Programme weiterentwickeln sowie eine Ausbildungsoffensive für das Bauhandwerk  
 71 starten.  
 72 Wir setzen uns für eine Stärkung des Bundesprogramms "Sanierung kommunaler  
 72 Einrichtungen in  
 73 den Bereichen Sport, Jugend und Kultur" (SJK) zum Ausbau der Freibadsanierung ein.  
 73 Freibäder  
 74 gehören in Hitzephasen zur Daseinsvorsorge, der Zugang muss für alle erschwinglich  
 74 sein.  
 75 Forschungsmittel zur Erforschung von gesundheitlichen Folgen der Klimakrise,  
 76 Präventionsmaßnahmen im Gesundheitsbereich und neuer Hitzeanpassungsansätze  
 76 müssen  
 77 ausgeweitet werden.  
 78 **Wasser: hier zu viel - dort zu wenig**  
 79 Das vorrangige Ziel einer vorsorgenden Hochwasserpolitik muss sein, Wasser in der  
 79 Landschaft  
 80 zu halten. So lassen sich Abflussmengen reduzieren und verzögern. Das ist der erste

und  
81 beste Schutz gegen Hochwasser und zugleich auch eine Vorsorge für Dürrezeiten. Wo  
Wasser  
82 natürlich versickern kann und gespeichert wird, wo Bäche und Flüsse frei fließen, wo  
es noch  
83 funktionierende Moorböden gibt, können Überflutungen und Flutkatastrophen  
abgeschwächt  
84 werden und Wasser gespeichert werden. Die notwendigen Maßnahmen, um Wasser in  
der Landschaft  
85 zu halten, sind lange bekannt und müssen endlich konsequent umgesetzt werden.  
Fluss- und  
86 Bachtäler müssen wo möglich wieder naturnah gestaltet werden – mit ausreichenden  
Auen und  
87 Retentionsräumen. Dazu können durch extensivere Nutzung auch landwirtschaftliche  
Flächen  
88 dienen. Die Böden können durch eine naturnähere Land- und Forstwirtschaft und  
bodenschonende  
89 Bearbeitung wieder aufnahmefähiger gemacht werden.

90 Trinkwasser ist unser wichtigstes Lebensmittel. Bislang ist die Versorgung in  
Deutschland  
91 gesichert. Doch in heißen Sommermonaten kommt es bereits heute in manchen  
Kommunen und  
92 Landkreisen zu Engpässen bei der Trinkwasserversorgung. Wir wollen deshalb  
93 Grundwasservorkommen langfristig schützen und für die öffentliche  
Trinkwasserversorgung  
94 sichern, indem wir einen Vorrang der öffentlichen Trinkwasserversorgung gesetzlich  
95 festschreiben und im Raumordnungsrecht mehr Vorranggebiete für die  
Trinkwasserversorgung  
96 ausweisen. Bisherige historische Entnahmerechte und kostenlose  
Grundwassernutzungsrechte für  
97 Industrie und Landwirtschaft müssen überprüft sowie Ansätze zur  
Regenwasserspeicherung und  
98 Brauchwassernutzung gefördert werden.

99 Die dramatischen Hochwässer und Überschwemmungen 2021, 2013, 2002 und 1997  
haben aufgezeigt,  
100 wie essentiell eine bessere Hochwasservorsorge ist. Die bisher angenommenen  
Risiken und  
101 Gefahren selbst von extremen Hochwassern wurden vom tatsächlichen Ausmaß der  
aktuellen  
102 Überschwemmungen übertroffen. Planungen, die sich auf 100-jährige Hochwasser  
beziehen sind  
103 überholt. Es braucht neue, bundeseinheitliche Standards zur Darstellung von  
Extremszenarien  
104 in den Hochwasser- und Starkregenrisikokarten. Für die Risikobeurteilung müssen  
105 Extremhochwässer, die länger zurückliegen als es eine kontinuierliche  
Datenaufzeichnung  
106 gibt, ebenso genutzt werden wie Modellierungen von Starkregenereignissen, die Grund  
der  
107 Klimakrise künftig heftiger ausfallen können, als dies bisher der Fall war. Auch sollte in  
108 den Extremszenarien betrachtet werden, welche Gefahren von Hochwässern

ausgehen, wenn der  
109 technische Schutz ausfällt, also zum Beispiel Dämme brechen oder Rückhaltebecken  
überlaufen.  
110 Es sollte zudem nicht nur auf den potentiellen Anstieg der Pegel geschaut werden,  
sondern  
111 auch auf die Fließgeschwindigkeiten, denn Wasser ist umso zerstörerischer je schneller  
es  
112 werden kann. In der Konsequenz gilt es, Umfang und genaue Lage der gefährdeten  
Gebiete und  
113 Liegenschaften zu aktualisieren. Wichtig ist, dass aus diesen verbesserten  
Vorhersagen auch  
114 politische Schlüsse gezogen werden: im akuten Fall für die Evakuierung der  
betroffenen  
115 Bevölkerung, planerisch für die weitere Siedlungsplanung. In den besonders von  
Hochwasser  
116 betroffenen Gebieten müssen die Ausnahmeregelungen zur Ausweisung von Bauland  
und zur  
117 Erteilung von Baugenehmigungen im Außenbereich dringend auf den Prüfstand.  
118 Hochwasserwarnungen müssen verbessert werden. Eine auf wenige hundert Meter  
genaue  
119 Risikovorhersage, die die Wetterdaten mit den Topographie und der  
Bevölkerungsdichte  
120 synchronisiert, ist wissenschaftlich möglich, aber derzeit noch nicht realisiert.  
Notwendig  
121 dafür wären ein hochleistungsfähiges Rechenzentrum und mehr Forschung. Das sollte  
122 idealerweise im europäischen Verbund ermöglicht werden. Dafür müssen Gelder  
bereitgestellt  
123 werden. Es ist zudem wichtig, dass Behörden, Bevölkerung und Helfer\*innen genau  
wissen, wie  
124 sie sich im Hochwasserfall verhalten müssen – und wie man langfristig für den Ernstfall  
125 vorsorgen kann, wenn man in einem Risikogebiet lebt. Nötig sind flächendeckende  
kommunale  
126 Hochwasser-Audits und Modellierungen von Starkregenereignissen, funktionierende  
Warnsysteme  
127 und regelmäßige Informationen der Bevölkerung, etwa per Übung in Schulen oder  
Betrieben.  
128 Hauseigentümer\*innen sollten über sinnvolle bauliche Maßnahmen informiert werden.  
129 Ergänzend zum ökologischen Hochwasserschutz sind Maßnahmen des technischen  
130 Hochwasserschutzes notwendig, um bestehende Siedlungen zu schützen. Dazu  
können  
131 Rückhaltebecken auch in Seitentälern oder Rückverlagerungen und die Ertüchtigung  
von Deichen  
132 ebenso gehören wie Wälle, die Regenwassermassen um Ortschaften herum leiten oder  
das  
133 Bereithalten von mobilen Hochwasserschutzwänden. Dabei sollen stärker als bisher  
vor Ort  
134 auch Sonderstandorte für den Hochwasserschutz planerisch und technisch vorbereitet  
werden.

135 Besser eine Kiesgrube oder ein Braunkohletagebau laufen kontrolliert voll als dass  
136 Siedlungen überflutet werden.

137 **Landnutzung und Infrastruktur ökologisieren**

138 Umfassende Klimaanpassung bedeutet, in Sicherheit zu investieren.

Landwirtschaftliche

139 Flächen müssen regional extensiviert werden, ohne dass dies wirtschaftlich auf Kosten  
der

140 Landwirt\*innen geht, Wälder müssen in naturnahe klimastabile Mischwälder  
umgebaut,

141 Entwässerung und Kanalisierung zurückgebaut, Deiche rückverlegt werden, Städte  
umgebaut,

142 Plätze begrünt, Bäume gepflanzt werden. Wer an solchen Maßnahmen spart, gefährdet  
die

143 Sicherheit der Bevölkerung. Mit dem strategischen Ankauf von Naturschutzflächen  
kann die

144 öffentliche Hand zugleich Wasserrückhalteflächen gerade auch in

145 Hochwasserentstehungsgebieten gewinnen. Für die notwendigen  
Naturschutzmaßnahmen brauchen

146 wir daher schnell wirksame Planungsinstrumente zur Flächensicherung.

147 Damit Ökosysteme widerstandsfähiger werden, müssen wir deren chemische  
Belastung durch

148 Pestizide und Schadstoffe wesentlich reduzieren und eine gesunde Vielfalt  
wiederherstellen.

149 Vielfältigere Ökosysteme reagieren stabiler auf Störungen. Das gilt in besonderem  
Maße auch

150 für unsere Landwirtschaft. Niemand weiß bei der Aussaat, ob das Jahr extrem heiß,  
stürmisch,

151 nass, trocken oder kalt wird. Dies erfordert grundlegende  
Bewirtschaftungsanpassungen zur

152 Risikobegrenzung. Weiter zu wirtschaften wie bisher ist keine realistische Option.

153 Deshalb ist jetzt notwendig, dass wir Landwirt\*innen dabei unterstützen, das gesamte  
System

154 der Lebensmittelproduktion robust aufzustellen für die Herausforderungen der  
nächsten Jahre.

155 Bäume und Hecke auf Feld und Acker sind nicht nur eine effektive CO<sup>2</sup>-Senke in der

156 Landwirtschaft, sondern beeinflussen auch das Kleinklima. Agroforstsysteme und Agri-

157 Photovoltaik müssen raus aus der Nische, weil sie ein robustes Gesamtsystem mit  
Schatten,

158 Erosionsschutz und Verdunstungsreduktion schaffen. Das ganze Anbausystem muss  
konsequent

159 diversifiziert werden, um extremere Umwelteinflüsse ausgleichen zu können. Das  
bedeutet

160 weniger Monokulturen und längere Fruchtfolgen, Mischkulturen, mehr Unter- und  
161 Zwischensaat, kleinere Schläge und eine höhere Diversität der angebauten  
Feldfrüchte. Eine

162 zentrale Rolle wird eine Wirtschaftsweise spielen, die die Humusschicht auf- statt  
abbaut,

163 damit Wasser und Kohlenstoff im Boden gespeichert werden können. Neben Pflanzen  
und Böden

164 brauchen auch Tiere Schutz vor den zunehmenden Hitzewellen. Dazu müssen Ställe  
 165 umgebaut und  
 165 mit leistungsfähigen Lüftungen oder Ventilatoren ausgerüstet werden. Außerdem  
 166 müssen auch  
 166 Weideflächen deutlich struktureicher werden. Die europäische und nationale  
 167 Agrarförderung  
 167 muss entsprechend dieser Anforderungen konsequent neu ausgerichtet werden.

168 Gesunde artenreiche Mischwälder sind ein wichtiger Baustein für funktionierende  
 169 Wasserhaushalte und Hochwasserschutz und verringert die Gefahr von Waldbränden.  
 169 Daher  
 170 richten wir die Waldbauförderung auf den naturnahen Waldumbau mit einer Vielfalt an  
 171 heimischen Baumarten und bodenschonender Bewirtschaftung aus. Voraussetzung für  
 172 den Aufbau  
 172 klimaresilienter Wälder ist ein angepasstes flächendeckendes Management von Reh-  
 173 und  
 173 Rotwildbeständen, damit ausreichend Jungbäume aufwachsen können und nicht wie  
 174 bislang  
 174 verbissen werden.

175 Wir müssen unsere Infrastrukturen auf den Prüfstand stellen und an die Klimarisiken  
 176 anpassen. In Karlsruhe legte die letzte Hitzewelle den ÖPNV lahm, die deutsche Bahn  
 176 kämpft  
 177 schon bei Normalwetterereignissen mit ihrer Betriebsfähigkeit, die Kanalisation vieler  
 178 Gemeinden ist sowohl mit Dürreperioden als auch mit Starkregen überfordert, der  
 178 technische  
 179 Hochwasser- und Starkregenschutz gerade in Gefahrengebieten wie den  
 179 Mittelgebirgslagen ist  
 180 teilweise mangelhaft. Es geht um nicht weniger als ein umfassendes  
 180 Modernisierungsprogramm  
 181 für unsere Infrastrukturen, Städte und Dörfer. Auch die Verkehrsinfrastruktur muss  
 181 angepasst  
 182 werden und die anstehende Überprüfung des Bundesverkehrswegeplans genutzt  
 182 werden, um alle  
 183 Planungen einer Klima-, Umwelt- und Bedarfsprüfung zu unterziehen. Dafür müssen  
 183 Mittel für  
 184 die Sanierung maroder oder für Umwelteinwirkungen besonders anfälliger  
 184 Infrastruktur  
 185 freigemacht werden.

186 Klimavorsorge ist eine umfassende Herausforderung und kostet zunächst eine Menge  
 186 Geld – das  
 187 aber gut angelegt ist, weil es hohe Folgekosten in der Zukunft vermeidet. Mit dieser  
 187 Aufgabe  
 188 wollen wir die Kommunen, gerade die strukturschwachen, nicht allein lassen. Bei  
 188 solchen  
 189 essentiellen Fragen muss es schnell gleichwertige Verhältnisse überall in unserem  
 189 Land  
 190 geben. Die Klimavorsorge wirft deshalb auch erneut die Frage auf, was uns wichtig ist  
 190 und  
 191 welche Prioritäten wir in der Haushaltspolitik setzen – in Bund, Ländern und  
 191 Kommunen. Für  
 192 die notwendigen Anpassungen vor Ort wie die Umwandlung in „Schwammstädte“ und

- 193 „Schwammlandschaften“, Maßnahmen des Hochwasserschutzes oder den Umbau der  
Kanalisation muss
- 194 Geld bereitgestellt werden. Haushaltsspielräume wollen wir insbesondere durch den  
stetigen
- 195 Abbau umweltschädlicher Subventionen und Steuerfehlansreize schaffen.
- 196 **Natürlicher Klimaschutz ist die beste Klimavorsorge**
- 197 Die Klimakrise und das Artensterben sind zwei Krisen, die eng miteinander verbunden  
sind.
- 198 Abgestorbene Bäume speichern kein CO<sub>2</sub> mehr. Trockengelegte Moore sind für einen  
erheblichen
- 199 Teil der bundesweiten CO<sub>2</sub>-Emissionen verantwortlich, dabei können gesunde  
Moorböden
- 200 Treibhausgase speichern! Mit technischen Lösungen allein werden wir unsere  
Klimaziele nicht
- 201 erreichen, wir brauchen deshalb gesunde Ökosysteme als unsere natürlichen  
Verbündeten. Um
- 202 diesen verzahnten Krisen wirksam entgegenzuwirken, müssen Natur- und Klimaschutz  
203 zusammengedacht werden. Zentral hierfür sind der Erhalt, die Stärkung, die  
Renaturierung
- 204 sowie die Wiederherstellung natürlicher Ökosysteme. Diese dienen als Lebensräume  
für eine
- 205 Vielzahl an (bedrohten) Arten. Gleichzeitig tragen sie als natürliche  
Kohlenstoffspeicher
- 206 und -senken zur Minderung des Treibhauseffekts bei. Zugleich sind sie ein Garant für  
207 Klimavorsorge: Vielfältige und naturnahe Ökosysteme sind resilienter. Sie können sich  
besser
- 208 an den Klimawandel anpassen und sorgen insbesondere durch ihre Fähigkeit, Wasser  
zu
- 209 speichern und zu regulieren auch dafür, dass Extremwetterereignisse, Starkregen und  
210 Dürreperioden abgefedert werden.
- 211 Das „Aktionsprogramm Natürlicher Klimaschutz“ ist ein Herzstück der grünen Umwelt-  
und
- 212 Klimapolitik in dieser Bundesregierung. Das Programm vereint Klimaschutz mit  
213 Biodiversitätsschutz und macht unsere Ökosysteme fit für die Folgen der  
Klimakatastrophe. Es
- 214 fördert den Schutz intakter Moore und die Wiedervernässung von Moorböden,  
lebendige Flüsse,
- 215 Seen und Auen, Meere und Küsten, Wildnis und Schutzgebiete, naturnahe  
Waldökosysteme, Böden
- 216 als Kohlenstoffspeicher und den Natürlichen Klimaschutz auf Siedlungs- und  
Verkehrsflächen.
- 217 Damit spielt das Aktionsprogramm eine herausgehobene Rolle bei der Frage, wie wir  
den sich
- 218 gegenseitig verstärkenden ökologischen und klimatischen Krisen unserer Zeit etwas in  
den Weg
- 219 stellen. Für den Natürlichen Klimaschutz stellen wir in der Bundesregierung bis 2026  
vier
- 220 Milliarden Euro bereit, mit denen konkrete Projekte vor Ort gefördert und notwendige  
221 Personalstrukturen geschaffen werden. Nun kommt es auf uns alle an, Kommunen,  
222 Landbesitzer\*innen und andere Akteur\*innen vor Ort über Fördermöglichkeiten zu

informieren

- 223 und zu gewinnen, damit diese Mittel auch abgerufen werden und die guten Ideen  
einen Beitrag  
224 zur Eindämmung der Biodiversitäts- und Klimakrise leisten können.

## **Beschluss** Die Digitalisierung grün gestalten

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz

Beschlussdatum: 16.10.2022

Tagesordnungspunkt: K Klimakrise als Menschheitsaufgabe: für Klimaschutz, für Freiheit

## **Antragstext**

### **1 Einleitung**

- 2 Die Digitalisierung bietet große Chancen zur Eindämmung der Klimakrise und  
3 Lösungen für  
4 zahlreiche ökologische Probleme. Ob vernetzte Fahrzeuge, effiziente Industrie,  
5 punktgenaue  
6 Verteilung regenerativer Energie oder intelligente Bewässerung auf Feldern: Mit  
7 digitalen  
8 und datengetriebenen Innovationen können wir den Energie- und  
9 Ressourcenverbrauch  
10 zielgerichtet reduzieren. Diese Chance müssen wir nutzen.
- 11 Unterlassen wir die nachhaltige Steuerung der Digitalisierung, schaden wir der Umwelt  
12 mit  
13 vielfältigen Folgen. Die gesamte Informations- und Kommunikationstechnik (IKT)  
14 verursacht  
15 derzeit geschätzte 2-4 Prozent aller Treibhausgase weltweit und damit mindestens so  
16 viel wie  
17 Deutschland. Weltweit steigt der Energieverbrauch durch Rechenzentren, Datenströme  
18 und  
19 private Endgeräte enorm an, so dass wir Standards und Bedingungen formulieren  
20 müssen, damit  
21 in Zukunft die positiven Auswirkungen der Digitalisierung auf Klima und Umwelt  
22 überwiegen.
- 23 Auch für die Produktion und Nutzung von IKT-Geräten zahlen Mensch und Natur bislang  
24 einen  
25 hohen Preis. Im Jahr 2019 fielen weltweit 53,6 Millionen Tonnen Elektroschrott an und  
26 nur  
27 17,4 Prozent davon wurden ordnungsgemäß gesammelt und recycelt. Wir müssen mit  
28 unseren  
29 Ressourcen besser umgehen und dem Wegwerf-Trend entgegenwirken. Wir dürfen  
30 nicht dulden,  
31 dass Elektroschrott aus Europa mitsamt seinen Gesundheits- und Sicherheitsrisiken  
32 unverantwortlich in ärmeren Weltregionen abgeladen wird.
- 33 Wir brauchen eine grüne Digitalisierungsstrategie, mit der wir das  
34 Nachhaltigkeitspotenzial  
35 in vollem Maß ausschöpfen und gleichzeitig die umweltschädlichen Auswirkungen der  
36 Digitalisierung eingrenzen. Nur wenn wir die digitale und die grüne Transformation  
37 zusammen  
38 denken, können wir die Herausforderung der Klimakatastrophe bewältigen und eine

Ära des  
23 nachhaltigen Wirtschaftens für alle Menschen einläuten.  
24 Dazu muss die Digitalisierung auf den Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen  
ausgerichtet  
25 werden. Gleichzeitig müssen alle Nachhaltigkeitsstrategien die Digitalisierung  
26 berücksichtigen. Auf europäischer Ebene müssen der Green Deal und die  
Digitalisierung  
27 lückenlos verzahnt werden. In Deutschland müssen alle digitalen Strategieprozesse  
der  
28 Bundesregierung und der Länder in den Dienst der Nachhaltigkeitstransformation  
gestellt  
29 werden.

## 30 **Software - offen und nachhaltig**

31 Durch die Digitalisierung entstehen neue Geschäftsmodelle und Dienstleistungen, die  
zu  
32 großen Teilen auf Innovationen der Software basieren. Dieser Bereich birgt ein großes  
33 Energieeinsparpotenzial. Software selbst hat je nach Programmierung unterschiedliche  
34 Energiebedarfe. Außerdem hat sie enormen Einfluss auf die Funktionen und damit den  
35 „Energiehunger“ zahlreicher smarterer Endgeräte vom Computer bis zum Kühlschrank.  
Die  
36 eingebaute Software bestimmt auch bei vielen Geräten mittlerweile darüber, wie kurz  
oder  
37 lang Geräte genutzt werden können. Insbesondere quelloffene bzw. freie Software  
ermöglicht  
38 es, anwendungsbezogene und ressourcensparsame Lösungen zu entwickeln und  
anzupassen. Darum  
39 ist der stärkere Einsatz für quelloffene Software auch ein Einsatz für mehr  
Nachhaltigkeit  
40 in der Digitalisierung, er erhöht die Teilhabe und baut Abhängigkeiten ab. Endgeräte  
können  
41 länger betrieben werden, da relevante Updates auch erstellt werden können, wenn der  
42 offizielle Support des Anbieters ausgelaufen ist. Weiterentwicklungen können auf  
bestehendem  
43 Code aufbauen, aber auch nicht mehr benötigten wegstreichen. Deshalb muss  
öffentliche  
44 Verwaltung prioritär auf quelloffene Software setzen.

## 45 **Green Coding**

46 Bisher gibt es kaum nachhaltige Vorgaben für die Softwareentwicklung, da ineffiziente  
47 Programmierung oft durch schnellere Prozessoren oder leistungsfähigere Hardware-  
Komponenten  
48 ausgeglichen wurde. Schlanke Programmierung und die Berücksichtigung der  
Energieeffizienz  
49 bei der Wahl von Programmiersprachen können jedoch zu einer deutlich besseren  
Energiebilanz

50 führen. Deshalb muss Nachhaltigkeit in den Rahmenlehrplänen der  
Ausbildungseinrichtungen und  
51 Hochschulen verankert werden. Gleichzeitig fördern wir Fortbildungen zu nachhaltiger  
52 Programmierung für erfahrene Entwickler\*innen.

53 Daten-, Ressourcen- und Energiesparsamkeit müssen Gebote der Softwareentwicklung  
werden. Wir  
54 wollen dafür Anreize schaffen, um das bisher häufig angewendete Prinzip, teure  
55 Programmierzeit auf Kosten der Rechenzeit zu sparen, umzukehren.

56 Kriterien wie die Ressourceneffizienz von Produkten und der Einfluss von Software auf  
die  
57 Hardwarenutzungsdauer sind messbar. Wir fördern die Analyse von sozio-technischen  
Systemen,  
58 also die gemeinsame Betrachtung der Faktoren Mensch, Software, Hardware, Sensoren  
und  
59 Aktoren, im Hinblick auf Energie und Nachhaltigkeit und die Entwicklung von  
60 Energieeffizienz-Kennwerten von Komponenten und Werkzeugen der  
Softwareentwicklung im  
61 Hinblick auf die Etablierung einer Kennzeichnung für energieeffiziente Software. Eine  
solche  
62 Kennzeichnung kann im nächsten Schritt als Grundlage für gesetzliche  
Mindeststandards und  
63 zur nachhaltigen öffentlichen Beschaffung auch im Software-Bereich dienen.

64 Wir setzen uns dafür ein, dass neue Softwareprodukte und die für sie angewandten  
65 Technologien langfristige Interoperabilität und Kompatibilität zwischen Geräten,  
66 Gerätegenerationen und Standards aufweisen.

## 67 **Vernetzte Geräte**

68 Software spielt auch eine entscheidende Rolle beim aktuellen Trend zur Vernetzung  
von  
69 Haushaltsgeräten (Smart Home) und Dingen des Alltags mit dem Internet (Internet of  
Things).

70 Dabei darf es keine Automatismen geben. Vernetzung ist nur dann sinnvoll, wenn sie  
einen

71 konkreten Mehrwert für die Nutzer\*innen oder die Energieeffizienz hat und nicht zu  
72 zusätzlicher Überwachung oder weniger Sicherheit führt. Das hat zur Folge, dass  
73 Schnittstellen oder Cloudanwendungen nicht nur heute, sondern langfristig  
funktionieren

74 müssen. Schlechte Programmierung und mangelnde Interoperabilität und  
Konnektivität können

75 dazu führen, dass bisher langlebige Haushalts- und Unterhaltungselektronik-Geräte  
trotz

76 Funktionsfähigkeit des eigentlichen Geräts in kürzeren Abständen ausgetauscht  
werden. Ohne

77 gesellschafts- und umweltpolitische Maßnahmen können marktbeherrschende  
Unternehmen in

78 diesem Geschäftsfeld ihre Monopolstellungen auf Kosten der Verbraucher\*innen und  
der

79 Nachhaltigkeit ausnutzen. Studien belegen: Nur ein Bruchteil der Systeme ist bisher so

80 ausgerichtet, dass Energieflüsse effizient gesteuert werden.

81 Die Kernfunktionalitäten für Produkte innerhalb eines Systems müssen gewährleistet sein.

82 „Sustainability by design“ muss mit klaren Kriterien für Softwareprodukte definiert und mit

83 „Security by design“ verschränkt werden.

## 84 **Nachhaltige Rohstoffpolitik und Kreislaufwirtschaft**

85 Handys, Tablets und Laptops sind unsere alltäglichen Begleiter, aber keine Wegwerfprodukte.

86 Wir arbeiten auf allen Ebenen daran, dass sie länger leben und reparierbar sind. Wir konnten

87 in der EU-Batterienverordnung erreichen, dass Handy-Akkus zukünftig austauschbar sein

88 müssen. Um den rasant wachsenden Berg von Elektroschrott einzudämmen, haben wir

89 durchgesetzt, dass ab 2024 einheitliche Ladekabel für Geräte wie Smartphones, Laptops,

90 Digitalkameras und E-Reader verpflichtend werden.

91 Damit aus unseren Technikschränken wieder Rohstofflager werden, müssen wir noch einen

92 Schritt weitergehen. In der nachhaltigen Produktpolitik machen wir uns für europäische

93 Mindeststandards stark, die den Umweltfußabdruck und die Klimabilanz von technischen Geräten

94 massiv verbessern. Klares Labeling von beispielsweise der Reparierbarkeit und ein digitaler

95 Produktpass ermöglichen die nachhaltige Wahl an der Ladentheke und das spätere Recycling für

96 eine echte Kreislaufwirtschaft. Damit nicht nur das Klima, sondern auch der Geldbeutel der

97 Verbraucher\*innen von Nachhaltigkeit profitieren, streiten wir für ein echtes Recht auf Reparatur, das Ersatzteile und Anleitungen allen Tüftler\*innen und Werkstätten zur Verfügung

98 stellt, Software-Updates bereithält, Reparatur dem Austausch von kaputten Produkten bevorzugt, die Hersteller stärker in die Verantwortung nimmt und finanzielle Anreize für die

101 Reparatur setzt.

102 Wir wollen durch klare Recyclat-Vorgaben die Kreislaufwirtschaft voranbringen und, wo nötig,

103 die gesetzlichen Grundlagen für einen schnellen Aufbau des Rohstoffrecyclings ermöglichen.

104 In vielen Fällen kann der Rohstoffbedarf noch nicht über Recycling und Kreislaufwirtschaft

105 gedeckt werden. Daher setzen wir auf eine Rohstoffpolitik, die Nachhaltigkeit und

106 Versorgungssicherheit miteinander verbindet und die einen Beitrag dazu leistet, die

107 Bedingungen im Abbau und der Verarbeitung von Rohstoffen – für Produkte wie  
108 Handys und  
109 Laptops und für die Digitalisierungsinfrastruktur – zu verbessern. Die Ausbeutung von  
110 Menschen und Umwelt darf nicht Grundlage der Digitalisierung sein. Wir setzen uns  
111 daher für  
112 die Diversifizierung von Rohstofflieferketten ein und wollen vornehmlich  
113 Partnerschaften mit  
114 den Ländern, die als Wertepartner gelten, ausweiten und dadurch dazu beitragen,  
115 einseitige  
116 Abhängigkeiten in Rohstofflieferketten zu reduzieren. Wir wollen dazu beitragen, die  
117 Bedingungen im Rohstoffsektor weltweit zu verbessern durch verbindliche Standards  
118 entlang  
119 von Lieferketten auf europäischer Ebene und für alle Importe in die EU.  
120 Zudem setzen wir uns für transparente Verfahren im Rohstoffsektor ein, um Korruption  
121 und  
122 Steuervermeidung zu reduzieren.

## 117 **Rechenzentren effizient betreiben**

118 Der Datenverkehr nimmt rasant zu und wurde durch die Corona-Pandemie zusätzlich  
119 gesteigert.  
120 Dadurch müssen Rechenzentren immer mehr Kapazitäten vorhalten. Damit dieses  
121 Wachstum so  
122 nachhaltig wie möglich erfolgt, müssen öffentliche Rechenzentren bis 2025 ein  
123 Umweltmanagementsystem einführen, neue Rechenzentren spätestens ab 2027  
124 klimaneutral  
125 betrieben werden und alle Rechenzentren in Europa bis 2030 klimaneutral werden.  
126 Das öffentliche Energieeffizienz-Register, das sich gerade bundesweit im Aufbau  
127 befindet,  
128 kann Grundlage für eine künftig verpflichtende Effizienz-Kennzeichnung von  
129 Rechenzentren  
130 sein. Auch auf EU-Ebene hat das Parlament für die neue Energie-Effizienz-Richtlinie ein  
131 verpflichtendes Kataster für Rechenzentren ab 2024 beschlossen. Ab 2025 sollen in  
132 der EU  
133 Mindeststandards für die effiziente Nutzung von Energie und Ressourcen gelten.  
134 Betreiber\*innen sollen jährlich den Energieverbrauch berichten. Durch diese  
135 Transparenz  
136 kurbeln wir den Wettbewerb um die nachhaltigsten Lösungen an. Die Kennzahlen  
137 helfen auch den  
138 Betreiber\*innen selbst bei der Optimierung ihres Betriebs, z.B. durch eine bessere  
139 Auslastung der Server. Wir schaffen auf der anderen Seite mehr Transparenz für  
140 Kund\*innen.  
141 Der Blaue Engel als Zertifizierung ist die Richtschnur. Kund\*innen müssen wie bei  
142 Kühlschränken künftig auch bei Rechenzentren die Effizienz auf einen Blick erkennen  
143 können,  
144 damit wir den Markt bewegen. Für die öffentliche Hand ist eine solche Transparenz  
145 zudem  
146 Grundlage für nachhaltige Vergabe.

136 Energieeinspar-Potenzial bietet außerdem die Nutzung der Abwärme von  
Rechenzentren, die  
137 zurzeit größtenteils verpufft. Bestehende Rechenzentren sollten die Wärme selber  
nutzen oder  
138 ohne bürokratischen Aufwand vermarkten dürfen. Bei Neubauten müssen Synergien  
von vornherein  
139 mitgedacht werden, z.B. indem die Abwärme als Nah- und Fernwärme für die  
Versorgung von  
140 Häusern und Geschäftsgebäuden zur Verfügung gestellt wird. Das bedeutet auch, dass  
Neubauten  
141 nicht mehr auf der grünen Wiese entstehen sollen, sondern in der Nähe potenzieller  
Abnehmer.  
142 Als Voraussetzung verpflichten wir neue Rechenzentren zur Flüssigkühlung, weil ihr  
hohes  
143 Wärmeniveau am besten nutzbar ist.

## 144 **Künstliche Intelligenz grün gestalten**

145 Künstliche Intelligenz kann bei der Bekämpfung des Klimawandels, bei der  
Klimafolgen-  
146 Anpassung und dem Erreichen der UN-Nachhaltigkeitsziele wichtige Dienste leisten.  
Die  
147 Steuerung von Stromnetzen mit erneuerbaren Energien, Prozesseffizienz in der  
industriellen  
148 Fertigung, das Nachverfolgen von Entwaldung oder die Modellierung von  
Überschwemmungen sind  
149 Beispiele wertvoller Innovation durch künstliche Intelligenz, insbesondere durch  
Methoden  
150 des Maschinellen Lernens. Aber genauso können Anwendungen von Künstlicher  
Intelligenz den  
151 Konsum steigern, die klimaschädliche Ölförderung verstärken oder die industrielle  
152 Tierhaltung intensivieren.

153 Deshalb brauchen wir einen gesellschaftlichen Konsens darüber, wofür wir  
Anwendungen  
154 Künstlicher Intelligenz einsetzen wollen und wofür nicht. Automatisierung und  
155 Effizienzsteigerung bedeuten nicht automatisch, dass KI-Tools in allen Bereichen  
sinnvoll  
156 und verhältnismäßig sind. Ob selbstfahrende Autos die CO<sub>2</sub>-Emissionen erhöhen oder  
157 verringern, hängt beispielsweise unter anderem davon ab, ob sie öffentliche  
Verkehrsmittel  
158 ersetzen oder ergänzen. Das ist eine gesellschaftliche Entscheidung.

159 Wir brauchen KI für Nachhaltigkeitslösungen beim Klimaschutz und fördern diese  
durch  
160 gezielte Forschung und Umsetzung bis zur Marktreife von KI-Anwendungen, die den  
Klimawandel  
161 bekämpfen helfen und die Klimafolgenanpassung fördern. Außerdem fördern wir  
langfristige  
162 öffentliche Forschung, die den Zusammenhang zwischen KI und Umweltauswirkungen

untersucht,  
163 wie z. B. das Anwendungslabor für KI und Big Data beim Umweltbundesamt.  
164 Bislang fehlen unabhängige Standards und Kriterien zur Bewertung der Auswirkungen  
von KI auf  
165 Klima und Umwelt. Künstliche Intelligenz verbraucht Ressourcen, erzeugt Abfälle und  
hat  
166 einen hohen Stromverbrauch. Bisher fehlen jedoch unabhängig prüfbare Daten, da  
viele  
167 Anwendungen der Künstlichen Anwendungen von wenigen Großkonzernen entwickelt  
werden. Ein  
168 erster Schritt wären also Offenlegungspflichten über den Strom- und  
Ressourcenverbrauch von  
169 Anwendungen der Künstlichen Intelligenz, die von der öffentlichen Hand eingesetzt  
werden  
170 oder nach dem europäischen AI Act zertifiziert werden.  
171 Wir verankern Nachhaltigkeitskriterien in KI-Strategien und -Gesetzgebung, besonders  
dem AI  
172 Act der Europäischen Union. Wir setzen uns ein für die Entwicklung von europäischen  
173 Energieeffizienz-Standards und Richtlinien zur Bewertung des Ressourcen- und  
174 Stromverbrauches von KI-Anwendungen. Wir fördern Vorgaben für qualitative  
Bewertungen der  
175 Umweltauswirkungen von KI-Produkten und -Anwendungen durch die Hersteller für die  
Zeit bis  
176 zur Bereitstellung von Standards. Wir unterstützen die Entwicklung von Messmethoden  
und  
177 Richtlinien zur Schätzung und Berichterstattung des ökologischen Fußabdrucks, z.B. zu  
den  
178 verwendeten Trainingsdaten, ihrer Qualität und Quantität, zum Stromverbrauch des  
Trainings  
179 und dem Verbrauch im laufenden Betrieb. Nachhaltigkeit muss ein maßgebliches  
Kriterium bei  
180 der Beschaffung von KI durch öffentliche Stellen sein. Wir fördern den Aufbau von KI-  
181 Kompetenz in Ministerien und Behörden, die es ihnen erlaubt, Anwendungen intern  
und extern  
182 zu prüfen und zu evaluieren, um die Verwaltung effizienter und klimafreundlicher zu  
183 gestalten.  
184 Besonders wichtig sind angesichts der von wenigen Großkonzernen dominierten  
Anbieterstruktur  
185 Interoperabilitätsstandards für kommerzielle KI-Anwendungen zur Vermeidung von  
Lock-in-  
186 Effekten und zur Förderung einer breiten Anbieter-Landschaft.

## 187 **Nachhaltige Standards und Zertifizierung**

188 Wir brauchen Umweltstandards für digitale Technologien, Netze und Infrastrukturen für  
ihren  
189 gesamten Lebenszyklus. Nur so können wir die richtigen strategischen Entscheidungen  
im  
190 Hinblick auf den Nutzen und die Umwelt- und Klimaauswirkungen treffen.

191 Die für die Zukunft entscheidenden digitalen Technologien müssen konsequent an  
einer  
192 Nachhaltigkeitsstrategie ausgerichtet sein. Derzeit sind technische Standards in der  
193 Digitalisierung auf nationaler und europäischer Ebene sowie weltweit weitgehend  
durch  
194 Interessen der wirtschaftlichen Akteure getrieben. Die Normierung der Digitalisierung  
auf  
195 Nachhaltigkeit durch politische Rahmenbedingungen kann die  
Nachhaltigkeitstransformation  
196 aber entscheidend voranbringen. "Ressourcen- und Energieeffizienz by design"  
müssen zum  
197 Ausgangspunkt in der Konzeption und beim Betrieb digitaler Infrastrukturen werden.  
Daten zur  
198 Abschätzung der Umweltauswirkungen von digitalen Technologien sind von  
öffentlichem  
199 Interesse, aber bisher teilweise nicht öffentlich verfügbar. Hersteller und Betreiber von  
200 digitalen Technologien müssen deshalb dazu verpflichtet werden, über die  
Anforderungen der  
201 Nachhaltigen Produktpolitik hinaus einmal im Jahr Rechenschaft über die  
Nachhaltigkeit ihrer  
202 Dienstleistungen abzulegen. Durch diese Transparenz sind wir künftig in der Lage,  
auch hier  
203 gesetzgeberische Mindestanforderungen zu stellen.

204 Entscheidend ist auch die Transparenz für Kund\*innen und Endverbraucher\*innen  
durch  
205 Auskunftspflichten, Labels und Zertifizierungen. Eine Weiterentwicklung des Blauen  
Engels  
206 und Ausdehnung auf weitere digitale Lösungen ist genauso erforderlich wie die  
207 Fortentwicklung von Ökodesign-Kriterien. Die öffentliche Hand muss dabei  
vorausgehen und die  
208 Nachfrage nach zertifizierten Produkten steigern, indem bei IT-Beschaffungen  
209 Zertifizierungen wie der Blaue Engel zum Standard werden.

210 Video-Streaming ist für geschätzte 60 Prozent des Datenverkehrs im Internet und  
damit einen  
211 enorm hohen Energieverbrauch verantwortlich. Die freiwillige Begrenzung von  
Streaming-  
212 Bitraten durch große Streaming-Dienste während der COVID-19-Krise wurde weithin  
akzeptiert.  
213 Geringere Auflösungen als technisch möglich müssen deshalb als Voreinstellung  
verpflichtend  
214 sein und sollten nur auf Wunsch der Nutzer\*innen geändert werden können. Ebenso  
sollten  
215 Nutzer\*innen selbst darüber entscheiden, welche Videos sie anschauen möchten.  
Deshalb sollte  
216 das automatische Abspielen von Videos, z.B. beim Öffnen einer Seite oder nach dem  
Abspielen  
217 eines vorherigen Videos nicht als Default-Option aktiviert sein.

218 Tracking im Internet, also das Sammeln von personenbezogenen Daten zu  
Werbezwecken,  
219 verursacht ebenfalls einen hohen Stromverbrauch. Langfristig brauchen wir genauso

wie für  
220 Produkte auch für Dienstleistungen Standards, die alle digitalen Dienstleistungen auf  
den  
221 Nachhaltigkeits-Prüfstand stellen.

## 222 **Rebound-Effekte vermeiden**

223 Effizienzgewinne bei der Digitalisierung werden zu oft durch zusätzlichen Konsum  
224 aufgefressen, z.B. wenn wir durch verbesserte Datenübertragung mehr Dienste in  
Anspruch  
225 nehmen als vorher. Deshalb braucht es neben den anderen beschriebenen  
wirkungsvollen  
226 Maßnahmen weitere Steuerungsinstrumente und absolute Grenzen zur Senkung des  
gesamten  
227 Ressourcenverbrauchs der digitalen Transformation. Die Fiskalpolitik muss  
umweltschädliche  
228 Subventionen streichen und die Steuerlast stärker vom Faktor Arbeit auf  
Ressourcenverbrauch  
229 verlagern. Dadurch wird umweltschonendes Verhalten von Produzent\*innen und  
Verbraucher\*innen  
230 finanziell attraktiver, gleichzeitig durch die steuerliche Entlastung Beschäftigung  
231 gesichert und z.B. das Reparieren lukrativer als die Produktion neuer digitaler Geräte.  
232 Außerdem sind Cap-and-Trade-Systeme wie der europäische Emissionshandel  
geeignete  
233 marktwirtschaftliche Instrumente, um Grenzen für den Ressourcenverbrauch  
festzulegen,  
234 innerhalb derer frei agiert werden kann und Effizienzsteigerungen weiterhin möglich  
sind.

## 235 **Moderne digitale Verwaltung für die** 236 **Nachhaltigkeitswende**

237 Öffentliche Verwaltung muss auf der Personalebene die Kompetenzen aufbauen, um  
238 Digitalisierungsprozesse kompetent zu steuern. Vor allem in der Umweltverwaltung  
müssen  
239 digitale Technologien gezielt eingesetzt werden, um Verwaltungsprozesse  
bürger\*innennah und  
240 transparent zu gestalten und die Energie- und Verkehrswende voranzutreiben.  
241 Agile Produktentwicklung und enthierarchisierte Organisationsformen ermöglichen  
242 Experimentierräume. Transparenz, Offenheit und zivilgesellschaftliche Partizipation  
sollen  
243 Prinzipien moderner Verwaltung sein.  
244 Quelloffene Software verhindert Lock-in-Effekte und Abhängigkeiten, die für die  
Planung  
245 erforderlichen Daten sollen datenschutzfreundlich und effektiv von der öffentlichen  
Hand  
246 genutzt werden. Open source stärkt regionale Wertschöpfung, senkt  
Markteintrittsbarrieren

247 für kleine und mittelständische Unternehmen und vereinfacht Kooperation zwischen  
248 Zivilgesellschaft, Wissenschaft und Wirtschaft.

249 Den Rechtsanspruch auf offene Daten und die Bereitstellung dieser wollen wir  
ausbauen und

250 weitere Projekte anstoßen, um insbesondere Umweltdaten einfacher nutzbar zu  
machen. Das

251 Umweltbundesamt wollen wir an der Schnittstelle Digitalisierung und Nachhaltigkeit  
weiter

252 stärken.

## 253 **Vielfalt und Zivilgesellschaft in der Digitallandschaft**

254 Die Gesellschaft ist bei der Gestaltung der Digitalisierung bislang nicht repräsentativ  
255 vertreten, weil überwiegend weiße Männer die Digitalbranche prägen. Im Jahr 2021  
erhielten

256 Start-up-Unternehmen in Europa mit reinen Frauen-Teams nur 2 Prozent des  
Wagniskapitals, 9

257 Prozent gingen an gemischte Teams und 89 Prozent an rein männliche Gründer. Das ist  
nicht

258 nur wirtschaftlich von Nachteil, sondern auch für die Umwelt. Untersuchungen  
belegen, dass

259 Unternehmen mit gemischten Vorständen profitabler arbeiten und Frauen häufig mehr  
Wert auf

260 umweltbezogene und soziale Nachhaltigkeit legen sowie für mehr Gründungen in  
diesem Bereich

261 sorgen. Deshalb fördern wir Vielfalt und gleichzeitig die Fokussierung auf mehr

262 Nachhaltigkeit, indem wir öffentliche Gelder zur Gründungsförderung  
geschlechtergerecht und

263 vielfaltsfördernd vergeben. Ein besonderes Augenmerk der öffentlichen  
Gründungsförderung

264 muss auf Start-ups liegen, die klima- und umweltfreundlichen Dienstleistungen und  
Produkte

265 entwickeln.

266 Auch in Ausbildung, Studium, Forschung und Wirtschaft sind Frauen und mehrfach

267 marginalisierte Personen unterrepräsentiert. Deshalb unterstützen wir Programme und

268 Initiativen, die Digitalisierungsthemen für alle gleich attraktiv machen.

269 Die Zivilgesellschaft ist in Sachen Umwelt und Klimaschutz oft weiter als Politik und  
270 Wirtschaft. Wir setzen uns für die gezielte Förderung von zivilgesellschaftlichen und  
nicht

271 profitorientierten Initiativen und Gründungen ein, die oft innovative nachhaltige  
Lösungen

272 hervorbringt.

273 **Bildung und Forschung für eine grüne digitale Welt von**  
274 **morgen**

275 Digitalisierung und Nachhaltigkeit müssen in Ausbildung, Studium, Forschung und  
Lehre  
276 zusammen gedacht werden, z.B. indem Umweltauswirkungen digitaler Technologien  
diskutiert und  
277 ressourcensparende Programmierung fester Bestandteil der Lehrpläne werden.  
278 Das Verständnis für die nachhaltige Nutzung von digitalen Technologien wird essenziell  
279 werden. Dafür starten wir auf Bundes- und Länderebene Aufklärungskampagnen zu  
durch die  
280 Digitalisierung vereinfachten nachhaltigen Konsummodellen wie »Nutzen statt  
Besitzen« und  
281 Konzepten wie "digital detox" zum gesundem Umgang mit digitalen Medien. Staatlich  
initiierte  
282 Ideen-Wettbewerbe und Förderprogramme können zudem soziale Innovationen für  
eine digitale  
283 Kultur der Nachhaltigkeit anstoßen. Auch in der Wissenschaft müssen Digitalisierung  
und  
284 Nachhaltigkeit stärker vernetzt untersucht werden. Trotz vielversprechender Ansätze  
sind die  
285 wissenschaftlichen Communities für Nachhaltigkeit auf der einen und für digitale  
286 Technologien auf der anderen Seite noch nicht eng genug zusammen. Öffentliche  
287 Forschungsförderung muss den Zusammenhang zwischen Digitalisierung und  
Umweltauswirkungen  
288 fokussieren und zugehörige Netzwerke zwischen Forscher\*innen unterschiedlicher  
Disziplinen  
289 unterstützen. Wir fördern Allianzen wissenschaftlicher Communities zur Nachhaltigkeit.  
290 Eine integrierte Forschungsstrategie für Nachhaltigkeit in der digitalen Gesellschaft  
legt  
291 die Grundlage für ein entsprechendes inter- und transdisziplinäres  
Forschungsprogramm.  
292 Wichtige Felder sind beispielsweise Echtzeit-Monitoring von Ökosystemen,  
Stoffströmen und  
293 Infrastrukturen oder Verfahren der digitalen Modellierung („Digitaler Zwilling“).  
294 Öffentliche Forschung muss dabei unabhängig und offen zugänglich sein. Öffentliche  
295 Investitionen und Steuerung sind in diesem Bereich umso wichtiger, da ein großer Teil  
der  
296 Forschung zu digitalen Technologien in privaten Händen liegt, die Nachhaltigkeit nicht  
297 priorisieren.

298 **Europäische Perspektiven**

299 Standards für Energie- und Ressourcenverbrauch von Hard- und Software müssen auf  
300 europäischer Ebene festgelegt werden, um einheitliche Anwendung und fairen  
Wettbewerb zu  
301 fördern. Dabei müssen auch große Plattformen in den Blick genommen werden, die  
302 beispielsweise durch massive Datensammlungen für das Werbegeschäft Energie- und

303 Ressourcenverbrauch verursachen. Dabei muss auch der bei den Endnutzer\*innen  
 304 ausgelöste Verbrauch betrachtet werden. Browser, Suchmaschinen, digitale Marktplätze, soziale  
 305 Netzwerke müssen in Zukunft in Hinblick auf Strom- und Ressourcenverbrauch vergleichbar sein.  
 306 Nur so können Nutzer\*innen bewusste Entscheidungen z.B. für einen nachhaltigen Browser  
 307 treffen und nur so können sich Unternehmen in einem Markt, der nicht über den Preis reguliert  
 308 wird, durch Nachhaltigkeit auszeichnen. Dafür müssen europäische Standards entwickelt  
 309 werden.  
 309 Alle aktuell auf EU-Ebene erarbeiteten neuen Digitalgesetze müssen  
 310 Nachhaltigkeitskriterien berücksichtigen.  
 311 Beim Digital Services Act / Digital Markets Act (DSA/DMA) und bei der Regulierung von  
 312 Kryptowährungen (MiCA) wurde die Chance verpasst, Nachhaltigkeitskriterien in  
 313 wegweisende Digitalregulierungen aufzunehmen. Dieser Fehler darf beim Data Act und beim AI Act  
 314 nicht wiederholt werden. Die Bundesregierung muss sich im Rat für starke  
 315 Nachhaltigkeitskriterien im Data Act und im AI Act einsetzen.  
 316 Auch für Cloud-Plattformen müssen Nachhaltigkeitsstandards entwickelt werden, die  
 317 durch unabhängige Audit-Stellen geprüft werden. Gerade in diesem von wenigen großen  
 318 Anbietern geprägtem Sektor sind Transparenz, Standards, unabhängige Prüfung und langfristig  
 319 gesetzliche Vorgaben unverzichtbar.  
 320 Auf europäischer Ebene werden aktuell Datenräume für unterschiedliche Bereiche  
 321 aufgebaut. Wir unterstützen insbesondere den Datenraum zur Erfüllung der Green-Deal-Ziele, der  
 322 zu einem echten Klima- und Umwelt-Datenraum ausgebaut werden muss, um den  
 323 Transformationsprozess in eine treibhausgasneutrale und nachhaltige Zukunft zu begleiten.

## 324 **Grüne Digitalisierung in der internationalen** 325 **Zusammenarbeit**

326 Über die europäische Ebene hinaus setzt sich die Bundesregierung in der  
 327 internationalen Kooperation für eine nachhaltige Digitalisierung ein und unterstützt aktiv relevante  
 328 Gestaltungsprozesse der internationalen Organisationen, zum Beispiel die Initiative  
 329 des UN-Generalsekretärs für einen Global Digital Compact, die Initiative Digital Transformation  
 330 for Environmental Sustainability oder die u.a. von UBA, UNEP und UNDP co-geleitete

Stakeholder-

331 Initiative Coalition for Digital Environmental Sustainability (CODES). In der von der  
332 Bundesregierung vertretenen Klimaaußenpolitik muss die Digitalisierung konsequent  
mitgedacht  
333 werden. In der Entwicklungspolitik unterstützen wir unsere Partner\*innen beim Aufbau  
ihrer  
334 unabhängigen digitalen Infrastruktur zur Stärkung ihrer digitalen Souveränität, denn  
335 Unabhängigkeit ermöglicht die eigenständige Umsetzung der Ziele für nachhaltige  
Entwicklung  
336 (SDGs).